

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 28. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,20 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Bekannt für die sechsgehaltene Kolonienzeitung oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt gedruckte Wort 20 Pf. (täglich 2-fachgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Zermalmende Lasten.

Während die Masse des Volkes auf nichts sinnt, als in friedlicher Kulturarbeit und ruhiger sozialer Entwicklung ihr Los zu verbessern, während immer breitere Schichten aller Nationen von dem Gedanken durchdrungen werden, daß der Krieg eine maßlose Verrücktheit ist, die endgültig der Vergangenheit angehören sollte, sind kleine Schichten des Volkes, gewisse Handelskreise, die Interessenten der Kriegsindustrie und Berufsmilitaristen eifriger denn je am Werke, die nationale Zerklüftung immer mehr zu vertiefen und die militärischen Lasten der Völker, die schon jetzt wahre Unsummen verschlingen, immer wahnwitziger in die Höhe zu treiben. Dabei glaubt kein Mensch mehr an die alte Heuchlerphrase unserer Rüstungstreiber, daß alle Kriegsrüstungen ja nur dem Zwecke dienen, den Frieden zu erhalten. Die weltpolitischen Handier der letzten Jahre haben ja bewiesen, daß die Kriegsrüstungen nichts als ein Mittel sind, um die internationalen Reibungen zu vermehren und Konflikte heraufzubeschwören. Nicht nur insofern, als ja das Weltkriege, weil es in allen Ländern als unerträgliche Bürde empfunden wird, den Chauvinismus naturgemäß verschärfen muß, sondern auch dadurch, daß unsere Rüstungsanstrengungen immer zynischer mit ihrer wahren Meinung hervorgetreten sind und gerade auch in Deutschland unzählige Male mit brutaler Offenherzigkeit erklärt haben: Wozu haben wir die ungehobenen Milliarden im Wettrüsten angelegt, wozu haben wir die größte Armee des Kontinents und eine erstklassige Flotte, wenn wir nicht auch die Ketten haben, im ersten besten Augenblick einmal dreinzuschlagen! Die politisch geschulte Masse weiß ganz genau, daß jedes neue Bataillon, jedes neue Kriegsschiff nicht eine neue Friedensbürgschaft darstellt, wie man Gutgläubigen so lange vortäuschen wollte, sondern nur einen neuen Keil, der zwischen die Nationen getrieben wird, um sie vollends voneinander zu trennen, bis endlich der Bau unserer Kultur auseinanderbricht und ein Völkerkrieg nichts als einen wüsten Trümmerhaufen zurückläßt.

Niemals aber sind die Kriegsrüstungen in solcher Schnelligkeit aufeinander gefolgt, niemals hat das Wettrüsten solch rasendes Tempo angenommen wie gegenwärtig. Und Deutschland ist den übrigen Nationen mit den schlechtesten Beispielen vorangegangen. Erst das Jahr 1911 beglückte das Volk mit jener Militärvorlage, die für die sechs Jahre 1912 bis 1917 141 Millionen Mark neuer Ausgaben erforderte. Das war aber für unseren Militarismus erst eine kleine Kostprobe, die seinen Appetit erst recht reizte. Dann im Jahre 1912 wurde dem Volke jene neue Kostenrechnung für den Land- und Wasser-Militarismus präsentiert, die sich auf nicht weniger als 600 Millionen Mark belief. Die militärischen Lasten erfuhren also durch diese beiden einander jagenden Militärvorlagen für die nächsten sechs Jahre eine Steigerung von insgesamt 791 Millionen Mark oder für jedes Jahr eine Vermehrung um 132 Millionen Mark! Und jetzt im Jahre 1913 ist uns bereits wieder eine neue Heeres- und Luftflottenverlei angefündigt worden, die jährlich eine neue Steigerung unserer Militärlasten um 100 Millionen Mark verlangen soll. Der Militäretat würde damit für die nächsten Jahre gegenüber dem Jahre 1911 um rund eine Viertelmilliarde erhöht worden sein!

Wie enorm aber schon jetzt die Militärausgaben sind, das haben wir erst vor wenigen Wochen auf Grund des neuen Reichsetats für das Jahr 1913 nachgewiesen. Wir stellten damals durch genaue Berechnungen, deren Richtigkeit bis heute auch nicht in einem Punkte angezweifelt zu werden vermochte, fest, daß sich die gesamten Ausgaben des Reiches für Heer, Marine, Luftflotte, Militärpensionen und militärische Schuldenlasten auf mehr als 2000 Millionen Mark belaufen — wohl gemerkt, auf 2000 Millionen in einem einzigen Jahre! Wir haben damals nachgewiesen, daß diese Militärausgaben höher sind, als alle wirklichen Reicheinnahmen zusammengenommen, so daß die lumpigen paar Tausend Millionen, die das Reich auch noch für andere als militärische Zwecke verausgabt, nur dadurch gedeckt werden können, daß man einmal die zur angeblichen Schuldendeckung dienende Summe ihrem vorgeblichen Zwecke entzieht, und zweitens die Mehreinnahmen früherer Jahre zur Bilanzierung des neuen Etats benützt. Trotz dieses unmöglichen Zustandes unserer Reichsfinanzen hat die Regierung aber die Stirn, eine neue Militärvorlage anzukündigen, die unsere ohnehin so unfinnig hohen Militärlasten abermals um 100 Millionen Mark pro Jahr steigern wird!

Wie betonten bereits, daß die große Masse des Volkes friedliebend ist. Sie will von weltpolitischen Utopien nichts wissen, sie will weder Marokkos noch Adrianopels noch der Bagdadbahnaktionäre wegen auch nur die Knochen eines Grenadiers zusehen geschossen haben! Sie will den Kampf um die Hebung der Volkswohlfahrt und der Volksfreiheit fortführen, ohne daß ihr von profitlüsternen Kapitalisten und avancementslüsternen Militärs Knäppl zwischen die Beine geworden werden. Sie feuert schon heute derartig unter der Steueransplünderung zugunsten des Militarismus, daß sie auch nicht einen Pfennig neuer Rüstungsausgaben bewilligt haben will.

Die Regierung weiß das. Aber die Regierung führt sich nicht als Mandatar des Volkes, als Sachwalter der Volksinteressen, sondern als das Instrument der herrschenden Klasse. Und da nicht einmal diese herrschende Klasse in ihrer

Mehrheit (obwohl sie doch überhaupt nur eine kleine Minderheit der Nation bildet), sondern nur kleine Schichten dieser besitzenden Klasse sich für das tolle Weiterrüsten ins Zeug gelegt haben, wäre es unbegreiflich, wie die Regierung dem Drängen dieser an Zahl so minimalen Elemente nachgeben könnte, wenn man nicht wüßte, welche unheimlichen und gemeingefährlichen Einfluß gerade diese Schichten, die Vertreter des anlagehungrigen Vorkapitals, unsere unerlässlichen Panzerplattenpatrioten und unsere abenteuerlustigen Soldateska, auszuüben vermöchten. Aber dank ihres persönlichen und diplomatischen Einflusses, dank ihrer Konnexionen in den einflussreichsten Regierungskreisen, dank ihrer draufgängerischen Rührigkeit verstehen sie die Presse und die Öffentlichkeit mit solchem Rärm zu erfüllen, daß selbst bedächtigeren Elemente in der Regierung sich durch ihre unverfrorenen Manöver täuschen lassen.

Sinzu kommt freilich, und das ist das Ungeheuerlichste, daß nicht nur die Regierung unter der Suggestion dieser Kreise steht, sondern auch die bürgerlichen Parteien. Da diese bürgerlichen Parteien ja keine ausgebreitete Organisation und vor allen Dingen keine demokratischen Vertretungssysteme besitzen, gelingt es stets den scharfmacherischen Draufgängern, den Einfluß an sich zu reißen. So kam die Regierung mit Recht annehmen, daß selbst ihre neuesten Rüstungspläne bei der Mehrheit aller bürgerlichen Parteien Unterstützung finden werden. Die Konservativen fühlen sich von Hause aus identisch mit dem Offizierskorps, das in seiner Mehrheit ja ihren Kreisen entstammt. Die Nationalliberalen sind nichts als die Vertreter jener industriellen Kreise, die für den Kanonen- und Panzerplatten-Patriotismus schwärmen. Das Zentrum aber hat sich der imperialistischen Politik mit Haut und Haaren verschrieben, um der Freundschaft der Regierung und der Konservativen nicht verlustig zu gehen. Es weiß, daß sein Einfluß mit dem Augenblick gebrochen wäre, wo der Wille des Volkes wirklich oberstes Gesetz würde. Obwohl seine agrarischen wie seine Verfassungsbestrebungen würden in einem Zeitalter der Kultur rettungslos der Vernichtung anheimfallen. Deshalb ist das Zentrum, diese christliche Partei, zur festen Säule der Völkerverehrung, der Rüstungs- und Kriegspolitik geworden. Wohl stimmte es 1874, 1880 und 1887 gegen die Militärvorlagen, wohl enthielt es sich noch 1888 der Abstimmung, aber von 1890 ab gehört es bei jeder Rüstungsvorlage zu den Ja-Sagern. Ein einziges Mal noch, bei den Kolonialforderungen 1906, riskierte es ein Nein; aber die Wahrnehmung, daß der Liberalismus jederzeit gewillt ist, auch in militärischen Fragen in die Bresche zu springen und eine Mehrheit bilden zu helfen, trieb ihm den letzten Funken Oppositionsgeist aus. Das Zentrum geht jetzt mit Rüstungsanstrengungen und weltpolitischen Abenteuern durch die dick und dünn. Ihm, der christlichen Partei, ist der Krieg ebenso zu einem unvermeidlichen Bestandteil der „göttlichen“ Weltordnung geworden, wie den anderen bürgerlichen Elementen, denen der Völkermord als das trefflichste Mittel der Bereicherung und der Befestigung ihrer Klassenausbeutungsherrschaft ist!

Und der Freisinn? Auch der war einmal oppositionell. Aber seit geraumem stimmt auch er für jede Heeres- und Marinevorlage. Zwar hat der Freisinn noch am 30. März 1911 eine Resolution eingebracht, die vom Reichstagskanzler verlangte, daß er seine Bereitwilligkeit zur Verhandlung er-

klären solle, sobald von einer anderen Großmacht Vorschläge für eine gleichzeitige und gleichmäßige Begrenzung der Rüstungsausgaben gemacht würden — das war aber eine diplomatische Rückendeckung, die ihn nicht abhalten wird, auch der neuesten Heeresvorlage seinen Segen zu erteilen!

Es gähnt eben die ganze Luft einer Weltanschauung zwischen den kapitalistischen Parteien und der vom Proletariat vertretenen sozialistischen Weltanschauung. Und je mehr das Proletariat an Kraft gewinnt, eine je größere Gefahr es für die Ausbeutungsordnung unserer kapitalistischen Gesellschaft bildet, desto eifriger werden sich alle bürgerlichen Parteien in dem Bestreben sein, dem Moloch Militarismus immer unermesslichere Opfer zu bringen und mit vollen Segeln in weltpolitische Konflikte hineinzusteuern. Solche Konflikte können zwar bei schlimmem Ausgang auch der kapitalistischen Gesellschaft schwere Wunden schlagen; aber die Furcht vor der Ausbreitung der sozialen Demokratie und vor der Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft durch den Sozialismus ist doch noch weitaus größer, als das Grauen vor dem unbekannten Schicksal, das ein Weltkrieg heraufbeschwören könnte.

Siehe das Klassenbewußte Proletariat steht dem katastrophalen Wettrüsten mit unversöhnlicher Feindschaft gegenüber. Es bildet die einzige Friedensgarantie. Nur sein Arm vermag den dem Abgrund zurollenden Wagen aufzuhalten. Kleinmütigen Geistes und zagen Phantasten mag das als verzweifelte Situation erscheinen. Dem kampfgestählten und kampffreudigen Proletariat selbst aber wird diese unerbittliche Tatsache kein Schrecknis sein. Denn in demselben Maße, wie sich der reaktionäre Verschweigungsprozess aller bürgerlichen Parteien vollzieht, vollzieht sich auch die Organisierung und der geistige Läuterungsprozess des Proletariats. Wohl sind die Militärausgaben seit dem Jahre 1872 von rund 300 Millionen Mark auf 2000 Millionen Mark jährlich im Jahre 1913 gestiegen. Wohl hat sich in demselben Maße auch die Last der Steueransplünderung der Volksmassen vermehrt. Aber in noch stärkerem Maße hat das auch die Sammlung der proletarischen Klassenkampfarmee beschleunigt. Wie klein war das Häuflein der sozialistischen Streiter, das sich in den siebziger Jahren zusammengefunden hatte, und wie gewaltig stehen heute bereits die sozialistischen Organisationen da! Mustert die deutsche Sozialdemokratie zurzeit doch weit mehr als eine Million politisch organisierter Parteiongehöriger, zählen doch die freien Gewerkschaften bereits mehr als 2,6 Millionen Mitglieder. Und wenn wir die sozialistische und gewerkschaftliche Presse zusammenrechnen, so wird das proletarische Evangelium bereits mehr als vier Millionen Abonnenten verkündet!

Für uns natürlich sind das erst bescheidene Anfänge. Das Proletariat sieht erst am Anfang seiner Kämpfe! Zu den vorhandenen Millionen sozialistischer Klassenkämpfer müssen neue Millionen geschart werden! Und jeder einzelne dieser Kämpfer hat sich mit Kampfesmut und Opferfreudigkeit zu wappnen, um in den kommenden schweren Zeiten seinen Mann zu stehen für die Ideale des Proletariats, für das Kulturreich des Sozialismus!

Die imperialistische Völkermord, die proletarischer Befreiungskampf wird die Lösung der Zukunft sein!

## In Erwartung der türkischen Note.

Die Antwort der neuen türkischen Machthaber wird für Mittwoch erwartet. Die Verzögerung erklärt sich aus dem Bedürfnis des neuen Regimes, Zeit zu gewinnen, um sich einigermaßen einzurichten; als äußerlicher Grund für die Verzögerung wird der Umstand angeführt, daß das Ministerium des Reiches noch nicht definitiv besetzt sei — ein charakteristischer Umstand, der zeigt, welche Schwierigkeiten die neue Regierung zu überwinden hat. In der internationalen Presse werden auch starke Zweifel an der Stabilität der neuen Regierung laut — auch der Dreibundgenosse Italien stellt sich der Herrschaft der Jungtürken sehr feindselig gegenüber — und unsere Meinung, daß die Offiziersrevolte im Volke selbst wenig Widerhall findet, wird heute auch in einer Konstantinopeler Korrespondenz der „Voss. Zeitung“ bestätigt, in der es heißt:

„Um die letzten Vorgänge zu beurteilen, muß man wissen, daß die siegreiche Revolution nur sehr geringen Anklang bei der Bevölkerung findet. Die Leute sind des ausfischlosen Kriegszustandes müde und haben sich durch das Bohem der Nationalversammlung wie von einem Aludruck befreit gefühlt. Nur ein kleines Häuflein exaltierter Personen hält sich dadurch in seinem patriotischen Empfinden verletzt und will den Kampf unter allen Umständen fortführen, trotz der erschreckenden Leere der Staatskasse, trotz der ungenügenden Verproviantierung der Truppen und der für kriegerische Operationen nicht eben günstigen Witterungsverhältnisse. Man darf ruhig behaupten, daß Ender Bey in diesem Falle ganz und gar nicht das Gewissen der Nation vertritt und daß die Bewunderung, die

er vorübergehend erregte, viel mehr seiner Verwegenheit als der Sache galt, für die er diese einsetzte.“

Aber gerade der rein militärische Charakter der neuen Regierung ist es, der die Friedensaussicht so schlecht gestaltet. Die Jungtürken bestehen darauf, Adrianopel und die Ägäischen Inseln, die größtenteils in der Gewalt Griechenlands und Italiens sind, zu behaupten, und in diesem Sinne wird auch ihre Antwort an die Mächte gehalten sein.

Was dann, erfolgen wird, ist noch ganz im Ungewissen. Die Balkanstaaten sollen beschloffen haben, die Verhandlungen abubrechen, falls die türkische Antwort die Abtretung Adrianopels verweigere. Aber das ist zunächst eine der vielen Drohungen, deren Konsequenz die Wiederaufnahme des Krieges, erst gezogen würde, falls die Vermittlungsaktion der Mächte endgültig scheiterte. Aber hier machen sich trotz aller Bemühungen die Gegensätze zwischen Dreibund und Dreiverband wieder stärker geltend. Dazu kommt, daß die rumänische Regierung mit ausgesuchter Gewissenlosigkeit gerade die jetzige Situation dazu ausnützt, um ihren Expansionsversuch an Bulgarien dringender zu betreiben. Und darauf hoffen ja die Jungtürken, daß es ihnen gelingen wird, in Ausnutzung dieser Gegensätze das schon verlorene Spiel nochmals gewinnen zu können. Aber es ist ein Spiel mit dem europäischen Frieden, das da gespielt werden soll; denn ist erst der Balkankrieg von neuem eröffnet, dann sind die Aussichten, ihn zu lokalisieren, schlechter als je. Deshalb lastet auf den Regierungen der Großmächte die schwerste Verantwortung und insbesondere die deutsche Regierung hat die Pflicht, unbekümmert um die Hegeorien

eines Teils der bürgerlichen Presse, ruhig und besonnen mitzuwirken, um den Frieden zu retten.

### Die Haltung der Mächte.

Eine Erklärung der deutschen Regierung.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Soweit die neuen Ereignisse in Konstantinopel von der europäischen Presse mit Ernst und Einsicht gewürdigt werden, tritt überall der Gedanke hervor, das Wichtigste für die weitere Behandlung der Orientwirren sei die Bewahrung der Einigkeit unter den Großmächten und die Fortsetzung ihrer gemeinsamen Arbeit zur Wiederherstellung des Friedens. Dazu gehört vor allem das Festhalten an der bisher beobachteten Neutralität. Tatsächlich besteht kein Grund zu der Annahme, daß einzelne Mächte das Konzert verlassen wollen, um in die Entwidlung der Dinge im Orient nach eigenem Ermessen einzugreifen.“

Für ein gemeinsames Auftreten Europas kommen Zwangsmittel gegen die Türkei nicht in Frage. Sie würden mit den Grundfäden der Neutralität nicht in Einklang stehen und könnten bedenkliche Folgen haben. Es bleibt im Interesse der Einigkeit unter den Großmächten, nur das Weitergehen auf dem Wege gemeinsamer diplomatischer Einwirkung, um neue Feindseligkeiten zu verhüten oder, falls dies unmöglich, sie örtlich und zeitlich einzuschränken.“

### Die Auffassung in Paris.

Paris, 27. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der „Temps“ meldet aus London, daß die Verbündeten den unverzüglichen Abbruch der Verhandlungen beschlossen haben. Die Note wird morgen redigiert und am Mittwoch- oder Dienstagabend dem türkischen Delegierten übergeben werden. Der russische Vorkonferenzen, Graf Benckendorff, hatte gestern eine lange Unterredung mit Grey, der die Notwendigkeit, eine isolierte Improvisation zu vermeiden, betonte. Aus Konstantinopel meldet der „Temps“, in Syrien und Armenien herrsche große Aufregung; in Konstantinopel selbst sei jeden Augenblick eine Gegenrevolution zu befürchten. Die Türken seien von der moralischen und materiellen Hilfe Deutschlands zu einem ehrenhaften Frieden überzeugt. In seinem Leitartikel meint das Blatt, trotz des Willens der Großmächte wäre eine Aufrollung der asiatischen Frage möglich. Bisher sei die Einigkeit aufrechterhalten geblieben. Die Situation würde sich aber ändern, wenn durch blutige Konflikte in einem türkischen Reichsteil einer Regierung materielle oder moralische Verantwortungen auferlegt würden. Da die Türkei von der neuen Regierung nichts Günstiges zu erwarten hätte, sollten die Verbündeten Geduld bewahren und nicht durch jähe Aufnahme der Feindseligkeiten Schwierigkeiten für Europa schaffen. Dies sollte die Vorkonferenz den Verbündeten zu verstehen geben. Geschieht dies mit der genügenden Klarheit und Einigkeit, so kann gehofft werden, daß dies befolgt werde. Im anderen Falle freilich sei alles zu befürchten. Die letzten Sätze sind offenbar auf die russischen Provokationsabsichten gemünzt.

### Nähere Auffassung in London.

London, 27. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In unterrichteten Kreisen wird die Drohung der Balkanstaaten, die Verhandlungen abzubrechen, als Bluff bezeichnet. Es wird darauf hingewiesen, daß außer Bulgarien keiner der Balkanstaaten von der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten noch etwas zu hoffen hat und man glaubt nicht, daß Serbien und Montenegro viel Lust verspüren, die Suppe zu essen, die Bulgarien allein eingebrocht hat. Im schlimmsten Falle dürfte es jedoch noch eine Weile dauern, ehe der Waffenstillstand zu Ende kommen kann. Auch ist mit dem Druck zu rechnen, den die englische Regierung zweifelsohne auf die Verbündeten ausübt.

„Times“ schreiben heute, ein der Mittel, die Kriegsgefahr zu beschwören, sei, jedem möglichen Friedensstörer konsequent die Mittel abzuschlagen. Ein anderes Mittel sei, durch wohlüberlegte, doch feste Vorstellungen allen beteiligten Parteien Mäßigung aufzuerlegen. Augenblicklich wären derartige Vorstellungen namentlich in Bukarest am Platze.

### Rumänien's Drängen.

Bukarest, 26. Januar. Da die bulgarische Regierung das Ausmaß der Rumänien zu gewährenden Konzessionen bisher antilich in Bukarest noch nicht mitgeteilt hat, so ist der rumänische Gesandte in London, Mischu, beauftragt worden, dem bulgarischen Delegierten Danew mitzuteilen, daß die rumänische Regierung diese antiliche Mitteilung dringend erwarte.

London, 27. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, sind die Besprechungen zwischen Dr. Danew und dem rumänischen Gesandten Mischu heute vormittag wieder aufgenommen worden und werden nach einer aus rumänischen Kreisen stammenden Mitteilung in freundschaftlicher Weise fortgesetzt. In rumänischen Kreisen wird in Abrede gestellt, daß Rumänien bei der vorgeschlagenen Verringerung der Dobrußagrenze Balthien und Silistria beansprucht.

### Die Stellung Rußlands.

Petersburg, 25. Januar. Die halbamtliche „Kossja“ schreibt: „Ungeachtet der neuen Lage in Konstantinopel hat sich die Haltung der Mächte gegenüber dem Balkankrieg, die in der der Spitze überreichten Kollektivnote zum Ausdruck gebracht wurde, nicht geändert. Die russische Regierung ist sich mehr als je der Notwendigkeit bewußt, dem Kriege ein Ende zu machen, und wird keine Mühe scheuen, um dieses Ziel zu erreichen. Wir haben Grund zu der Annahme, daß ganz Europa einmütig dasselbe Ziel verfolgt. Es erwartet von dem neuen türkischen Kabinett, das das Vertrauen der Mächte braucht, denselben vernünftigen, persönlichen und mit den Lebensinteressen der Türkei übereinstimmenden Geist, den jüngst das Kabinett Kiamil Pascha an den Tag legte, das so unerwartet vom Schicksal verschunden ist.“

### Die Drohung der Balkanstaaten.

London, 26. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben die Balkanlegierten ein Komitee eingesetzt, dem ein Vertreter jeder Delegation angehört, um ein Schreiben aufzusetzen, das der türkischen Mission vorgestellt werden soll. In diesem Schreiben soll der türkischen Mission der Beschluß der Balkanlegierten, die Verhandlungen abzubrechen, mitgeteilt werden.

Handlungen abzubrechen, mitgeteilt werden. Der Entwurf der Note wird morgen einer neuen Konferenz der Delegierten vorgelegt werden, auf der auch der genaue Zeitpunkt ihrer Ueberreichung festgesetzt werden wird. Man weiß indessen noch nicht, ob die seit drei Wochen suspendierten Verhandlungen mit der Ueberreichung der Note ihr Ende erreicht haben werden oder ob noch ein kurzer Zeitraum zwischen der Ueberreichung und dem Abbruch der Verhandlungen liegen wird. Alle diese Einzelheiten werden morgen geregelt werden. Nach Ansicht der Verbündeten sind nicht sie es, die die Verhandlungen abbrechen; die Verantwortlichkeit für den Abbruch bleibe bei den Türken, da der Wechsel des Kabinetts und die ottomanischen Manifeste klar gezeigt hätten, daß die Antwort an die Mächte negativ ausfallen werde.

### Die serbische Ansicht.

Belgrad, 26. Januar. Das Regierungsorgan „Samouprava“ führt in Besprechung der Konstantinopeler Ereignisse aus: Es fragt sich, welche Richtung die weiteren Ereignisse auf dem Balkan nehmen werden und welchen Einfluß der Staatsstreik auf die allgemeine europäische Lage haben wird. Da das neue Kabinett einer dem klugen Räte der Großmächte feindlichen Umwälzung seine Entstehung verdankt, mühte es logischerweise die Note der Großmächte abzulehnen. Bei der gegenwärtigen politischen Lage ist es schwer, die Absichten und politischen Kombinationen der neuen Regierung zu verstehen. Sicher aber ist, daß die Balkanstaaten von ihren Forderungen nicht zurücktreten werden. Im Bewußtsein seiner Stellung gegenüber der des Gegners wird der Balkanbund in seiner Haltung ausharren, um das Ziel, das er sich gesetzt, zu erreichen.

### Die türkische Antwort.

Konstantinopel, 26. Januar. Nach dem ersten Eindruck von den Ereignissen am Donnerstag hat Stambul sein gewöhnliches Aussehen wieder angenommen. Es herrscht vollständige Ruhe. Nichts läßt darauf schließen, daß sich Ereignisse von solcher Tragweite vor drei Tagen zgetragen haben.

Salki Pascha hat das Portefeuille des Außeners zurückgewiesen. Prinz Said Galim soll bereit sein, es zu übernehmen. Seine Ernennung wird heute der Sanction des Sultans unterbreitet werden.

Der Ministerrat berät über die Antwortnote an die Mächte, welche wahrscheinlich nach der endgültigen Ernennung eines Ministers des Außeners überreicht werden wird. Nach einer Erklärung des Großwesirs wird die Note in versöhnlichem Tone gehalten sein, da die türkische Regierung wünscht, den Kontakt mit den Großmächten aufrechtzuerhalten und weiter mit ihnen zu verhandeln.

Es wird versichert, daß die Zeitungs- und Depeschensur, die bereits ein beträchtliche Abschwächung erfahren hat, ganz aufgehoben werden soll. Das Blatt „Nisnam“, welches als ziemlich unparteiisch gilt, warnt die Regierung, den Mächten eine abschlägige Antwort zu geben, denn man dürfe nicht auf eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen dem Dreibunde und der Tripelentente rechnen. Das Blatt spricht von einer drohenden Haltung der Tripelentente und meint, bevor die Türkei einen entscheidenden Schlag fahre, solle die Porte den Mächten in mehr informativem Sinne antworten und Erklärungen über die Vorkläge und Versprechungen der Mächte verlangen.

Den Blättern zufolge hielten einflußreiche Mitglieder des jungtürkischen Komitees eine Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, daß Adrianopel und die Inseln des Archipels niemals abgetreten werden dürften.

### Vorbereitungen zur Abreise.

London, 27. Januar. Das Reutersche Bureau erfährt, daß Oberst Jostoff, der militärische Ratgeber der bulgarischen Mission morgen London verläßt, um sich nach Ischakatscha zu begeben. Die bulgarischen Delegierten erklären, die serbische Mission gehe morgen, die bulgarische Mittwoch und die griechische am Donnerstag ein Frühstück zu Ehren der anderen Balkanlegierten und die Veranstaltungen bezeichneten das Ende des Aufenthalts der Delegierten in London.

### Erregung in Indien.

London, 27. Januar. Das Reutersche Bureau meldet aus Calcutta: Die Muselmanen halten Versammlungen zugunsten der jungtürkischen Partei ab und fassen Resolutionen, in denen sie die Wiederaufnahme des Krieges verlangen, und das grollhafte Schwitzen Europas und die Unmätigkeit Englands gegenüber den bulgarischen Uebergriffen verurteilen.

## Die Fleischpreise steigen.

Schon für den Dezember vorigen Jahres war ein erneutes Ansteigen der Preise einzelner Fleischsorten aus den Fibern der amtlichen preussischen Statistik abzulesen, nachdem der Oktober und November einen ganz geringen Preisrückgang gebracht hatte. Die neuen Zahlen der „Statistischen Korrespondenz“ für die Fleischpreise in der ersten Hälfte Januar dieses Jahres zeigen nun deutlich, daß die Fleischnot erneut im Steigen begriffen ist. Nur bei Rindfleisch blieben die Kleinhandelspreise gegenüber der zweiten Hälfte des Dezember auf der gleichen Höhe von 1,80 M. für 1 Kilo. Dagegen erhöhte sich der Preis für Kalbfleisch und Hammelfleisch um 8 Pf., für Schweinefleisch und Speck um 2 Pf. Diese Steigerung im Laufe eines halben Monats ist außerordentlich groß. Das wird noch deutlicher, wenn man die diesjährigen Preise mit denen vom Januar 1912 vergleicht. Man sahle für ein Kilo in Pfennigen:

	1912	1913	mehr
Rindfleisch	169	188	14
Kalbfleisch	187	206	19
Hammelfleisch	169	191	22
Schweinefleisch	146	185	39
Speck	169	217	48
Pferdefleisch	77	90	13

Gegenüber diesen Zahlen kann man nur die Tatsache unterstreichen, daß die Preissteigerungen der Regierung völlig versagt haben. Anstatt aber die Bekämpfung neu und verstärkt in Angriff zu nehmen, zögert die Regierung sogar mit der Anwendung der bereits beschlossenen Maßnahmen. Dabei lehnen die bisher bestanden gewordenen Fibern der Viehzählung vom 1. Dezember 1912, daß überall ein starker Rückgang des Viehbestandes stattgefunden hat. Wenn das Angebot nicht durch die erleichterte Einfuhr von Vieh und Fleisch wesentlich vermehrt wird, ist daher mit einem weiteren starken Steigen der Preise zu rechnen. Schon jetzt sind Schweinefleisch und Speck 40 bezw. 45 Pf. pro Kilo teurer als im Januar 1912, wo mit Recht über Fleischnot geklagt wurde. Nach dem Rezept des Landwirtschaftsministers soll sich allerdings die Bevölkerung daran gewöhnen, mehr Geld für ihre Nahrung auszugeben.

Die jetzigen Preise machen es aber der großen Masse des Volkes bis in den Bürgerstand hinein überhaupt unmöglich, Fleisch zu genießen. Das Volk muß hungern und die Regierung und die agrarischen Parteien tun im Junkerinteresse nichts gegen das Elend, das die Volksgesundheit untergräbt. Seit das preussische Abgeordnetenhaus bei der Fleischsteuerungsdebatte die Regierung zum untätigen Zuschauen ermahnte, stellt sich die Regierung zu allen Forderungen des Volkes hartnötiger als je. Auch in dieser Frage ist das Dreiklassenhaus das ärgste Demmuis. Die Landtagswähler werden das nicht bei den Neuwahlen vergessen.

## Das Schicksal der englischen Wahlrechtsvorlage.

London, 25. Januar. (Fig. Ber.)

Die Wahlrechtsvorlage ist tot. Der bestimmte Beschluß des Kabinetts, die Vorlage zurückzuziehen, liegt zwar noch nicht vor; aber jedermann ist es klar, daß es nutzlose Zeitverschwendung wäre, mit der Beratung einer Vorlage fortzufahren, über der das Damoklesschwert des Einspruchs des Speakers schwebt. Es ist nämlich in letzter Stunde herausgekommen, daß das Aufspüren des Frauensuffragiums auf die Vorlage gegen die Geschäftsordnung des Unterhauses verstoßt, die nicht zuläßt, daß eine Vorlage in der Komiteeberatung so einschneidend verändert wird, daß sie einen ganz anderen Charakter als den ursprünglichen annimmt. Der Speaker hat sein Urteil darüber, ob die Annahme eines der Frauenstimmrechts-Amendements die Vorlage nichtig mache, zwar noch nicht gefällt, aber aus den Äußerungen, die er letzten Donnerstag fallen ließ, kann man mit Bestimmtheit schließen, daß die Einverleibung eines der Amendements oder gewisser Regierungsamendements später seinen Einspruch hervorrufen wird. Nicht allein das Frauenstimmrecht bedroht das Schicksal der Vorlage. Der Einspruch des Speakers würde auch erfolgen, wenn ein wichtiges Regierungsamendement angenommen würde, das die sogenannten „Beschäftigungswähler“ ausmerzen soll. Ursprünglich stand in der Vorlage, daß jeder entweder dort, wo er wohnt, oder dort, wo er ein Geschäft hat, wählen könne. Nach näherer Prüfung kam die Regierung jedoch zur Ueberzeugung, daß diese zweifache Qualifikation zu unläuterer Wahlmännern führen könnte, weshalb die Vorlage im Komitee entsprechend verändert werden sollte.

Der Regierung scheinen nur zwei Wege offen zu stehen. Entweder läßt sie es auf den Entschluß des Speakers ankommen und nimmt den Kampf mit dem Hüter der parlamentarischen Tradition auf, oder sie läßt die Vorlage fallen und bringt eine neue ein. Aber beide Wege führen nirgends wohin. Durch den Kampf mit dem Speaker würde sie ihre Position nur schwächen und so viel Zeit verlieren, daß sie ihre Geschäfte bis zum nahen Ende der Legislaturperiode nicht bewältigen könnte. Brächte sie eine neue Vorlage ein, so würde diese Vorlage nicht den Schutz des Parlamentes genießen, da der Zeitraum, der verstrichen ist, um eine Vorlage dem Betreuer der Lords zu entziehen, von dem Tage der ersten Lesung an gerechnet wird. Unter diesen Umständen wird sie es wohl vorziehen, die ganze verfahren Wahlrechtsvorlage fallen zu lassen und mit der Vorlage zur Abschaffung der Pluralwähler fortzufahren, die die zweite Lesung hinter sich hat und die ihr ein vor kurzem mit einem Remischen befohlener Streiker für den Fall warm gehalten hat, daß der Wahlrechtsvorlage unterwegs ein Rasheur passieren sollte.

Man muß gestehen, daß die ganze Sache wie ein vorausbestimmtes Manöver aussieht, um die Frauen zu prellen. Sollte sich unter der Horde der geriebenen Liberalen, Juristen, die die parlamentarische Prozedur wie ihre Westentasche kennen, nicht ein einziger gefunden haben, der den Einspruch des Speakers vorausahnt? Es scheint unglücklich, hatte Herr Asquith, als er den Frauen das großmütige Versprechen gab, den eingetretenen Fall gar im Auge? Weshalb war die Regierung so sehr darauf erpicht, sich durch die Vorlage zur Abschaffung der Pluralwähler den Rücken zu decken? Die liberalen Blätter schieben die Schuld natürlich dem bösen Schicksal in die Schuhe, aber die Frauen behaupten mit vielem Recht, daß dem Schicksal in dieser Affäre von gewisser Seite wertvolle Helderdienste geleistet worden sind. Den meisten Liberalen wird die Entwidlung der Dinge nicht unangenehm sein, so traurige Gesichter sie auch machen mögen. Vielerlich doch in der nächsten Session jetzt eine treffliche Gelegenheit, die Wahlrechtsvorlage wieder einzubringen, die dann, von den Lords verworfen, bei den nächsten Parlamentswahlen eine gute Wahlparole liefern würde.

London, 27. Januar. Die Wahlrechtsbill ist zurückgezogen worden.

Bevor Premierminister Asquith den Entschluß der Regierung, die Wahlrechtsbill fallen zu lassen, bekannt gab, ersuchte er den Sprecher, zu erklären, welcher der eingebrachten Änderungsanträge zur Wahlrechtsbill im Falle seiner Annahme den Charakter der Bill so gründlich ändern werde, daß es notwendig werden würde, eine neue Bill einzubringen. Der Sprecher wies in seiner Antwort darauf hin, daß drei alternative, das Frauenstimmrecht betreffende Änderungsanträge eingebracht worden seien, welche die gegenwärtige Wählerliste um elf bezw. sechs bezw. anderthalb Millionen Frauen vermehren würden. Nach seiner, des Sprechers, Ansicht, würde die Annahme jedes einzelnen dieser Änderungsanträge die Bill derartig verändern, daß sie zu einer neuen Bill werden und damit ihre Zurückziehung nötig sein würde. Daraufhin erklärte Asquith, daß unter diesen Umständen und angesichts der den Anhängern des Frauenstimmrechts gegebenen Zusicherungen die Regierung die Bill fallen lasse. Angesichts der Entscheidung des Sprechers sei es auch zweifellos, die Debatte über den Änderungsantrag Grey fortzusetzen. Als persönlicher Gegner des Frauenstimmrechts bedauere er, daß die Frage nicht zur Abstimmung gekommen sei, denn er habe dieser Abstimmung niemals mit Besorgnis entgegengesehen. (Beifall und Weiterf.)

Da es unmöglich sei, führte Asquith weiter aus, über die das Frauenstimmrecht betreffenden Änderungsanträge zu debattieren, habe die Regierung gemeint, daß sie gerechterweise mit der Verhandlung der anderen Bestimmungen der Bill nicht fortfahren solle. Es bliebe daher noch die Frage übrig, was weiter zu geschehen habe. (Rufe von den Banken der Opposition: Legen Sie die Frage den Wählern vor!) Wenn auch die Regierung der Ansicht sei, daß Asquith fort, daß sie in der laufenden Session keine weiteren Anträge in der Wahlrechtsfrage stellen könne, so bedeute dies doch nicht, daß sie die Pflicht aufgabe, mit der Wahlrechtsreform fortzufahren, falls und wenn immer sich die Gelegenheit dazu biete. Die Regierung beabsichtige auch, die Frage des Rücktritts der Pluralstimmen noch in der

jetzigen Parlamentsperiode mit Nachdruck aufzunehmen. Hinsichtlich des Frauenstimmrechts stellte Aquith in Aussicht, daß die Regierung einer Bill, die ein Abgeordneter in der nächsten Session über diese Frage einbringen würde, dieselbe Förderung gewähren werde, die der sogenannten Conciliation Bill zuteil geworden sei, welche zu Anfang der laufenden Session abgelehnt wurde. Zur Verlesung seiner Rede wird Aquith nachdrücklich die Vermutung zurück, daß die Regierung hinsichtlich der Frage der Geschäftsordnung der Nachlässigkeit oder eines scharfen Vorgehens schuldig gewesen sei. Die Regierung habe geglaubt, daß die Wahlrechtsbill reichlich Gelegenheit zur Verhandlung und Entscheidung der Frage des Frauenstimmrechts gewähren würde.

Nachdem Aquith gesprochen hatte, erklärten sich mehrere Redner, unter ihnen Bonar Law, Lloyd George und Balfour, mit dem von der Regierung eingeschlagenen Wege im allgemeinen einverstanden, da er die beste Möglichkeit biete, eine umfängliche Abstimmung über das Frauenstimmrecht herbeizuführen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Januar 1913.

### Das Zentrum und die neue Heeresvorlage.

Die strengkatholische „Kölnische Korrespondenz“, die unermüdbare Gegnerin der liberalen-böhmischen Presse, beschäftigt sich in ihrer letzten Nummer in satirischer Weise mit dem Verhalten der im Schlepptau der „Köln. Volksztg.“ folgenden Zentrumsblätter zur kommenden neuen Militärvorlage und zeichnet auf Grund der bisherigen Erfahrungen das folgende heitere Bild zentrumspartheilicher Gesinnungswandlung:

Zuerst wird die Vorlage mit Entschiedenheit abgelehnt. Es existiere überhaupt kein vernünftiger Grund zur Verneinung unserer Streitkräfte. Darum müsse die Vorlage entschieden abgelehnt werden; sie sei einfach ausfallslos. Die Regierung habe ja selbst erklärt, anlässlich der früheren Militärvorlagen, die Leistungen des Reiches genügen vollst. Komme sie jetzt schon wieder mit neuen Forderungen, so blamiere sie sich und verliere schließlich das Vertrauen des Volkes. . . .

Das ist der erste Akt; dann kommt der zweite:

Es könne nicht geleugnet werden, daß unser Vaterland sich momentan wieder in einer recht kritischen Lage befinde. Schwärze Kriegswolken steigen drohend von Osten her am Himmel empor und Frankreich, der Erbfeind, hat die deutsche Armee an Zahl überflügelt. Man dürfe gewiß nichts übertrieben und habe auch durchaus nichts zu fürchten; aber andererseits müsse man doch den Tatsachen ruhig ins Auge sehen. Es lasse sich also über den Nutzen oder gar die Notwendigkeit der neuen Militärvorlage diskutieren. Allein, vorher fordere das Zentrum die Regelung der Decksungsfrage, und hier scheitere die ganze Vorlage, sie könne aus finanziellen Gründen nicht angenommen werden. Die Steuerzahler seien erschöpft und ihre Unzufriedenheit infolge der beständigen Neuforderungen habe einen bedenklichen Grad erreicht.

Dritter Akt.

Bei B sagt auch B sagen: Wenn die unerschütterlichen Gefahren über unser Vaterland bedrohen, wenn wir für unsere eigene Sicherheit eintreten und unsere Grenzen sichern müssen, so dürfen wir die dazu notwendigen Mittel der Regierung nicht vorenthalten. Das darf am allerwenigsten eine große politische und staatserbaltende Partei, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist! Darum sind wir bereit, die Mittel zu bewilligen, verlangen aber, daß nicht wieder das Volk belästert werde. Man möge die oberen Hunderttausend heranziehen, die Eisen, Kohlen, Champagner usw. Savone, die Automobilfabriker und Sportmänner, eventuell auch die Junggesellen (mit Ausnahme der katholischen Priester).“

Den Schlussakt bildet die glatte Annahme des Gesetzes und Verzicht der Linken auf reich und arm. Einige bedeutungslose Absätze dienen als captatio benevolentiae den Wählern gegenüber. Zur Begründung wird angeführt, daß doch schließlich das ganze deutsche Volk Nutzen habe von der Größe und Macht der bestehenden Reichsarmee. Die reichen Leute in Ähthen schon derart bluten, daß ein neuer Weltkrieg den Niedergang der Großindustrie und des Großhandels bedeuten würde. Dagegen fühle der kleine Mann kaum die paar Pfennige, die er für Bier, Tabak, Zündhölzchen usw. mehr ausgeben.

Daß die Komödie eine abgetarnte Sache ist, wissen die weichen Augustinuskinder. Die Leiter der Zentrumsvorlage ausgearbeitet hat, setzen sich ihre Vertreter mit den Führern der ausschlaggebenden bürgerlichen Parteien ins Benehmen, und gewisse Herren vom Zentrum, die einer Zukunft entgegenblicken, sind zu den letzten Verhandlungen immer gern bereit. Oft findet die Aussprache nach echter Diplomatsensitte im vertrauten und animierten Kreise eines Soupers statt. Da wird nun alles abgemacht, und wenn die Herren am späten Abend wieder in ihre Automobile steigen, dann hat der Herr Reichsanzler die Bewilligung schon so gut wie in der Tasche.

Das Komiker, das die „Köln. Korresp.“ von der Zukunft der Zentrumsgrößen entwickelt, stimmt bis ins kleinste. Bislang ist das Zentrum noch bei jeder größeren Heeresvorlage noch diesem schönen Rezept verfahren und sie wird auch diesmal unzweifelhaft die gleichen Pläne wandeln.

### Die neue Konkurrenz-Versicherung.

Am Sonnabend wurde die Gründung der Deutschen Volksversicherungsgesellschaft beschlossen. Die neue Aktiengesellschaft, die mit behördlicher Unterstützung in der dem Reichsanzler ins Leben tritt, soll bekanntlich die von den Gewerkschaften und Genossenschaften der Arbeiter ausgehende Volksversicherung von vornherein übernehmen. Man hofft, daß unternehmende der Arbeiter auf diese Weise zu vereinen. 30 Lebensversicherungs-gesellschaften haben ein Grundkapital von 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um die amtlich protegierte neue Volksversicherung zu finanzieren, deren Aufgabe sein soll: „die in den Organisationen der Arbeiter, der Arbeiterinnen, der Hausfrauen, der Bauern, der kleinen Gewerbetreibenden und Einzelhandels ruhenden Kräfte der Bevölkerung und weitesten Verbreitung der Volksversicherung dienstbar zu machen“. Die Zahlung beschränkt die Vergütung des Aktienkapitals auf 4 Proz. Diese Beschränkung soll dadurch gesichert werden, daß die betreffende Satzungsbestimmung nur mit Zustimmung des Reichsanzlers abgeändert werden kann. Der Reichsanzler wird für diese Volksversicherung einen Reichskommissar und einen Stellvertreter bestellen. Der Reichskommissar soll darüber wachen, daß die Zweckbestimmung des Unternehmens gesichert bleibt. Er ist deshalb mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet.

Im Anschluß an die Gründung konstituierte sich der Aufsichtsrat. Zum Vorsitzenden wurde Sozialminister Dr. Graf v. Soltow gewählt.

### Die schwarze Internationale.

Die dem Trierer Bischof Rorum nahestehenden „Weltblätter“ bringen in ihrer sieben erschienenen Nr. 17 eine Philippika gegen

die kruscheude modernistische Richtung im Katholizismus. Es erklärt der Verfasser, eine weitverbreitete Empfindung, daß man sich in katholischen Kreisen nicht mehr so ehrlich und offen ausdrücken dürfe, wie etwa vor zwanzig und dreißig Jahren. An einer anderen Stelle wird gesagt, daß die im katholischen Lager bestehenden Gegensätze niemals beseitigt werden könnten, durch diktorische Schlüsse und durch Verurteilung der die Gegensätze stützenden, die brutale Vergewaltigung gleichkommt.

Außerdem beschäftigt sich der Verfasser, ein „Kämpfe aus Windsthorst Zeiten“, mit dem „Nationalismus, richtiger Uebernationalismus“. Er schreibt:

„Das unsere junge Generation, wie auch die alte, durch und durch deutsch ist, ist gut und begrüßenswert. Nicht begrüßenswert aber ist es, daß sie so „deutsch“ geworden ist, daß sie in einzelnen Fällen Wohlheit und Gerechtigkeit gegenüber den nichtdeutschen Nationen vernachlässigt. Nicht begrüßenswert ist es vor allem, wenn auch Katholiken in der Theorie und noch mehr in der Praxis, den Nationalismus über den Katholizismus stellen, wenn sie nur eine nationale Kultur, Literatur und Kunst anerkennen und wenn sie nicht begreifen, daß Nationalismus und Katholizismus direkt unvereinbar sind, und daß der weltumspannende katholische Gedanke hoch, selbst über dem berechtigten nationalen steht.“

### Südafrikanisches Fleisch für das Militär.

Der holländische Schlachtdirektor Haas in Offenburg macht in der „Allgem. Fleischztg.“ einen durchaus annehmbaren Vorschlag zur Versorgung des deutschen Heeres mit gutem Rindfleisch, dessen Durchsicht, wenn sie auch keine gründliche Abhilfe der jetzigen Fleischsteuerung bietet, doch immerhin die Nachfrage auf dem deutschen Fleischmarkt um etwas vermindern würde. Er empfiehlt nämlich, das Deutsche Reich oder die Militärverwaltung möge im südwestafrikanischen Schutzgebiet einen modernen Schlacht- und Viehhof mit Konzentration errichten und die dort gewonnenen Fleischprodukte zur Versorgung der deutschen Armee verwenden.

Der Haas begründet seinen Vorschlag in folgender Weise:

„Durch die billigen Einkaufspreise der Schlachtviehe würde eine solche Anlage sich in kurzer Zeit als sehr rentabel erweisen. Der Viehhof würde dadurch bei richtiger Ausdehnung Millionen von Mark in seinen Ausgaben ersparen. Die Verbesserung der Fütterung und teilweise Verpflegung der Soldaten auch in Friedenszeiten mit Konzentration könnte durchgeführt werden. Durch eine detaillierte Mahnung würde in erster Linie die Kolonie Deutsch-Südwafrika wirtschaftlich erstarken und den von ihr erhofften Nutzen für das Vaterland erbringen. Zum anderen würden viele Millionen Mark, die jetzt für Fleisch ins Ausland gehen, in deutschen Händen bleiben. Und endlich würde durch die reichliche Verwendung von Rindfleisch der Fleischmarkt im Inlande entlastet.“

Der Vorschlag ist sicherlich annehmbar. Die südwestafrikanischen Farmer, die über die mangelnden Schlachtleistungen für ihre Rinderlegen, gewannen ein vorteilhaftes Abgabegeld, und die Militärverwaltung könnte Millionen an ihren Ausgaben für Fleisch sparen; aber die Herren Gattner werden aus Gründen des Profits allerlei gegen eine solche Mahnung einzuwenden haben — und an ihrem Widerspruch wird der Vorschlag zweifellos scheitern.

### Die Fleischer und die Presse.

Während die Fleischpreise sich sehr wenig rückwärts über die Kontinente bewegt, die die Deckung der Grenzen für die Fleischimporte fordern, scheinen die Herren Fleischermeister selbst sehr empfindlich gegen jede Preiserhöhung zu sein. In einer Sitzung der Alldeutschen Fleischzuchtungs- und Fleischverarbeitungsgesellschaft wurde über die Fleischsteuerung gesprochen. Die Berichte über diese Sitzung scheinen aber den Fleischern nicht recht gefallen zu haben. In einer späteren Versammlung beschloß die Junung daher, die Berichterstatter nur unter der Bedingung zuzulassen, daß die Berichterstatter in einer Form erfolge, die bei den Fleischern keinen Anstoß erzeuge.

Die Alldeutsche Tagespresse quittiert diese Unverschämtheit mit einem Verzicht auf die Berichterstatter über die Versammlungen der ehrenwerten Junung.

### Wahlrechtskonflikt in Koburg-Gotha.

Der gemeinschaftliche Landtag für Koburg-Gotha sprach sich mit großer Mehrheit für die Einführung des direkten Wahlrechts aus. Nur die Konservativen stimmten gegen den Antrag der Verfassungskommission, die Regierung um baldige Vorlage einer entsprechenden Wahlreform zu ersuchen. Der Minister erklärte daraus namens der Regierung, daß sie einem solchen Antrage nicht entsprechen werde. Eher werde er, der Herr Minister, von seinem Posten weichen, als eine die Einführung des direkten Wahlrechts fordernde Vorlage einbringen.

### Disziplinarverfahren gegen den Bremer Volksschullehrer Sonnemann.

In der seit 10 Monaten schwebenden Disziplinaruntersuchung gegen den Lehrer Sonnemann ist jetzt die Hauptverhandlung auf den 10. Februar angesetzt worden. Dem angeklagten Lehrer wird vorgeworfen, daß er in einigen Versammlungen der Arbeiterjugend Reden gehalten habe, die mit seiner Stellung als Lehrer nicht zu vereinbaren sein sollen.

### Ein Drama auf dem Lande.

nannte mit Recht der Genosse Hoffmann am Sonnabend im Abgeordnetenhaus die Behandlung der 13jährigen Dienstmagd in Aschdort in Ostpreußen. Dieselbe wurde nicht, wie es irtümlich in unterem Landtagsbericht heißt, 14 Tage, sondern 40 Tage lang ohne jedes gerichtliche Urteil ins Gefängnis geworfen, weil sie wegen schlechter Behandlung den Dienst verlassen hatte, obwohl das Gericht der Ansicht war, daß „der Fall besonders leicht lag“ und daß deshalb nur auf einen Verweis erkannt hätte!

### Der ungarische Wahlrechtskampf.

Budapest, 26. Januar. Der sozialdemokratische Parteikongress hat beschlossen, daß die Sozialdemokraten sich an den Wahlen nicht beteiligen sollen, falls der Entwurf zur Wahlreform ohne Mitwirkung der Opposition zustande käme. Auch wird die Parteileitung ermächtigt, den Generalstreik an einem von ihr zu bestimmenden Tage zu verfügen.

### Italien.

#### Der Reformist Bonomi als Finanzminister?

Rom, 25. Januar. (Eig. Ber.) Mehrere italienische Zeitungen, an erster Stelle der „Avanti“, haben seit einiger Zeit die Nachdrücklichkeit gebracht und auf ihr bestanden, daß Giolitti sich mit der Absicht trage, noch vor den Parlamentswahlen das Portefeuille des Ministeriums des Innern aufzugeben. Der Grund wäre einfach genug. Giolitti ist 70 Jahre alt und man darf sich nicht wundern, wenn es ihm nachgerade zu viel wird, Ministerpräsident zu sein und gleichzeitig die innere und die auswärtige Politik allein zu leiten, wie er das heute tut. Der bisherige Finanzminister Facta würde dieser Funktion zufolge Minister des Innern werden, was den Vorteil hätte, die Wahlbindnisse mit den Liberalen zu erleichtern, bei denen Facta lieb und ist. Giolitti behielte die Präsidentschaft ohne Ministerportefeuille, was in der italienischen Politik

wiederholt vorgekommen ist. Nur aber dem Kabinett nicht einen allgütigen Rück nach rechts zu geben, was für die Wahlen nachteilig sein könnte, würde man die „Avancement“ des antidemokratischen Facta dadurch ausgleichen, daß man den Reformisten Bonomi zum Finanzminister machte. Es kann sein, daß dies vorzeitig an die große Glocke hängen der Absichten Giolittis (vorausgesetzt, daß er wirklich diese Absichten hat), ist von deren Verwirklichung abh. all.

### Norwegen.

#### Der Ministerwechsel.

Christiania, 25. Januar. (Eig. Ber.) Das konservative Ministerium hat nunmehr bei Eröffnung des neu gewählten Parlaments die Konsequenzen aus der Nichterfolge bei den allgemeinen Wahlen gezogen. Es tritt von der Leitung der politischen Geschäfte des Landes zurück, gefolgt von dem Sohn der Gegner und beladen mit dem Fluch der eigenen Partei, woffen. Eine tüpeltreffendere Politik als die des jetzt zurückgetretenen Ministeriums hat eine konservative Regierung wohl kaum jemals gemacht. Ein einziges Jahr der Rührigkeit und Wirksamkeit hat die konservative Herrschaft erfüllt. Von einer Majoritätspartei lehnen die Konservativen in das neue Störfeld als „ohne hoffnungslose Minderheit zurück, der nichts übrig bleibt als den Liberalen das Heft auszuliefern. Der augenblicklich erkrankte Gunnar Knudsen hat vom Könige den Auftrag erhalten, die neue Regierung zu bilden.

Damit kehren die Liberalen wieder zur Macht zurück. Man würde indes einen großen Fehler begehen, wollte man diesen Wechsel in den Ministerposten gleich als einen Systemwechsel ansprechen. Als in Dänemark die Konservativen vor mehr als einem Jahrzehnt mit ihrem Kalten zu Ende waren, trat ein Systemwechsel ein. Auch in Schweden bereitete sich vor 1 1/2 Jahren etwas Ähnliches vor, abgesehen es einstellten noch fraglich ist, ob für die Arbeiterklasse etwas dabei herauskommen wird. In Norwegen ist von einem Systemwechsel zurzeit kaum die Rede. Die Liberalen nehmen zwar eine gewisse Oppositionsstellung zu der großkapitalistischen Politik der Konservativen ein. Aber sie sind auf dem Gebiete der Sozialreform weder zuverlässiger noch weitblickender als ihre konservativen Gegner, und in der Rüstungsfrage sind sie ebenso bereit, dem Militarismus die Millionen in den weiten Taschen zu werfen.

Das Ministerium Knudsen wird nun in den nächsten Tagen sich dem Parlament vorstellen. Ob mit einem Programm, ist eine andere Frage. Wahrscheinlich wird man sich mit dem Reformstreifen begnügen.

### Marokko.

#### Neue Kämpfe.

Mogador, 26. Januar. Eine Oase der Anflut ist gestern nach heftigem Artilleriekampf, dem ein Sturmangriff folgte, zurückgeworfen worden. Die Marokkaner hatten starke Verluste; auf französischer Seite sind mehrere Soldaten gefallen und etwa zwanzig verwundet worden.

Paris, 27. Januar. Ueber den Kampf mit den Anflut am 25. Januar wird noch gemeldet, daß die Araber dieses Stammes von den Franzosen eingenommen wurde. Die Anflut flüchteten nach heftigem Widerstande und ließen in der Hefte große Lebensmittelvorräte, Waffen und Munition und sogar Werkzeuge zur Herstellung solcher Waffen zurück. Die Verluste der Franzosen betragen sieben Tote und siebenunddreißig Verwundete, unter den letzteren drei Offiziere.

## Aus der Partei.

#### Die neue „Humanität“.

Am Sonnabend ist das Zentralorgan unserer französischen Arbeiterpartei zum erstenmal sechsfach herausgekommen. Damit ist der erste große Schritt zum Ausbau der „Humanität“ getan. Wenn das Versprechen, daß die Leitung der „Humanität“ gegeben hatte, so rasch erfüllt werden konnte, so liegt das daran, daß eine von ihr ausgehende Anteil von 200 000 Fr. innerhalb 6 Monaten abbezahlt wurde. Schon die Ankündigung der Vergrößerung des Blattes hat bewirkt, daß das Blatt in der letzten Zeit mehrere Tausend neue Abonnenten erhalten hat. Der gesamte Redaktionsdienst hat eine Reorganisation erfahren. Die „Humanität“ beschäftigt nun im ganzen 28 Redakteure. Außerdem arbeiten eine große Anzahl von bekannten Genossen, wie Sembat, Grada, Maurice Allard, Dubreuilh, Cochon, de Préville regelmäßig mit. Die Gesamtleitung behält Jaurès, der täglich eine kurze Uebersicht schreibt. Um der Reorganisation auch äußerlich Ausdruck zu verleihen, ist die „Humanität“ vor wenigen Tagen aus ihrem bisherigen, etwas dürftigen Lokal in der Rue Croissant in stattlichere Räume, die in der Rue Montmartre 142 liegen, umgezogen.

#### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

##### Abgewiesen.

Die recht zweifelhaften Erfolge verschiedener Polizeibehörden gegen den Arbeiterturnerband haben auch der Polizei in Hannover keine Ruhe gelassen; sie wollte partout auch den Wünder Verein Freie Turnerschaft für politisch erklären lassen. Erst wurden das Vereinsstatut und das Mitgliedsverzeichnis eingefordert, und als der Vorstand dieses ungeheulige Verlangen ablehnte, erging ein Strafmandat in Höhe von 15 M. Dem Vereinleiter war es aber ein Leichtes, die Beweisführung der Polizei zu zunichte zu machen, und so kam denn auch das Schöffengericht zu einer Freisprechung.

## Gegen die Lustbarkeitssteuer.

Eine große Demonstrationssammlung gegen die Lustbarkeitssteuer, wie sie vom Berliner Magistrat und den bürgerlichen Stadtverordneten geplant wird, fand Montagmorgen im Reichshallen-Theater statt. Sie war von mindestens 1000 Anwesenden besetzt, der Berliner Musik, der Künstler und Kongressagenten und privater Künstlervereinigungen besetzt. Es sprach zuerst in einem sehr scharfen und gründlichen verlesenen Referat der Vorsitzende des Künstlerverbandes, Herr Konrad. Nach ihm kamen die Vorsitzenden beider Vertreter der einzelnen Verbände zum Wort. Sie waren alle mit dem Referenten einmütig in der scharfsten Verurteilung der neuen Auflage der Lustbarkeitssteuer. Die Stadtverordneten, die sämtlich, besonders soweit sie im Ausschuss der hierfür eingesetzt ist, eingeladen waren, glänzten bis auf ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion, den Genossen Grundwald, durch Abwesenheit. Genosse Grundwald vertat dann, nachdem Referent und Verbändler zu Worte gekommen waren, den Standpunkt, den die sozialdemokratische Fraktion in dieser Frage einnimmt, er befürworte eine energische und rückwärtslose Agitation und Organisation gegen die geplante Steuer und fordere für diese seine Auffassung und seine Propaganda den großen Beifall der Versammlung. Zum Schluß wurde eine entsprechende Resolution angenommen, in der die Steuer als volksfeindlich, sozial und preussisch gebrandmarkt wird.



Der Raub der Mongolei.

Rußland hat nichts im Westen zu suchen. Es kann dort nur den Wohlstand und andere Krankheiten holen. Seine Mission liegt in Asien. Dort vertritt es die Zivilisation.

Wismar, Gedanken und Erinnerungen.

Während Europa mit der Balkanfrage und der immer wieder ausstehenden Gefahr eines Weltkrieges zu tun hatte, hat die russische Diplomatie den sorgfältig vorbereiteten Schlag gegen die chinesische Republik geführt, der mit der kaum verhüllten Annexion der Mongolei durch Rußland die Aufstellung der chinesischen Außenländer einleitet und damit die gesamte ostasiatische Frage wieder aufrollt. Die russische Diplomatie hat diesen Coup schon lange vorbereitet. Von Japan aus Korea und Port Arthur zurückgeworfen, schloß sie mit dem gestrigen Feinde ein Bündnis, dessen Spitze sich unverkennbar gegen China richtet. Der vorjährige Besuch des Fürsten Kurara in Petersburg schloß die Abmachungen ab, nach denen sich Rußland und Japan wegen der Mandschurei und der Mongolei einigten. Als dritte ausschlaggebende Macht kam England in Betracht, dessen Einwilligung sich der russische Minister des Aeußeren Sjasonow bei seinem vorjährigen Besuch in Balmoral, gegen die Gewährung eines ähnlichen Vorgehens Englands in Tibet, einholte. Allerdings mußte hier der Gedanke an eine offene Okkupation der chinesischen Außenländer fallen gelassen werden, da die genannten Staaten sich mit verpflichtet hatten, „mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Unantastbarkeit und Unabhängigkeit Chinas zu verteidigen“. Konnten aber diese Provinzen nicht offen angegliedert werden, so einigten sich die drei Verbündeten dahin, Pufferstaaten ins Leben zu rufen, die unter der Abhängigkeit der betreffenden Großmacht gelaufen könnten. Die Revolution und die Einführung der Republik in China gab den äußeren Vorwand für ein solches Vorgehen. Die russische Regierung inszenierte mit Hilfe ihrer Agenten, die mit Rubelstücken und Schnaps nicht knauseren, die sogenannte Abhängigkeitsklärung der mongolischen Fürsten, um sodann mit Scheinheiliger Miene das ihr angetragene Protektorat über das von China „bedrängte“ Land anzunehmen. Allerdings erklärte Herr Sjasonow am 26. April v. J. in der Duma, von einem Protektorat über die Mongolei könne nicht die Rede sein, da es für Rußland nur eine Last bedeuten werde. Unerwartet aber hat die russische Diplomatie Vorkehrungen getroffen, die das unter chinesischer Souveränität stehende Land völlig von Rußland abhängig machen und es auf eine Stufe stellen mit den mittelasiatischen „Schutzstaaten“ China und Buchara. Rußland hat bereits, obgleich der größte Teil der mongolischen Fürsten den Pakt zwischen den Kreaturen Rußlands und der russischen Regierung nicht anerkennt und zu China hält, die wichtigsten Städte mit seinen Truppen besetzt, die Bildung einer mongolischen Armee begonnen, die Zivilverwaltung an sich gerissen und bei dem offiziellen Empfang der mongolischen Sondergesandtschaft in Petersburg die Existenz der „autonomen“ Mongolei öffentlich anerkannt. Als vor etwa zehn Jahren derselbe russische Agent Djordtschew, der jetzt die mongolische Gesandtschaft führte, an der Spitze einer tibetischen Gesandtschaft in Petersburg eintraf, betrachtete England dies als eine Verletzung der chinesischen Oberhoheitsrechte, und entsandte eine Expedition nach Tibet, um den Sonderbestrebungen des Dalai-Lama, des geistlichen Oberhauptes des Landes ein Ende zu setzen. Nun aber, wo der von Rußland gekaufte Gutuchtu, das geistliche Oberhaupt

zweier mongolischer Stämme, denselben Schritt unternimmt, jetzt es sich, um die Existenz der Entente mit Rußland aufrecht zu erhalten, über den russischen Rechtsbruch gegenüber China ebenso hinweg, wie über die russische Raubwirtschaft im Norden Persiens. Hier wie dort opfert England die Interessen seiner asiatischen Politik und seines Handels den immer zunehmenden Ansprüchen seines Ententegenosses Rußland, allerdings nicht ohne entsprechende Kompensationen in seinen Einflußsphären einzubezugen.

Das jetzt von Rußland an sich gerissene Gebiet, das einen Flächenraum von 1 1/2 Millionen englische Quadratmeilen umfaßt, schließt die Kette der jetzt unter russischem Einfluß stehenden Länder, die sich längs der sibirischen Grenze vom Pamirplateau bis zur Mandschurei hinzieht. Die Provinz Altai grenzt an das russische Semiretschenskiagebiet und ist strategisch wie wirtschaftlich am wichtigsten. Der mittlere Teil der Mongolei, das eigentliche Chalka, wird vom Süden und Südosten von der Wüste Gobi begrenzt, der östliche Teil, die Provinz Chailar, geht schon zur Mandschurei über. Die Grenzen des neuen russischen Schutzgebietes liegen vorläufig noch nicht fest. Sie hängen einerseits ab von den Ansprüchen, die Japan außer der Mandschurei auch in der Mongolei stellen wird, andererseits von dem Machtbereich der sogenannten mongolischen Regierung, die vorläufig nur über ein Fünftel des gewaltigen Gebietes verfügt. Trotz dieser Einschränkungen wird das Uebereinkommen Rußlands mit dem Gutuchtu wohl als Waffe zur Unterwerfung der gesamten äußeren Mongolei angewendet werden, da China, innerlich noch nicht gefestigt und durch wüste Strecken von der Mongolei getrennt, vorläufig kaum instand sein wird, dem Eindringen der russischen „Protektoren“ Einhalt zu gebieten, die auch den ihnen feindlich gegenüberstehenden mongolischen Stämmen ihren „Schutz“ aufzuzwingen werden.

Die Handhabe hierzu bietet ihnen das Abkommen, das am 21. Oktober (3. November) 1912 vom ehemaligen russischen Gesandten in Peking Korostowez mit einigen mongolischen Fürsten abgeschlossen, und am 26. Dezember auf Befehl des Zaren vom Senat veröffentlicht worden ist. Obgleich das Abkommen, wie erwähnt, nur mit einem kleinen Teil der mongolischen Häuptlinge gegen den Willen der großen Mehrheit getroffen wurde, beginnt der Vertrag mit dem Hinweis auf den „im ganzen Volke zum Ausdruck gelangten Wunsch“, sich von China selbstständig zu machen, den Gutuchtu als Oberhaupt anzuerkennen und zu Rußland in Beziehungen zu treten. In dem Vertrag selbst übernimmt die russische Regierung, die mit solcher Virtuosität die Autonomie Finnlands vernichtet und mit Fäßen tritt, die Verpflichtung, die Autonomie der Mongolei zu schützen, und ihr vor den Ansprüchen Chinas beizustehen. Deutlicher noch kommt das russische Protektorat in 17 Artikeln des Protokolls über die Rechte der russischen Untertanen in der Mongolei zum Ausdruck. Ohne daß den Mongolen gleiche Rechte in Rußland gewährt werden, räumt dieses Protokoll den russischen Untertanen nicht nur das Recht auf zollfreien Handel ein, es liefert ihnen auch die umfangreichen Ländereien, die Forsten und die reichen Naturschätze des Landes aus. Die russische Regierung darf nach Gutdünken Konsulate einziehen, Truppen ins Land bringen, Postlinien einrichten usw. Verhandlungen mit dem Auslande, also auch mit China, finden stets über Petersburg statt. Russische Untertanen genießen das Recht der Exterritorialität und unterstehen dem Gesichte des russischen Konsuls oder Konsulatsvertreters. Wie aus diesen Stichproben hervorgeht, erwirbt die russische Regierung nicht nur alle poli-

tischen und strategischen Vorteile, die mit der „friedlichen Durchdringung“ dieses gewaltigen Gebietes verknüpft sind, es unterwirft auch die meist aus Nomadenstämmen bestehende Bevölkerung der Willkür und schrankenlosen Ausbeutung der russischen Einwanderer, schafft für den wucherischen russischen Handel eine Monopolstellung und liefert die unermeßlichen Ländereien und Naturschätze des Landes der Habgier des russischen Kapitals aus.

Dem letzten Umstande ist es zuzuschreiben, daß die russische Bourgeoisie trotz ihrer Besorgnis wegen der möglichen Komplikationen, den Raub der Mongolei mit Freuden begrüßt. Der russische Ausfuhrhandel ist nicht einmal in der Mongolei konkurrenzfähig, das hat die „Moskauer Handels-Expedition nach der Mongolei“ in ihrem kürzlich erschienenen Bericht festgestellt. Danach haben die russischen Kaufleute in der Mongolei, und zwar gerade die großen Handelshäuser, durch rücksichtslose Bewucherung der Mongolen deren Vertrauen verlohren. Unsere Lage auf dem mongolischen Markte, wenigstens in der nördlichen Mongolei, ist zweifellos in den letzten Jahren stark erschüttert worden; chinesische Kaufleute, in Massen in diese Gebiete vorgezogen, sind inzwischen hier schon die Herren der Lage geworden und haben unseren Handel auf den zweiten Platz gedrängt; unsere Manufaktur, Lederindustrie, Metallwaren usw. verschwinden allmählich vom mongolischen Markte und werden durch solche chinesischer, amerikanischer, deutscher und englischer Herkunft ersetzt. In den Gegenständen der Masseneinfuhr werden wir auf der ganzen Linie zurückgedrängt. Schon vor der Verkündung der mongolischen „Autonomie“ haben die russischen Kaufleute, nach den Feststellungen derselben Handels-Expedition, wie in einem eroberten Lande gehandelt, der gutmütigen Bevölkerung ihr schlechten Waren zu horrenden Preisen aufgezwungen, Monopole an sich gerissen usw. Nun, nach der Einverleibung der Mongolei vor der ausländischen Konkurrenz geschützt und mit allen Machtmitteln kolonialer Eroberer ausgerüstet, werden die russischen Händler und sonstige Freibeuter mit verdoppelter Energie gegen die mongolische Bevölkerung vorgehen, und sie alle Schönheiten der ursprünglichen Kapitalakkumulation an eigenem Leibe spüren lassen. Wildete jetzt bei einem Teil der Mongolen das Vordringen der chinesischen Kolonisten, der Abbau der bisherigen Viehwirtschaft den Grund ihrer Abneigung gegen China, so werden die Mongolen jetzt, wo die Russen nicht als Kolonisten, sondern als Herren und Ausbeuter ins Land kommen, erkennen, daß sie den Teufel mit Beelzebub ausgetrieben haben. Drohte ihnen bisher nur die Gefahr, aus einem Nomadenwolf in Ackerbauer verwandelt zu werden, so droht ihnen jetzt, neben der Bewucherung durch die russischen Händler, die völlige Vertreibung vom Grund und Boden und die Verwandlung in willenlose Sklaven der großen russischen Kapitalgesellschaften, die jetzt bereits zu Spottpreisen gewaltige Landstücke mit sämtlichen Mineralreichtümern vom Gutuchtu erworben haben.

Betrachtet man neben diesen wirtschaftlichen Ergebnissen des russischen Vorgehens gegen die Mongolei die allgemeinen weltpolitischen Konsequenzen, so gewinnt man ein Bild, das mit dem an die Spitze dieses Artikels gesetzten Ausspruch Wismarcks, das als Dogma der deutschen Diplomatie angesehen werden kann, im denkbar schärfsten Widerspruch steht. Es wird nicht nur ein ungeheures Gebiet von dem Weltmarkt abgeschnitten und der wucherischen kolonialen Ausbeutung des russischen Kapitals ausgeliefert, auch die damit verknüpfte Schwächung Chinas und die nun eingeleitete Aufteilung der chinesischen Außenländer ist eine Tatsache von weit-

Kleines Feuilleton.

Wovon leben die Orchester? Solche Frage erscheint auf den ersten Blick recht überflüssig. Man wird aber schnell eines besseren belehrt, wenn man eine wirklich befriedigende Antwort geben soll. Vergewenwärtige man sich doch einmal, welche ungeheure Ausdehnung der moderne Musikbetrieb genommen hat. In allen Gattungen, größeren Restaurants usw. spielen große und kleine Kapellen. Fast in jeder größeren Kneipe finden täglich musikalische Abendunterhaltungen statt. Wohl in keinem Haushalt besser Situierten, die doch hauptsächlich als Konzertbesucher in Betracht kommen, fehlt ein Klavier. Für die Befriedigung des Musikbedürfnisses ist also reichlich Gelegenheit geboten. Und dennoch finden in jedem Winter z. B. in Berlin rund 6000 öffentliche Konzerte, Gesangs- und Kammermusikabende statt. Weiter ist es kein Geheimnis, daß der größere Prozentsatz der Besucher dieser Veranstaltungen über Feiertage verfügt. Wovon leben nun eigentlich die Veranstalter dieser Konzerte?

Uns liegen Angaben vor über die finanziellen Verhältnisse eines der größten und bekanntesten Berliner Sinfonieorchester. Eine Subvention von der Stadt, wie sie z. B. das Philharmonische Orchester erhält, um während des ganzen Jahres billige Volks- und Sinfoniekonzerte zu veranstalten, bezieht es nicht. Es ist zu seiner Existenz also völlig auf die Einnahme aus eigenen Konzerten angewiesen.

Almonatlich während seines Berliner Winteraufenthaltes gibt das Orchester ein großes Sinfoniekonzert unter Heranziehung eines bekannten Dirigenten von Ruf und erstklassiger Solisten. Der Dirigent erhält für seine Mitbestellung 1000 M. pro Konzert, die Solisten im Durchschnitt zusammen 800 M. Ferner wird das Orchester, in dem für gewöhnlich nur 75 Musiker tätig sind, meist um 20-25 Künstler verstärkt, die zusammen etwa 500 M. erhalten. Die Reklame durch Anschläge an den Lichthäusern erfordert eine Ausgabe von rund 150 M., vorläufig gerechnet. Addieren wir nun alle die Kosten, so ergibt sich für das Sinfoniekonzert eine Ausgabe von 2450 M. Hierzu müssen nun noch die laufenden Kosten pro Tag gezählt werden. Diese betragen rund 850 M. für Besoldungen der Orchesterangestellten, Beleuchtung und Miete des Konzertsaales usw. Also kostet ein Sinfoniekonzert zunächst 3350 M. — Der dem Orchester zur Verfügung stehende Saal faßt rund 1500 Personen. Nehmen wir nun den günstigen Fall an, der aber nur alle Jubeljahre einmal eintritt, sämtliche Billets seien zu einem durchschnittlichen Preise von 2,50 M. pro Stück veräußert worden, so ergäbe sich daraus eine Einnahme von 3750 M. Dem Orchester verbleibt also zunächst ein Bruttoüberschuß von 400 M. Davon aber müssen Werke noch lebender oder nicht schon vor 30 Jahren verstorbener Komponisten gezahlt werden. Diese besonderen Kosten erhöhen sich nicht selten noch um 500 Mark und mehr, wenn bei der Auführung von Oratorien und Chorwerken ein gemieteter Chor mitwirkt. Wird das alles berücksichtigt, so sieht man leicht ein, daß dem Orchester aus der Veranstaltung eines Sinfoniekonzertes in den meisten Fällen ein mehr oder minder großes Defizit erwächst.

Die populären Sonntagskonzerte bei kleinen Preisen decken gewöhnlich die Unkosten. Außerst profitabel werden sie dagegen für das Orchester, wenn sie sogenannten Gastdirigenten leiten. Diese erhalten, zumal wenn sie in der musikalischen Welt noch keinen Namen haben, von der Orchesterverwaltung nicht einen Pfennig

Honorar, müssen vielmehr bis zu 2000 M. für jedes Konzert bezahlen, das sie dirigieren.

Wahre Goldgruben für das Orchester sind die Solistenbegleitungs-konzerte. Der Ehrgeiz von Sängern und Virtuosen beiderlei Geschlechts drängt sie danach, in Berlin, der Zentrale des deutschen und auch internationalen Musiklebens, ein Konzert mit Begleitung der hier bestehenden großen Orchester gegeben zu haben. Das ist für ihr späteres erfolgreiches Fortkommen von größter Bedeutung, ja sogar direkte Notwendigkeit. Kein Wunder, daß sich die großen Konzertintimitäten diese Zwangslage zunutze machen und von den Solisten für ihre Mitwirkung bei Konzerten ungeheure Summen verlangen. 1000 M. sind da das mindeste, was sie bezahlen müssen. Und da solche Begleitungs-konzerte fast jeden Wochentagabend stattfinden, kann man leicht berechnen, welche Summen den Orchestern daraus zufließen.

Ziehen wir nun die Schlussbilanz, so kommen wir zu dem gewiß merkwürdigen Ergebnis, daß die großen Privat-orchester auf keinen Fall existieren können von den Veranstaltungen, die sie in eigener Regie treffen. Vielmehr leben sie von den enormen Beträgen, die ihnen Gastdirigenten und Solisten zahlen müssen für die Ehre, mit ihnen konzertieren zu dürfen.

Das ist eine bedenkliche Erscheinung, ein Krebsgeschwür des heutigen Musikwesens, der aber in Weiten unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung begründet ist. Es werden ja keine Konzerte veranstaltet, um das Musikbedürfnis des Volkes zu befriedigen, um der wahren Kunst Dienerin und Förderin zu sein, nein, nur um Profite zu machen. Die Musik ist heute wie alles andere ein Gegenstand von Handelsgeschäften. Wer über genügend Geld verfügt, ein großes Orchester zu bezahlen, der bekommt es für seine Zwecke zur Verfügung gestellt. Arme Künstler dagegen, und wären sie noch so genial, müssen zusehen, wie sie ohne Orchester fertig werden und wenn sie darüber zugrunde gingen. Es ist wahrhaftig kein Wunder, daß unter moderner Musikbetrieb unter solchen Umständen mehr und mehr verflacht.

Theater.

Königl. Schauspielhaus: „Biefelchen“, Lustspiel von Leo Benz. Das königl. Schauspielhaus, das seine Abhängigkeit vom Hofe durch konsequentes Vohlott alles dessen, was in den letzten Jahrzehnten irgendwie künstlerisch bedeutsam geschaffen wurde, manifestiert, pflegt, da es ganz ohne Robliäten nun einmal nicht geht, sein Publikum im Laufe der Saison durch einige zeitlose Kunstleistungen zu erfreuen. Wer verkantetes Spielzeug aus dem Winkel vorholt, um es aufzuladieren und als neue Ware feilzubieten, ist da ein hoch willkommenes Mann. Es gilt, dem Vohlott zu gefallen. Auch wo er im Personenverzeichnis der angenommenen Stücke nicht selbst erscheint, herrscht doch sein Geist darin, gibt den Maßstab des Erlaubten und Geziemenden. Das Lenzige Lustspiel, einer Erzählung der französischen Schriftstellerin Gyp nachgebildet, paßt sich dem überlieferten Niveau trefflich an. Sein „Biefelchen“ — schon der süße Name sagt's — ist ganz das unschuldsvoll naive und vorlaut plappernde Geschöpf, das schon in hundert Lustspielen herumfließt, um schließlich immer nach Verdienst mit einem ritterlichen Freiermann beglückt zu werden. Jeder schwärmt für sie, der alte Diener, den sie pufft, der Herr Papa, der ihr „quersüßigen Humor“ attestiert, ein abgeblühter Offizier und vor allem der edle Onkel Gaston, der, als er nach Romödienstadt gerade zehn Millionen erbt, dem Mädchen eine davon zum Geschenk macht und dann auf Reisen geht. Mit seinen 40 Jahren glaubt der Kleinmütige nicht mehr recht daran, daß ihm ein 17-jähriges Mädchen liebend köm-

Bei seiner Heimkehr stellt sie ihm denn auch einen jungen Aristokraten als künftigen Verlobten vor. Aus lauter Mitleid, weil er sonst von seinen Schulden nicht loskäme, gedenkt das gute Kind, ihm ihre Hand samt ihrer Million zu schenken. Natürlich — er hat es ja dazu — löst Gaston die Wechsel des hoffnungsvollen Jünglings ein und sie entdeckt, daß sie nie einen anderen liebte als den Onkel. So darf man mit Veruhigung in die Zukunft blicken. Die flotte Darstellung ließ die altmodische Dürftigkeit des Textes weniger ausdrucklich erscheinen. Sehr frisch war Clewing in der Figur des Ohms und Fräulein Heister als Raibe.

Notizen.

— Ein Filmarchiv hat die Urania ins Leben gerufen. Es soll sämtlichen Lehranstalten Groß-Berlins wissenschaftliche Filme zur Verfügung stellen. Apparate und Räumlichkeiten sollen kostenlos dargeboten werden. Dies Archiv, an dessen Leitung neben der Direktion auch Lehrer und ein technischer Fachmann beteiligt sind, wird den Schulen reiche Hilfsmittel zum Unterricht liefern können. — Eine kinematographische Studiengesellschaft, die Wissenschaft, Kultur und Schule befördern will, ist im Zusammenhange mit der Teuplitz-Sternwarte in der Bildung begriffen.

— Die Karriere eines Straßprofessors. Professor Julius Wolf hat einen Ruf auf den vollstättigen Lehrstuhl der Charlottenburger Technischen Hochschule erhalten und angenommen. Herr Wolf, der einst in Jülich dozierte, machte vor Jahren durch ein Buch gegen den Kathederzölibatismus einiges Aufsehen. Das Nachwort wurde von den ersten bürgerlichen Nationalökonomern vernichtend rezensiert; am vernichtendsten freilich von der preussischen Unterrichtsverwaltung, die ihn als sogenannten Straßprofessor an die Universität Breslau berief, wo er als kapitalistischer Kopfschmerzer ein Gegengewicht gegen den damals noch ersten und sozialpolitisch interessierten Sombart zu bilden hatte. Herr Wolf hat dieses Geschäft auch eifrig wahrgenommen. Jetzt also läßt ihn die Regierung an die Stelle Hertners avancieren. Hertners Salz war ja auch schon längst dumm geworden — aber Herr Wolf als Nachfolger, das ist schon bitterlich.

Die Aufteilung von Jahnaja Poljana. Nach dem letzten Willen des Grafen Leo Tolstoj sollte sein Gut unter die dort wohnenden Bauern verteilt werden. Wie die Moskauer Blätter berichten, dürfte die Verteilung in ein bis zwei Monaten stattfinden. Die Grafen Tolstoj selbst behält 201 Morgen Land, den Bauern sollen 694 Morgen zuzufallen, für welches Land die Gräfin Tolstoj den Betrag von 400 000 Rubel erhalten. Die Parzellen werden nicht als freies Eigentum, sondern nur zur unentgeltlichen Ausnützung überlassen.

— Militärische Wasserflugzeuge. Die Marinebehörden der Vereinigten Staaten arbeiten mit besonderem Nachdruck darauf hin, die Marine mit einer großen Anzahl von Flugzeugen auszurüsten; nach den bisherigen Plänen erhalten fortan alle großen Schlachtschiffe und Kreuzer besondere Wasserflugzeuge. Eine neue Erfindung des Kapitäns Washington Chamber hat die Verwirklichung dieser weitgehenden Pläne ermöglicht. Es handelt sich um einen großen Schleuderapparat, der, durch Luftdruck und Elektrizität betrieben, die Hydropläne direkt von Bord mit einer Geschwindigkeit von 40 Meilen in der Stunde in die Luft zu schießen hinaus-schleudert. Die Flugzeuge gewinnen dabei die nötige Zeit, um ihre eigene Motorkraft wirksam zu machen. Später können diese Hydropläne, die die Amerikaner wegen ihres bootartigen Unterbaues „Fliegerboote“ getauft haben, auf dem Wasser „landen“.

Tragender Weltpolitischer Bedeutung, die auf das gesamte Wirtschaftsleben Europas zurückwirken dürfte. Trotzdem scheint das Bismarckische Dogma auch jetzt noch in Deutschland Anhänger zu finden. So machte der Leitartikel der „Kreuzzeitung“, als die mongolischen Angelegenheiten in ein entscheidendes Stadium traten, der russischen Diplomatie den unverhüllten Vorschlag, sich gegen eine ernsthafte Kriegsgefahr in Ostasien mit den beiden benachbarten Kaiserreichen, d. h. mit Deutschland und Oesterreich, zu verständigen. „Nur muß diesmal Fürsorge getroffen werden, daß die guten Deutschen, die man Rußland für den Fall von Verwickelungen in Ostasien gern leisten wird, von Rußland nicht ebenso schnell wieder vergessen wird, wie nach dem japanischen Kriege.“ Diese freundliche Offerte des führenden konservativen Organs zeigt, daß man mindestens in den Kreisen der deutschen Junker nichts einzuwenden hätte, die Interessen des deutschen Handels in China preiszugeben, und die Interessen eines Millionenvolkes gegen etliche Konzessionen seitens Rußlands zu verschachern.

### Ein Friedensanerbieten Chinas.

Peking, 27. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Quanshikai hat gestern dem Futuchiu ein Telegramm als Antwort auf dessen Erklärung geschickt, daß die Mongolei nicht wieder mit China vereinigt werden könne. Quanshikai sagt in dem Telegramm, er habe dem Futuchiu bereits erklärt, daß Urga nicht von China getrennt werden sollte. Nachdem er dem Futuchiu dann Blutvergießen, Barbarei, Plünderung und Brandstiftung vorgeworfen hat, fährt er fort: Alle Banner der inneren und äußeren Mongolei mit Ausnahme derer in nächster Nähe von Urga, die durch ihre Soldaten terrorisiert werden, wünschen sich der Republik anzuschließen und sind gegen Euch. Zahlreiche Mongolenhäuptlinge sind nach Peking gekommen und haben diesem Wunsche Ausdruck gegeben, während die Kommandanten und ihre Soldaten in den Provinzen um die Erlaubnis bitten, gegen Euch marschieren zu dürfen. Wir aber wünschen Blutvergießen zu vermeiden und haben das chinesische Volk überredet, zu beraten, ob nicht eine friedliche Lösung zu erzielen ist. Ich hoffe daher, daß Ihr die Lage sorgfältig überlegen werdet. Die Republik bietet Euch ehrliche und freundliche Verhandlungen, die Förderung und Ausbreitung des Buddhismus und die Erhaltung des Friedens im ganzen Lande an.

### Höfliche „Verpflichtungen“.

Die württembergische Streitfrage behandelt in der „Neuen Zeit“ Genosse Kautsky in einem Artikel, dem wir das folgende entnehmen:

... Der Hinweis auf die „verfassungs- und geschäftsordnungsmäßigen Pflichten“ ist nichts als eine wohlklingende Redensart, hinter der nicht das mindeste von sachlichem Inhalt steht.

Das führt auch der Fraktionsvorsitzende selbst, und so gestellt er dazu noch ein weiteres Argument: Sollte die Sozialdemokratie durch Fernbleiben von der Eröffnungsfeste ihre Rechte gefährden oder künftige Ansprüche unterminieren? Dann würde sie proletarische Rechte und Interessen in unverantwortlicher Weise verletzen.

Das klingt ebenso schön wie der Hinweis auf die verfassungsmäßigen Pflichten; aber auch hier hört der Vorstand dort auf, wo er eigentlich erst recht anfangen sollte. Wie er sich damit begnügt, im allgemeinen von Pflichten zu reden, die Verfassung und Geschäftsordnung auferlegen, läßt diese Pflichten im einzelnen darzulegen, so verfährt er auch hier, zu zeigen, welche Rechte gefährdet, welche künftigen Ansprüche unterminiert, welche proletarischen Rechte und Interessen verletzt wurden, wenn unsere Fraktion der monarchischen Zeremonie der Landtagsöffnung fernbliebe. Der entzifferte Hinweis darauf, daß diese Verletzung eine „unverantwortliche“ gewesen wäre, trägt zur Erklärung der dunklen Andeutungen nichts bei. Vergeblich versuchte ich, sie aus der Sprache schwaböcher Kammerdiplomatie in verständliches Deutsch zu übertragen.

Ein böswilliger Kritiker könnte vielleicht meinen, dem einen oder anderen unserer württembergischen Landtagsabgeordneten schwebte die Aussicht vor, einmal zur Rolle eines schwabischen Willenrand oder Briand berufen zu werden, und diese „künftigen Ansprüche“ würden „unterminiert“, wenn man durch Fernbleiben von der Eröffnung das Wohlwollen des Königs verschätze. Diese böswillige Deutung liegt mir fern, indes jede andere versagt, und so bleibt mir der Tiefinn der „unterminierten künftigen Ansprüche“ verschlossen.

Aber es gibt ja noch ein anderes Argument, das das erste stützt und kräftigt. Der Fraktionsvorsitzende erklärt: Wenn wir prinzipiell jede Teilnahme an monarchischen Zeremonien ablehnen, ziehen wir uns den Unwillen der „bürgerlichen Landtagsmehrheit“ zu, von der die Ablehnung der Pflichten seitens der Sozialdemokratie zu einer Schwächung ihrer Rechte ausgeschaltet werden wird. Woraus der Schluß zu ziehen: Wir müssen also an monarchischen Zeremonien teilnehmen, weil dies der Weg ist, „unsere Rechte stets wirksam verteidigen“ zu können.

Das sagt uns nicht ein nationalliberales Elaborat, sondern eine Rechtfertigungsschrift sozialdemokratischer Abgeordneter.

Diese Anschauungen eingehend zu widerlegen, ist wohl überflüssig. Wenn in unserer Partei könnte noch verborgen sein, daß die Gegnerschaft der „bürgerlichen Landtagsmehrheit“ nicht daher rührt, weil unsere Abgeordneten bei der Eröffnung des Landtags fehlen, sondern daher, weil sie die Interessen des Proletariats vertreten, indes die Mehrheit die seiner Ausbouter vertritt. Dieser Gegensatz wird und muß wachsen, um so mehr, je energischer unsere Abgeordneten ihre Pflicht erfüllen und die Rechte des Proletariats wirksam verteidigen. Sicher vermögen sie das nicht aus eigener Kraft allein; aber ihre Stütze bildet nicht das Wohlwollen der bürgerlichen Landtagsmehrheit, sondern die Macht und Energie des Proletariats, das hinter ihnen steht. Es ist grundbedeutsam, wenn ihnen das Wohlwollen des Königs und der bürgerlichen Mehrheit höher steht als die Macht und Energie des Proletariats, so daß sie unbedenklich, um jenes Wohlwollen zu gewinnen, diese Macht schwächen, indem sie Handlungen begehen, von denen sie wissen müssen, daß sie die Einheit des Proletariats stören und Zwist in seine Reihen hineintragen.

Das liegt so auf der Hand, daß das Vorgehen des Vorstandes der württembergischen Landtagsfraktion völlig unbegreiflich erscheint. Nicht an seinem guten Willen zweifeln wir, die Interessen des Proletariats zu wahren, sondern an seiner Fähigkeit, sich über lokale Einflüsse hinwegzusetzen, die seinen Willen beugen. Anders ist sein Vorgehen nicht zu verstehen.

Nun könnte man aber einwenden: Wenn der Parteifriede ein so kostbares Gut, warum dann die Fraktion nicht gewähren lassen? Gewiß ist es sinnlos, zu erwarten, die Sozialdemokratie könne durch Teilnahme an monarchischen Demonstrationen Vorteile für das Proletariat gewinnen. Aber wenn solche Demonstrationen ganz bedeutungslos sind, die Einheit der Partei dagegen höchst wichtig,

ist es da nicht höchst unzuverlässig sich über das Vorgehen der Fraktion zu erregen, statt jene sonderbaren Schwärmer mit einem bloßen Achselzucken abzutun, die als moderne Posas glauben, der Weg zur Gedankenfreiheit und noch manchem anderen führe durch das Königsschloß?

Das könnte man ja tun, wenn die monarchischen Demonstrationen in jeder Beziehung bedeutungslos wären. Sie sind es aber nur als Mittel, die Interessen des Proletariats zu wahren. Dagegen versagen sie keineswegs als Mittel, das Proletariat zu schwächen.

Die Kraft, die das Proletariat in seinen Kämpfen entwickelt, hängt nicht nur von seiner physischen und ökonomischen, sondern auch von seiner moralischen Macht ab, von dem Maß an Kraft, das es sich selbst zutraut und das seine Gegner bei ihm vermuten, wie von dem Maße an Kraft, das diese Gegner bei sich selbst empfinden und das Proletariat ihnen beimißt. Dabei wirkt aber die Tradition stets zu seinen Ungunsten, da es eine aufkommende Klasse ist, deren überkommenes Kraftgefühl aus den Zeiten ihrer Schwäche stammt; indes die Kraft der Gegner aus dem gleichen Grunde stärker scheint, als sie ist. Diesen falschen Schein zu zerstören, ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Tätigkeit. Das geschieht aber am wirksamsten durch Demonstrationen der Kraft. So schädlich es wirkt, eine Kraft demonstrieren zu wollen, die man nicht besitzt, so unerlässlich, alle Kraft zu zeigen, über die man verfügt.

Eines der kräftigsten moralischen Nachmittel, über das unsere Gegner verfügen, ist das Ansehen der monarchischen Staatsgewalt. Dies Ansehen zu stärken, steht im direkten Widerspruch zu den Aufgaben einer proletarischen Partei. Nichts aber vermag der Monarchie höheres Ansehen, den Anschein größerer Kraft zu verleihen, als wenn ausgesprochene Republikaner ihr huldigen oder auch nur zu huldigen scheinen. Aus dem Schein der Kraft entspringt oft mehr Macht als aus wirklicher Kraft, und der Schein der Untertänigkeit bisheriger Gegner erhebt den Herrn, dem gehuldigt wird, oft mehr als wirkliche Untertänigkeit gedankloser Untertanen. Wenn Sozialdemokraten an monarchischen Demonstrationen teilnehmen, hebt das die Monarchie noch in ganz anderer Weise, als wenn es Leute tun, bei denen man bisher daran gewöhnt war und die es rein geschäftsmäßig taten. Es bedeutet einen Sieg des Trägers der bürgerlichen Staatsgewalt über die im Kampfe gegen diese Staatsgewalt aufkommenden Volksschichten. Es erweckt in den Massen den Anschein unserer Ueberzeugung von der unerschütterlichen Kraft der Monarchie und von der Ausschließlichkeit der Bestrebungen nach reiner Demokratie.

Es befaßt also sehr wenig, wenn Genossen, die an monarchischen Demonstrationen teilnehmen, darauf hinweisen, ihre republikanischen Anschauungen würden dadurch nicht erschüttert.

Gerade deswegen, weil sie Republikaner sind, erheben sie um so mehr die dem Proletariat feindlich gegenüberstehende Staatsgewalt im Volksbewußtsein, wenn sie unter einem Schwarm von Postkassen auftreten und mit diesen zusammenwirken.

Wir müssen den falschen Schein zerstören, als sei die bürgerliche Staatsgewalt eine Macht so unwiderstehlicher Art, daß sich alles vor ihr beuge, auch die Sozialdemokratie. Nicht als Vorfall der heutigen Macht haben, sondern als Faktor, der bestimmt ist, eine neue Staatsordnung zu begründen, fühlt sich das Klassenbewußte Proletariat, und es verlangt von seinen Vertretern in den Parlamenten, daß sie dementsprechend auftreten.

### Aus Industrie und Handel.

#### Börsenruhe.

Die politischen Ereignisse lassen die Börsenspekulanten wieder in erneute Unruhe geraten. Mit den Friedensausblicken war eine allgemeine Befestigung der Aktien- und Rentenkurse eingetreten. Die Spekulation hoffte wieder auf durch keine politischen Zwischenfälle und kriegerischen Verwickelungsmöglichkeiten gestörten Geschäft. Auch eine gewisse Erleichterung des Geldmarktes war dadurch eingetreten. Das Metallgeld begann langsam aus den Privatkassen ängstlicher Leute in die Depots der Banken und Sparinstitute zurückzuströmen. Die Ausweise der Zentralnotenbanken zeigten größere Goldbestände. Kreditgeld wurde zu geringerem Zinsfuß an den Börsen gehandelt. Die Berichte über günstige Abschlüsse in der Schifffahrt, neue Rekordziffern in der Montanindustrie taten ein übriges, geradezu eine Hauffe Stimmung an den Börsen in der Mitte der vergangenen Woche zu erzeugen. Die Nachricht vom Sturz des Kabinetts Riamil in Konstantinopel und von der Stockung der Friedensverhandlungen haben dies Bild mit einem Schlage geändert. Der Börsenbau am vergangenen Mittwoch folgte eine D e r o u t e am Freitag. Die Kurse stürzten, der Zinsfuß zog an. Die Tatsache gewisser Gegenständlichkeiten zwischen Deutschland und den übrigen europäischen Mächten bei dem Vorgehen auf dem Balkan ist dazu angetan, diese Börsenver Stimmung zu stärken. Die Unsicherheit über den Ausgang des Balkankrieges übt so von neuem einen Druck auf Industrie und Handel aus. Sollte sie länger anhalten, so wird auch die Geldkrise wieder den Grad erlangen, der beim Jahreswechsel zu einer Lähmung des Wirtschaftslebens führte und der heute kaum überwunden ist.

#### Zur Entwicklung des englischen Außenhandels.

Eine Veröffentlichung des englischen Handelsministeriums zeigt das Wachstum des Handels mit den wichtigsten europäischen Verlehrsändern. Danach wurden an ganz oder wesentlich bearbeiteten Waren aus- und eingeführt in 1000 Tsd. Stert. (zu 20,43 Mark):

I. Ausfuhr aus England nach		
	1881	1911
Frankreich	13 221	17 088
Deutsches Reich	9 810	24 089
Belgien	3 728	5 154
Niederlande	13 320	14 865

  

II. Einfuhr nach England aus		
	17 789	31 740
Frankreich	13 588	41 325
Deutsches Reich	5 816	13 216
Belgien	5 158	28 806

Diese Zahlen zeigen eine Steigerung des Handelsverkehrs mit den genannten Staaten um mehr als das Doppelte in 30 Jahren. Während aber die Ausfuhr englischer Waren nur um etwas über die Hälfte (57 Proz.) zunahm, stieg die Einfuhr nach England auf das Zweifelhafte (um 160 Proz.). Die Ausfuhr wurde von der Einfuhr 1881 um knapp 3,8 Mill. Tsd. Stert. überlegen, 1911 aber um 50,5 Mill. ein Zeichen der riesigen Schwelgerei, mit der sich die Entwicklung Englands zum Vermittler- und Rentnerstaat vollzieht, der imstande ist, teils an Frachten, teils an Zinsen und dergleichen aus dem Auslande weit größere Werte zu beziehen, als er ihm in Form eigener Waren zurückgibt.

Interessant ist auch die Verschiebung der Stelle, die die einzelnen Staaten einnehmen. Die Ausfuhr Englands nach Frankreich ist nur um 29 Proz., die englische Einfuhr von dort um fast 80 Proz. gestiegen, der Gesamtexport um 57 Proz. Dagegen wuchs die englische Ausfuhr nach dem Deutschen Reiche um 151 Proz., die Einfuhr von da gar um 204 Proz., hat sich also

mehr als verdreifacht. Die deutsche Ausfuhr nach unseren sämtlichen Schutzgebieten (50,2 Mill. Mark) war nicht ganz 4 Proz. unserer Ausfuhr nach England (1886,4 Mill. Mark), ganz abgesehen von dem großen Anteil der auf den Bedarf der dort stationierten Beamten und Soldaten entfällt, also keinen Gewinn, sondern (wegen des weit größeren Bedarfs) einen Verlust des deutschen Wirtschaftsgebietes darstellt. Die englische Ausfuhr nach Belgien hat sich fast, die Einfuhr von dort weit mehr als verdoppelt. Dagegen blieb die Ausfuhr nach den Niederlanden fast stationär (+ 8 Proz.), während die Einfuhr von da sich nahezu verdreifachte (+ 364 Proz.). Im Gesamtexport ist an Stelle Frankreichs das Deutsche Reich an die erste Stelle getreten.

### Soziales.

#### Der Polizeivigilant Janotta vor dem Gewerbegericht.

Die Klage des früheren Polizeivigilanten Willi Janotta, Christinenstr. 32, gegen die Hotelinhaberin Frau Feibig wurde von dem Gewerbegericht nach Vernehmung des Kriminalbeamten Bild und dessen Ehefrau abgewiesen.

Der Kriminalbeamte Bild sagte als Zeuge aus, er habe den Kläger Janotta oft im Kriminaldienst mit dem Ansehen der Ermittlung und Ergründung von Einbrechern mit tätig gesehen. Für diese Dienste sei er von den Behörden bezahlt worden. Ihn habe er der Frau Feibig, mit der er durch Kontrollierung ihres Betriebs bekannt geworden sei, empfohlen. Er habe für den Kläger eine ruhige Stellung suchen wollen. Im Hotel hätte er dann ja weitere Vorkommnisse bezüglich verdächtiger Personen machen können. Die Frau des Kriminalbeamten behauptet, sie habe die Vermittlungen mit der Beklagten geleitet, den Kläger in ihrem Hotel unterzubringen. Ein festes Gehalt habe ihm Frau Feibig nicht versprochen, sondern gesagt, er wäre nur auf Trinkgelder angewiesen. Er sei auch damit einverstanden gewesen. Dem vor allem habe er darauf gesehen, wieder in den Besitz von Papieren zu gelangen, weil er dann auch anderwärts leichter eine Stelle erhalten hätte.

#### Kündigung und Erpressung ein Innungsdrecht?

Die „Deutsche Fleischer-Zeitung“ (Nr. 21) ist über unsere Darlegung in Nr. 21 des „Vorwärts“ aus der Haut gefahren, daß die in Breslau von der Fleischerinnung verübte Strafandrohung von 20 M. gegen Innungsmitglieder zur Verhütung der Anpreisung billiger Fleischverläufe nach der Reichsgerichtsurteil über die Erpressungsdelikt ist. Einen großen Mäkel kräftiger Schlußworte giebt die „unparteiische Tageszeitung“ für das Fleischergewerbe, Viehhandel und Viehzucht“ deshalb über uns aus. Es könne gar keine Rede davon sein, daß Erpressung vorliege, denn einmal sei Drohung im Sinne des Erpressungsparagraphen nicht die Drohung mit einem Uebel, zu dessen Anwendung man befugt ist. Und ferner liege auch nicht das Anstreben eines „rechtswidrigen Vermögensvorteils“ vor. Die Innung wolle für sich doch gar keine Vermögensvorteile und wolle nur eine Vermögensschwächung von den Mitgliedern, die zu Schlenderpreisen verkaufen, abwenden.“ Der „Deutschen Fleischer-Zeitung“ muß die in der Presse und im Reichstag lebhaft erörterte Rechtsprechung des Reichsgerichts über angeblich von Arbeitern bezogene „Erpressungen“ völlig entgangen sein. Sonst könnte sie ihre „unheimlichen Einwendungen“ nicht erheben. Das Reichsgericht hat „vielmehr einen christlichen Arbeiter, der im Auftrage seiner Kollegen einem Tischlermeister schrieb: „Wenn Sie die tollkühnen abgemachten Löhne nicht zahlen, so wird am 2. Mai die Sperre über Sie verhängt“, mit sechs Monaten Gefängnis wegen Erpressungsversuchs verurteilt. Dem Einwand, die Arbeiter seien ja zu einer Sperre (wie nach allerdings irriger Ansicht der „Fleischer-Zeitung“ die Innung zu Geldstrafenandrohung) berechtigt, legt es die Ansicht entgegen: Das trifft zu, aber auch die Drohung mit einem Uebel, das auszuführen man berechtigt ist, bleibt eine Drohung im Sinne des Erpressungsparagraphen. Ferner ein „rechtswidriger Vermögensvorteil“ werde erreicht: freilich habe sich der Meister zu den tariflichen Preisen verpflichtet, gegen den Lohn werde von den Arbeitern auch Arbeit geleistet, aber trotzdem sei ein Vermögensvorteil vorliegend, und dieser sei „rechtswidrig“, weil die Arbeiter kein Recht auf Beschäftigung hätten. Wir haben dies und ähnliche Reichsgerichtsurteile scharf genug als ungewöhnliche kritisiert, aber sie entsprechen noch heute der Rechtsprechung des Reichsgerichts. Und da liegt kein Grund vor, weshalb gegen Fleischermeister der Fleischerinnung nicht just ebenso strafrechtlich vorgegangen werde als gegen die Arbeiter. Die Fleischermeister haben kein Recht auf höhere Preise. Die Strafandrohung erfolgt, um solche für alle oder einige Fleischermeister herbeizuführen. Damit sind alle Tatbestandsmerkmale der verübten Erpressung erfüllt. Das mag dem Organ für teure Fleischpreise unangenehm sein. Es bleibt trotzdem richtig.

### Gerichts-Zeitung.

#### Raffinierte, aber kraftlose Wahlfälschung.

Am 2. Januar verlegte, wie unsere Leser sich entsinnen werden, das Reichsgericht die Entscheidung in einer Anklagesache, in der in erster Instanz wegen Wahlfälschung auf 3 Monate Gefängnis erkannt war.

Der Sachverhalt war folgender:

Wegen Wahlfälschung wurde am 24. August 1912 vom Landgericht Karlsruhe der Kronenleinenrechner Stefan Schweitzer zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. In dem Orte Biefenthal war Gemeindevorstandswahl, für welche sowohl die „Zentrums-“ und „einige Bürgerpartei“ als auch die reine „Zentrumspartei“ Listen aufgestellt hatte. Der Angeklagte, Anhänger der letzteren, ließ eine größere Anzahl Wahlzettel der Gegenpartei, jedoch mit zweien nicht gleich bemerkbaren Änderungen drucken, die heimlich und bei Nacht solchen Wählern ins Haus schmuggeln, die als Anhänger der betreffenden Parteien ihm bekannt waren. Er erreichte dadurch seine Absicht. Denn 16 solcher Stimmzettel, die unbeschrieben in die Wahlurne gelegt worden waren, wurden für ungültig erklärt. Das Wahlergebnis wurde dadurch allerdings nicht geändert. In seiner Revision machte der Angeklagte geltend, daß der § 108 auf seine Tat nicht anzuwenden sei, weil dieser nur von der eigentlichen Wahlfälschung spreche, seine Handlung aber lediglich sich auf Vorbereitung zur Wahl besitze. Der Reichsanwalt war der Ansicht, daß § 108 überhaupt denjenigen treffen wolle, der das Rechtsgut der Wähler, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen, verletzt. Er beantragte die Verwerfung der Revision.

Die Auffassung des Reichsanwalts, daß solche freilich recht bezweckliche Manipulationen als strafbare Verstöße gegen § 108 St.-G.-B. zu betrachten seien, begründeten wir bei dem Bericht über die Verhandlung für keineswegs bedenkenlos.

Das Reichsgericht hat jetzt das verurteilende Erkenntnis aufgehoben und den Angeklagten freigesprochen. Zur Begründung wurde angeführt:

„Ein dem § 108 entsprechender Tatbestand ist nicht gegeben, denn es liegt keine Veränderung des Wahlergebnisses vor. Die Sache ist genau so zu beurteilen, als wenn jemand am Wahltag über den Kandidaten ein falsches Gerücht verbreitet hätte. Auch dies ist nach den bestehenden Gesetzen, die insoweit eine Lücke aufweisen, nicht zu bestrafen.“ (I. D. 1046/12.)

#### Pferdefleisch statt Rindfleisch.

Der Wurstfabrikant Paul Grand trieb seit längerer Zeit einen flotten Handel mit Wurstwaren, die er besonders an Schankwirte in Reutlingen und Tempelhof verkaufte. Die Schankwirte waren der



**Todes-Anzeigen**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter **Karl Willner** am 24. d. Mts. an Lungenerleiden gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Reußstr. Hermannstraße, aus statt. Regen Beteiligung erwartet. 111/15 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Schneider u. Schneiderinnen.**

Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unsere Kollegin **Emma Lepczinski** am 24. Januar im Alter von 37 Jahren verstorben ist.

**Ehre ihrem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittags 4 Uhr von der Halle des St. Nikolaikirchhofes, Nordend, aus statt. 162/9 Die Ortsverwaltung.

Am 25. Januar verschied nach kurzem aber schwerem Krankenlager mein innigstgeliebter Mann und guter Vater 22356

**Fritz Bellin.**

Um stille Teilnahme bittet  
Die trauernde Wittin:  
**Emma Bellin.**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

**Dankagung.**

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes

**Karl Schulz**

lage ich allen Freunden und Bekannten, ganz besonders den Händlern Berlins und auswärts sowie den Genossen des 390. Bezirks des viernten Kreises herzlichsten Dank. 524  
Witwe Schulz.

**Oskar Wollburg**

**Trauer-Magazin**

Berlin N., Brunnenstraße 56.  
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden.  
Änderungen sofort.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**  
Filiale Groß-Berlin.

**Donnerstag, den 30. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr,**  
im Gewerkschaftshause, Saal 4, Engelauer 15:  
**General-Versammlung.**

**Tagesordnung:**  
1. Verhandlungsgegenstände. 2. Bericht für das 4. Vierteljahr 1912. Berichterstatter: Kollege Hoffmann. 3. Neuwahlen: a) Ortsverwaltung; b) Revisoren; c) Delegierte zur Gewerkschaftskommission; d) Bibliothekskommission. 4. Bericht über den Stand der Tarifbewegung. Berichterstatter: Kollege Wuyts. 33/4  
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches!  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.

**Verwaltung:** Amt Nordend 1987. **Kassierer:** Amt Nordend 185. **Arbeitsnachweis:** Amt Nordend 1239, 9714.

**Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:**  
**Bezirksversammlung für Moabit**  
im Moabiter Gesellschaftshaus, Bielestraße 24.

**Tagesordnung:**  
1. Vortrag des Kollegen W. Ziering. 2. Neuwahl der Bezirksleitung. 3. Verschiedenes.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 6 Uhr:**  
**Branchen-Versammlung**  
der chirurgischen Branche

im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.  
**Tagesordnung:**  
1. Jahresbericht der Branchenkommission. 2. Neuwahl der Branchenkommission. 3. Verschiedenes.  
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert die Anwesenheit jedes Kollegen.

**Mittwoch, 29. Januar 1913, abends pünktlich 6 Uhr:**  
**Versammlung**  
der Metallschleifer, Galvaniseure, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen

in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59 (großer Saal).  
**Tagesordnung:**  
1. Vortrag des Genossen Dr. Rolles: „Die Arbeiterschaft und der Geburtenrückgang in Deutschland“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. Wahl von drei Kommissionsmitgliedern. 4. Verhandlungsgegenstände.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!  
Es ist Pflicht, daß alle Kollegen in dieser Versammlung erscheinen.

**Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:**  
**Branchen-Versammlung**  
der Schmiede, Keßelschmiede und Autogenschweißer

in Voelkers Festhallen, Weberstraße 17.  
**Tagesordnung:**  
1. „Das Koalitionsrecht in Gefahr!“ Referent: Kollege W. Wuyts. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Neuwahl des Verhandlungsausschusses. 4. Verschiedenes.  
Kollegen! Der Besuch der Branchenversammlungen läßt in jeder Beziehung sehr viel zu wünschen übrig: wir hoffen, daß die Beteiligung in dieser Hinsicht eine bessere wird. Mitgliedsbücher sind mitzubringen und am Eingang des Saales vorzulegen.

**Mittwoch, den 29. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr:**  
**Mitglieder-Versammlung**  
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen

in Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.  
**Tagesordnung:**  
1. Die letzten Tarifverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsgegenstände und Verschiedenes.  
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Kollegen, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen. 111/14  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Die Ortsverwaltung.

**Sterbekasse Nr. 56**  
Berlin.

**Ordentliche General-Versammlung**  
am Mittwoch, den 5. Februar 1913, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Berliner Sudbrauerei, Abt. II, Schauffeestr. 64.  
**Tagesordnung:**  
1. Kassensbericht. 22345  
2. Wahl für die aufstehenden Vorstandsmitglieder.  
3. Wahl der Revisoren.  
4. Wahl für die Ersatzpersonen.  
5. Anträge.  
6. Verschiedenes.  
Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des Kassensbuches gestattet.  
Der Vorstand.

**Bruchbandagen,**  
Leibbinden, Geradenhalter, Irrigatoren, Spritzen etc.,  
**Suspensoren,** sowie  
alle Artikel z. Krankenpflege  
empfiehlt  
**Fabrikant Pollmann,**  
jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.  
Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

**In Freien Stunden**  
Die  
Wochenchrift für Arbeiterfamilien  
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**  
32 verschiedene Hefte à 20 Pf.

**Wollstern**  
Die neue Problem



**Qualitäts-Cigarette.**

Größtes Spezialgeschäft Deutschlands

**Bettfedern**

**Graue Federn . Pfd. 55 Pf.**  
**Entenfedern Pfd. M. 1.—, 1,30**  
**Ent-Halbdaun. Pfd. M. 1,75, 1,90**  
**Gemischte Ruyfedern Pfd. M. 2.—**  
**Halbweisse Halbdaunen Pfd. M. 3,50**  
**Gänsefedern (zum Reissen) Pfd. 60 Pf.**  
**Weisse Halbdaun. Pfd. M. 3.—, 3,50, 4,50 u. 6.—**  
**Schleissfedern, halbweiss Pfd. M. 1,50**  
**Weisse Schleissfedern Pfd. M. 2.—, 2,50 u. 3.—**  
**Hollweisse Schleissfedern Pfd. M. 3,50, 4,50 u. 6.—**  
**Oderbrucker Gänseeschleissfedern mit Daunen Pfd. 1,50**

**Daunen**

**Russische Matador-daunen (gen. gesch.) Pfd. M. 3,50**  
**Weisse Daunen Pfd. M. 5.—**  
**Prima hollweisse Daunen Pfd. M. 6,50**  
**Lecht böhm. Daun. Pfd. M. 9.— (2 1/2 — 3 Pfd. zum Oberbett.)**

**Monopoldaunen**  
(gesetzlich geschützt)

**das Pfund 2.85 Mark**  
(3 bis 4 Pfund zum Oberbett genügend)

**Fertige Betten**  
(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen)

von grau-rot Waterstout, gefüllt mit grauen Federn . . . . . Stand 12 — reichlicher gefüllt . . . . . 15 —  
von grau-rot oder rot-rosa Körperstout, gefüllt mit chin. Entenfedern . . . . . Stand 24 50 28 50 33 —  
von echt türkisch-rottem Inlett (Unterbett Dreißig) gefüllt mit Halbdaunen und Federn . . . . . Stand 39 —  
Bessere Betten . . . . . M. 46.—, 55.—, 63.— bis 105.—

**Erste Bettfedern-Fabrik**  
mit elektrischem Betriebe

**Gustav Lustig**

Berlin S96, Prinzenstr. 46 u. 47

**Fertige Bettinlette**

**Körper-Inlett rot, rot-rosa, grau-rot**  
Oberbett 120x200: Mark 3,60, 4,20, 4,40, 5,70  
Kissen 80x75: Mark 0,90, 1,05, 1,20, 1,45  
Unterbett 100x200: Mark 3.—, 3,50, 4.—, 4,75  
**Inlett rot, rot-rosa, bunt**  
Oberbett 120x200: Mark 6,60, 8.—, 9,50  
Kissen 80x80: Mark 1,85, 2,20, 2,75  
**Drell rot rot-rosa, bunt, 100x200: M. 6.—, 6,40, 6,90, 7,40**

**Inlettstoffe**

vom Stück, das Meter:  
Kissenbreite 80/84 cm 52, 70, 80 Pf., 105 125 155  
Oberbettbreite 130 cm . . . . . 110 125 105 200

**Steppdecken**  
mit Watte und Wollfüllung zu 3,50, 4,50, 5,25, 8.—, 10.—, 12.—, 16.—, 18.— M.

**Daunen-Steppdecken**  
gefüllt mit prima federfreien Daunen zu 22.—, 26.—, 32.—, 34.—, 42.— M.

**Schlafdecken**  
in Wolle und Baumwolle.

zu 2.—, 2,75, 3,65, 4,50, 6,50, 8,50, 11.—, 15.—, 19.—, 22.—, 25.— M.

**Metal-Bettstellen**

zu 3.—, 7,50, 9,50, 11.—, 14,50, 16,50, 18.—, 20,50, 22,50, 24.—, 25.—, 28.—, 30.—, 34.— bis 175.— M.

**Jährlicher Umsatz von 3000 Ztr. Bettfedern und Daunen**  
Von keinem zweiten Geschäft, das an Private liefert, auch nur annähernd erreicht. Gleiche anderweitige Angaben sind unwahr.  
Das Geschäft besteht 26 Jahre.



„Rentenhyfterie“.

Das die Gewerkschaften in unheimlicher Weise die moralische und physische Gesundheit des Volkes bedrohen, hat der schon einmalige bekannte Professor Ludwig Bernhardt entdeckt. Die Scharfmacher reichen ihm dafür die Palme der Wissenschaft. Das die Behauptung Bernhards das Gegenteil der Wahrheit ist, geniert die Vertreter kapitalistischer Interessen nicht. Die Hauptsache ist: sie dient ihren Zwecken! Professor Bernhardt fñhlt sich als Ritter des Vaterlandes. Mit drohend erhobenem Zeigefinger warnt er vor den Folgen der Sozialversicherung. Er betrachtet sie gewissermaßen als einen moralischen Sumpf, in dem Selbstverantwortlichkeit und Ehrlichkeit erstickt und schließlich auch die körperliche Tüchtigkeit der Arbeiterschaft untergraben wird. Das Volk leidet angeblich an einer durch die Sozialversicherung verursachten, sich fieberartig verbreitenden „Rentenhyfterie“. In einer Schrift: „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“ hat Bernhardt seine großartigen Entdeckungen und Reformvorschläge niedergelegt. Horen wir, was hinter der Theorie von der Rentenhyfterie steht.

In den letzten Jahren sind von Kenntnis wenig angekrnkeltete Kräfte auf den Gedanken gekommen, das die Aussicht, eine Rente zu erlangen zu können, zu Simulation von Leiden verfñhrt. Noch schlimmer aber sei, das viele Objekte einer Rentensucht fuggelativen Einflüssen unterlägen; deren Folgen seien physische Störungen, die weiter nervöse Erkrankungen (traumatische Neurose) verursachen. Den Gewerkschaften macht Bernhardt den Vorwurf, das sie die „Rentenhyfterie“ förderten, weiter aber auch die sozialen Einrichtungen parteipolitisch mißbrauchten. Zu dem rteren Vorwurf schreibt er: „In einem Lande, in dem viele Millionen Menschen in einheimischer Weise versichert sind, richten sich natürlich immerfort viele Millionen Augen auf den geldspendenden Versicherungsmechanismus. Jede Bde im Aufbau wird erpst und ausgenutzt, jede Möglichkeit wird erprobt und wird schnell in den breiten Massen wohlbekannt. Und diese „Orientierung“ der Massen ist keineswegs auf den Zufall angewiesen, sondern vollkommen organisiert. Heute haben die Arbeiterverbnde, und zwar sowohl die sozialdemokratischen wie die anderen Verbände ihre „händigen Vertreter“ am Reichsversicherungsamt; Sekretäre, von denen nicht nur die Arbeiter in den Prozessen unterstñtzt werden, sondern durch die auch die Presse mit Material versehen und die Mitglieder des Reichstages orientiert werden.“

Die den armen, vielfach unbeholfenen, meist geschedunkundigen Unfallverletzten von den Gewerkschaften dankenswerterweise geleistete Hilfe soll einen Anreiz zu Simulationen geben, die Verbreitung nervöser Erkrankungen gefördert haben! Also seien die Gewerkschaften verantwortlich für die Rentenhyfterie!

Wie sieht es denn mit den behaupteten „unerwünschten Folgen der Sozialpolitik“ und deren Ursachen in Wirklichkeit? Professor Bernhardt beruft sich auf eine reichhaltige medizinische Literatur. Sie soll eine erschreckliche Ausbreitung der Rentenhyfterie dartun. Aber das Material ist wenig einwandfrei. Das konstatiert selbst wieder Bernhardt, nämlich dann, wenn ärztliche Untersuchungen keine Beweisfñhrung nicht zu stñzen verhgen. Verschiedene Erhebungen haben nur eine verschwindend kleine Zahl von traumatischen Neurosen festgestellt. Das soll ein Konto in der Gebungsart sein. Was nicht paßt, taugt nicht. Solche Methode erhöht sicher nicht den Wert der übrigen wissenschaftlichen Feststellungen, bei denen eine der anderen widerpricht. Wozu soll man glauben, den meisten Rentensuchern lge Simulation zugrunde. Ja, man hört sogar, das der Schwindel planmsig betrieben und gefördert werde. „In Oberschlesien zum Beispiel gebe es erfahrene Rentensucher, die geradezu Unterricht erteilen in der Simulation der traumatischen Neurose. Und selbst wenn nicht direkt „Unterricht“ erteilt werde, brächten die Verhältnisse es mit sich, das der deutsche Arbeiter heute allenthalben Gelegenheit findet, sich zu informieren.“

So werden unerhörte Verdächtigungen ausgesprochen. Die Beweisfñhrung scheint man sich. Schließlich ist ja nichts Positives behauptet worden. Das soll „voraussetzungslose Wissenschaft“ sein. Die Behauptung von dem großen Umfange von Simulationen trifft Bernhardt übrigens selbst bald wieder über den Haufen durch die Feststellung, das sich Simulation schwer, oft überhaupt nicht nachweisen lase. Selbst codierte Experimente der unterstehenden Kräfte sollen da vollständig versagen, so bekundet Bernhardt: „So warnt z. B. Schuster die Kräfte davor, ein starkes, mit plumpem Hinzufügen verbundenes Schwanken deshalb für simuliert zu erklären, weil es „gar zu abenteuerlich, grotesk und gemacht aussieht“; denn die Hyfteriker machen bei der Untersuchung oft genau denselben Eindruck. Ja, es gibt kum eine Erscheinung, die beim Hyfteriker nicht ebenso wie beim Simulanten beobachtet wird.“ Man hat geradezu ingeniere Apparate und Methoden ausgedacht, mittels deren falsche Angaben des Patienten aufgedeckt werden sollten. Alle diese Methoden haben den Fehler, das sie unter Umständen bei uninteressierten Hyfterikern genau das gleiche anscheinend blostellende Resultat liefern können, wie bei Simulanten.“

Wundern muß man sich nur, das trotz dieser Feststellung mit unerschrter Sicherheit ein starkes Vorberichten der Simulation „festgestellt“ wird. Die Wissenschaft verfaßt, subjektive Auffassung und Voreingenommenheit soll das für als gläubig hingunehmende Beweisfñhrung gelten. Es gehört eine starke Portion Leichtgläubigkeit dazu, dem Herrn Prof. Bernhardt zu folgen. Beweis er doch im folgenden Kapitel seiner Schrift, das die Simulation eigentlich nur eine untergeordnete Rolle spiele, die groere Gefahr in der Suggestion als Behalt nervöser Erkrankungen zu suchen sei. „Je genauer die Kräfte die verschwimmende Grenze zwischen Simulation und Hyfterie studierten, je mehr Material sich an sammelte, um so entschiedener wurde die Ueberzeugung, das den Hyfterischen, den nervösen „Rentenerkrankungen“ eine weit groere Bedeutung zukomme, als der Simulation. Und man bezweifelt heute nicht mehr, das in der Verbreitung der hyfterischen, neurotischen hypochondrischen Erscheinungen eine Gefahr liegt.“

Noch solchen widersprechenden Feststellungen mutet es eigenartig an, wenn Professor Bernhardt sich moralisch über Unfallverletzte entlst, die eine Rente erstreben, weil sie eine Verhndigung ihres Körpers erteilen, ohne das schwerwiegende, das Wohlbefinden und die Arbeitsfähigkeit erheblich frdende Folgen nachwirken. Solche Entlstung ist insbesondere dann beflagelzt, wenn man nicht grundstndlich und entschieden das arbeitslose Einkommen der Dividendenstndler bekämpft. Jeder Unfallverletzte hat Opfer gebracht im Dienste des Allgemeininteresses. Kein gleiches Verdienst stñht die Ansprüche der Aktionäre. Der Kampf Bernhards gegen die Sozialpolitik läuft aber darauf hinaus, auf Kosten des Unfallverletzten die Renten jener für die Produktion überflüssigen und nutzlosen Elemente zu steigern.

Das die nervösen Erkrankungen Unfallverletzte im Zunehmen begriffen sind, ist eine Tatsache, für welche Bernhards Schrift nicht die wesentlichen Bestimmungsmerkmale herausstellt. Neben den rein objektiven Ursachen, die in der Veränderung der Arbeitsmethoden und der gesteigerten Intensität der Arbeit beruhen, kommt ein Moment subjektiver Natur in Betracht, das die Verfassungsgenossenchaften verdrängen. Es war von jeher ihr Bestreben, Unfallverletzte vom Rentengenuss auszuschließen, mindestens die Renten sehr niedrig zu halten. Das reizte natürlich die Sorge Unfallverletzte, erhöhte ihre Reizbarkeit und die Empfänglichkeit für suggestiven Einflüsse. Je mehr die Unternehmer die Rentenquerstange ausbauten, systematisierten und mit Hilfe von Vertrauensärzten

nchschlos durchfñhren, mußten auch die nachteiligen Folgen bei den Unfallverletzten schärfer in die Erscheinung treten. Der Schrecken der Rentenquerstange ward der beste Nährboden für „feelische Infektion“, „traumatische Neurosen“ — „Rentenhyfterie“. Diese nahe liegende Tatsache, sowie die der ganz allgemein gesteigerten Empfänglichkeit für nervöse Erkrankungen, wozu ganz natürlich Unfallverletzte nicht ausgenommen sind, würdigte Professor Bernhardt gar nicht. Die Schriften von Kräften, die dies darlegen, kennt er wohl nicht. In die Tendenz seiner Schrift paen sie allerdings nicht hinein. Er folgt lediglich jenen fanatischen, durch Scharfmacherhege und Regierungulase grogezogenen Simulationsrubern, die es gar fertig gebracht haben, Personen einen Tag vor ihrem insolge Invalditt eingetretenen Tode für whlig erwerbsfähig zu schreiben.

Bernhards Reformvorschläge sind, zum Teil wenigstens, sehr geeignet, das Uebel zu verflmmern, nämlich, die Unfallverletzten noch mehr in Angst, Sorge und Unruhe zu versetzen und dadurch bedeutende physische Radiowirkungen auszulösen. Er fordert die Aufhebung der Kostenlosigkeit des Verfahrens in Unfallrentenfllen. Angeblich ist sogar die Sozialdemokratie mit der Einfñhrung von Gebühren einverstanden. Bernhardt beruft sich dafür auf den Abg. Hoch, der am 21. März 1912 im Reichstagsklub erklärt habe: „Wir haben sogar zugestanden, das den Arbeitern die Kosten für das Gutachten (des vom Arbeiter bezeichneten Arztes) dann auferlegt werden können, wenn die Behörde der Meinung ist, das Gutachten werde nicht nötig sein.“ Professor Bernhardt berichtigt dabei einen wesentlichen Umstand. Hochs Erklärung ist keine grundsätzliche Erklärung für die Einfñhrung von Gebühren, sein Zugeständnis sollte Unfallverletzten nur ermöglichen, ihre Ansprüche überhaupt durch das Gutachten eines unparteiischen, von ihnen erwählten Arztes stñzen zu können. Die Einfñhrung von Gebühren für das ganze Verfahren würde den Verletzten die Geltendmachung von Ansprüchen sehr erschweren; sie sollen ja auch abfñhrend wirken. Weiter befürwortet Bernhardt die planmsig Einfñhrung der Kapitalabfindung an Stelle dauernder Renten. Die Kapitalabfindung soll geradezu als Gebungsdelizier wirken. Wenn man dem Verfasser glauben dürfte, dann wären die meisten Unfallverletzten in dem Augenblicke, in dem sie eine Kapitalabfindung in der Tasche hätten, von allen Unfallfolgen plötzlich und grundstndlich geheilt. Im besten Fälle diese Medizin den Unternehmern bekommen; sie erspart ihnen Unfallkosten.

In denjenigen Kreisen, die, ohne einzelne Schäden als fast unabweisliche Begleiterscheinungen zu übersehen, die Verhältnisse mit nüchternen Blicken und sozialem Verstandnis überblicken, wird Professor Bernhardt mit seinen Bestrebungen wenig Gegenliebe finden. Er muß sich schon mit dem Weisfall dieser begnügen, die alles durch Scharfmacherbrillen anschauen. Der Vorzug der Schrift ist ihre unverkennbare Einseitigkeit, die ihr allzu scharf den tendenziellen Stempel aufdrückt. Wäre, was Bernhardt schreibt, „Wissenschaft“, so wäre die „Wissenschaft“ eine gefällige Dichtung für Kapitalinteressen. Es ist auf dem literarischen Markt selten oder vielleicht nie eine Schrift erschienen, die mit mehr Voreingenommenheit mit den tatsächlichen Verhältnissen Schindluder treibt als die Bernhardtische.

Konferenz der Schiffsmaschinisten und Heizer.

Am Sonntag trat im Berliner Gewerkschaftshause eine Konferenz zusammen, die der Verband der Maschinisten und Heizer für seine in der Binnenschiffahrt auf der Elbe, der Oder und den mrtischen Wasserstraßen beschäftigten Mitglieder einberufen hatte. Die Konferenz war von 40 Delegierten sowie von Vertretern des Hauptvorstandes und der Gauleitung besetzt.

Nach Eröffnung der Konferenz erstattete Gauleiter Dhrlich den

Jahresbericht.

Er bezeichnete den Fortschritt, den die Organisation im Jahre 1912 gemacht hat, als einen sehr erfreulichen. Es hat sich ein reges Organisationsleben in allen Gebieten der Schiffahrt entfaltet. Die Mitgliedschaft hat nicht nur in ihren alten Gebieten zugenommen, sondern sie hat auch in Betrieben Fuß gefaßt, die ihr sonst verschlossen waren. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1911 2120, Ende 1912 waren es 2540. Das ist eine Zunahme von 420 Mitgliedern. Neu aufgenommen wurden im Gebiet der Elbe, Saale und Havel 389, der Oder und Warthe 571, der Kanal- und Binnenschiffahrt 149, zusammen 1109 Aufnahmen, denen ein Abgang von 688 gegenstñht. Es ist also noch eine erhebliche Fluktuation zu verzeichnen, doch ist sie nicht mehr so groß wie früher. — Das System der Vertrauensmänner hat sich gut bewährt. Ohne das selbe hätten die Funktionäre ihre Arbeiten nicht in dem Umfange erledigen können, wie es geschehen ist. Die Agitationsarbeit war eine sehr rege. Es wurden 208 Versammlungen abgehalten, und zwar 38 im Gebiet der Elbe, 145 an der Oder und im Stettiner Hafen, 14 an den mrtischen Wasserstraßen, 6 an der Warthe. Mehrere Lohnbewegungen wurden gefñhrt. Die bedeutendste war im Stettiner Hafen, wo es zum erstenmal gelang, einen erfolgreichen Vorstoß zu machen. Es kam zum Abschluß eines Tarifvertrages mit den Reedereien. Im ganzen wurden im Laufe des Jahres 8 Tarifverträge abgeschlossen. 673 Agitationsproschuren und 32 000 Flugblätter wurden verbreitet, von denen die meisten die Lohnbewegung im Stettiner Hafen und die im November eingeleitete allgemeine Lohnbewegung betrafen. — Der Kassenbericht zeigt gleichfalls ein erfreuliches Bild. Die Einnahmen betragen 49 920,39 M., die Ausgaben 47 217,85 M., der Bestand am Jahresschluß 2702,54 M. Das Vermögen der Kasse beläuft sich auf 10 968,99 M. Für Untersttzungszwecke wurden ausgegeben an Arbeitslose 3563 M., an Kranke 2595 M., bei Sterbefällen 395 M., an Streikende 409 M., an Ausgesperrte 296 M., an Gewahrgeld 96 M., für Unzuliehende 513 M., für Rechtschutz 1454 M. — Ein Zeichen für den geistigen Fortschritt der Mitglieder ist die rege Benutzung der Bibliothek, namentlich die immer groer werdende Nachfrage nach Werken der Nationalonomie, Geschichte, Naturkunde usw.

Am Schluß seines Berichts ging der Redner auf die Differenzen ein, welche zwischen dem Verbande der Maschinisten und Heizer und dem Transportarbeiterverbande bestehen. Im November habe der Transportarbeiterverband eine Reichskonferenz seiner Binnenschiffersektion nach Hamburg einberufen. Die Tagesordnung sei auch für die Maschinisten und Heizer sehr wichtig gewesen. Trotzdem sei der Verband der Maschinisten und Heizer zu der Konferenz nicht eingeladen worden. Diese Unterlassung habe der Verband der Maschinisten und Heizer als einen Bruch des zwischen beiden Verbänden bestehenden Kartellverhltnisses angesehen und der Meinung Ausdruck gegeben, das ein Zusammenarbeiten mit dem Transportarbeiterverbande nicht mehr möglich sei. Das Verhalten des Transportarbeiterverbandes erkläre sich dadurch, das er den Verband der Maschinisten und Heizer nicht für existenzbedrohlich halte. Der Transportarbeiterverband beanspruche alle in der Binnenschiffahrt Beschäftigten für sich. Demgegenuber müsse betont werden, das der Verband der Maschinisten und Heizer nicht nur existenzbedrohlich, sondern notwendig sei. Es sei ausgeschlossen, das der Transportarbeiterverband die Interessen des Maschinenpersonals in wünschenswerter Weise vertreten könne. Der Verband der Maschinisten und Heizer befinde sich in stärkerer Vorwärtsentwicklung, er lae keinen Grund, sich mit dem Transportarbeiterverbande zu verschmelzen. Die Mehrheit unserer Mitglieder fñhlt sich in unserer Organisation überaus wohl. (Sehr richtig!) Sollte der Kampf in der beiderseitigen Presse weitere Kreise ziehen und der Transportarbeiterverband mit Unversndlichkeiten gegen den Verband der Maschinisten und Heizer austreten, so kann ich, sagte der Redner, erklären: Wenn der Transportarbeiterverband in der Lage ist, uns 10 Mitglieder abzunehmen,

so können wir ihm 100 Mitglieder abnehmen. Die Wünsche, die der Transportarbeiterverband uns gegenuber hat, werden sich nicht erfñllen. (Weisfall.)

Die

Diskussion

ber den Geschäftsbericht besetzte sich vorwiegend mit Einzelheiten geschäftlicher und ärztlicher Natur. Hinsichtlich des Konflikts mit dem Transportarbeiterverband stellten sich alle Redner auf den vom Referenten vertretenen Standpunkt.

Scheffel vom Hauptvorstand sagte, er bedauere das gesprochene Verhältnis zwischen beiden Verbänden, aber die Maschinisten und Heizer könnten von ihrem Standpunkt nicht abgeben. Es heiße, sie seien schuld am dem Konflikt, denn sie hätten eine Aussprache der beiderseitigen Vorstände über den Gegenstand des Konflikts abgelehnt. Dies sei zwar richtig, es habe aber guten Grund. Solange vor der angelegten Sitzung der beiden Vorstände habe das Organ des Transportarbeiterverbandes „Der Seemann“ so scharfe Angriffe gegen den Verband der Maschinisten und Heizer gebracht, das diese sagten, jetzt habe die Sitzung seinen Wert mehr. So behauerlich der Konflikt auch sei, jetzt mchten sich die Maschinisten und Heizer ihrer Haut wehren, was ihr gutes Recht sei. In dem Transportarbeiterverband wären sie sich nicht hinbergeben lassen. Grenzstrittigkeiten zwischen beiden Verbänden könne es nicht geben, denn die Grenze sei ganz scharf gezogen: lieber Tod der Transportarbeiterverband, unter Deck der Verband der Maschinisten und Heizer. (Weisfall.)

Die allgemeine Lohnbewegung im Gebiet der Elbe, Oder und mrtischen Wasserstraßen

bildete den Gegenstand, mit dem sich die Nachmittags Sitzung der Konferenz beschaftigte. Es handelt sich um die Bewegung, welche gemeinsam vom Verband der Maschinisten und Heizer und dem Transportarbeiterverband gefñhrt wird. Die Verhandlungen, welche beide Verbände wegen ihrer Forderungen mit dem Arbeitgeberverband für Binnenschiffahrt fñhrt, zeitigten am 29. Dezember eine Erklärung des Arbeitgeberverbandes, wodurch er sich bereit erklärt, die bestehenden Vereinbarungen auf drei Jahre zu verlängern unter folgenden Bedingungen: Die Löhne werden um 5 Mark pro Monat erhöht. Es wird eine paritätische Kommission mit einem unparteiischen Vorsitzenden eingesetzt, die statistische Erhebungen über die Beschäftigungs- und Aubezeiten während der Fahrt der Schiffe machen soll. Diese Erhebungen sollen während des ganzen Jahres 1913 gemacht werden. Auf Grund derselben soll Ende 1913 eine feste, den Betriebsverhältnissen der einzelnen Stromgebiete angepaßte Regelung der Arbeitszeit vorgenommen werden. Sollte die Kommission schon früher feststellen, das Mißstände allgemein vorhanden sind, so wollen die betreffenden Arbeitgeber sofort Abhilfe schaffen. Die Arbeitgeber sind bereit, die Wünsche bezuglich der Ueberstunden, Reisevergtung und Effektenversicherung gruppenweise zu regeln.

Die Antwort auf diese Erklärung wollte der Arbeitgeberverband bis zum 15. Januar haben. Der Transportarbeiterverband hat am 13. und 14. Januar zu dieser Erklärung Stellung genommen.

Dhrlich gab einen sehr eingehenden Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Die Maschinisten und Heizer hätten nicht früher zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen können und deshalb gleich gesagt, das er keine Antwort erst am 28. Januar geben könne. In Unternehmerrreisen habe man behauptet, das sei eine Verschleppungspolitik. Da am 15. Januar noch keine Erklärung der Maschinisten und Heizer vorlag, so hat das Maschinenpersonal in den Großbetrieben der Schiffahrt die Klndigung erhalten. Auf der Oder hat die Firma Casar Wolk ein an alle ihre Maschinisten und Heizer die Frage gerichtet, ob sie mitreisen würden, wenn es zum Streik käme. Alle Kollegen haben einstimmig mit „Ja“ geantwortet. — Der Redner ersuchte die Konferenz, zu den Vorschlägen der Unternehmer Stellung zu nehmen. Die Konferenz habe das letzte Wort zu sprechen.

In der sehr ausgebreiteten Diskussion trugen Redner aus allen Gebieten ihre Wünsche über die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses vor. Was die Erklärung der Unternehmer bietet, wurde allgemein als ungenugend bezeichnet. Vor allem wurde betont, das an der Forderung der Nacht- und Sonntagsruhe festgehalten werden müsse.

Nach mehrstündiger Aussprache beendete Scheffel vom Hauptvorstand die Situation nach allen Richtungen. Er wies darauf hin, das sich der Transportarbeiterverband durch die Resolution seiner Schiffskonferenz seinen Mitgliedern, den Unternehmern und der Öffentlichkeit gegenuber festgelegt habe. Davon könne und werde er nicht zurückgehen. Der Transportarbeiterverband habe bis jetzt immer erklärt, die Nacht- und Sonntagsruhe sei das Kampfobjekt. In seiner Resolution erkläre er sich zwar noch dafür, aber er habe doch der Erklärung der Unternehmer zugestimmt, welche die Nacht- und Sonntagsruhe nicht bewilligt. Der Transportarbeiterverband habe durch den Beschluß seiner Schiffskonferenz seinen früheren Standpunkt verlassen ohne das dafber mit den Maschinisten und Heizern zu sprechen. Durch diesen Beschluß sei die Situation sehr erschwert worden. Die Durchfñhrung der Nacht- und Sonntagsruhe würde schon schwer sein, wenn beide Organisationen gemeinsam dafür kämpfen. Nachdem der Transportarbeiterverband durch seinen Beschluß bekundet habe, das er den Kampf nicht wolle, könne der Verband der Maschinisten und Heizer die Verantwortung nicht auf sich nehmen, allein den Kampf aufzunehmen, den der Transportarbeiterverband vermeiden wolle. Aus diesen Gründen und mit Rücksicht auf die ganze Situation empfahl Scheffel Leiffage, die bei den weiteren Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband maßgebend sein sollen.

Nach einer weiteren Debatte, die erst um 1/10 Uhr abends endete, wurden die Beschläge mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Der Vorsitzende stellte fest, das die beiden Delegierten nur deshalb dagegen stimmten, weil ihnen die Beschläge nicht weit genug gehen.

Die angenommenen Beschläge lauten:

Das Angebot der Arbeitgeber vom 29. Dezember 1912 bedeutet zwar eine Verbesserung der bisherigen Verhältnisse, kann aber als ausreichend nicht betrachtet werden. Der Einfñhrung einer paritätischen Kommission zwecks Vornahme statistischer Erhebungen und Begutachtung über die Dauer der täglichen Arbeitszeit ist zuzustimmen. Es soll anerkannt werden, das sich die Arbeitgeber bereit erklärt haben, Mißstände allgemeiner Art auf Grund der Feststellungen sofort zu beheben. Es ist jedoch unmöglich, eine langfristige Vereinbarung abzuschließen ohne Garantie dafür, das die schneidlich erwartete nchtlige Ruhepause eintritt. Die Gewährung der Nachruhe ist dringend erforderlich. Sie kann aber unter Berücksichtigung der Verhältnisse der einzelnen Wasserstraßen als Nebengangsstadium bis auf 5 Stunden reduziert werden. Die Nachruhe muß eine ununterbrochene sein und ist an Dampf- und Kaminhaft gebunden. — Die in Aussicht gestellte Lohnerhbung von 5 M. monatlich ist unzureichend. Die Beratung über die Lohnfrage, Regelung des Ueberstundenwesens, Reisevergtung und die übrigen Wünsche des Maschinenpersonals sind am besten gruppenweise zu regeln.

In der Sitzung am Montag wurde zunächst die Arbeitsnachweisfrage

behandelt. Aus dem Referat, welches Kuhlmann-Hamburg erstattete, ist zu entnehmen, das der Arbeitgeberverband für die Binnenschiffahrt im Jahre 1908 einen Arbeitsnachweis in Hamburg mit Stellenstellen an anderen Schiffahrtspltzen erlässt hat. Dieser Arbeitsnachweis hat aber eine erhebliche Bedeutung bis jetzt nicht erlangt. In der Hauptsache kommt für das Personal der Binnenschiffahrt die private Arbeitsvermittlung in Frage und

\*) Berlin, Verlag von Julius Springer, 1912. 1,00 M.

das Arbeitsuchen in Gastwirtschaften, wo Arbeitgeber und Schiffsführer verkehren. In mehreren Orten an der Oder besteht das unwürdige System der Schiffermärkte. Das arbeitslose Schiffpersonal findet sich dort in bestimmten Gastwirtschaften ein, wo die Arbeitgeber erscheinen, um sich das benötigte Personal auszusuchen. Allen diesen unwürdigen Zuständen in der Arbeitsvermittlung ein Ende zu machen durch Errichtung eigener Arbeitsnachweise ist das Bestreben des Verbandes. Einen dahingehenden Auftrag hat die vorige Konferenz der Gauleitung erteilt. Die Gauleitung ist dem dadurch nachgekommen, daß sie in Stellung einen Arbeitsnachweis errichtet hat, der gut floriert. Vorarbeiten zur Errichtung weiterer Arbeitsnachweise sind gemacht. Die Arbeitsnachweisefrage kann aber nur dann befriedigend gelöst werden, wenn es sich die Kollegen zur Pflicht machen, zum Arbeitsuchen nicht mehr in die Gastwirtschaften und zu den privaten Vermittlern zu gehen, sondern nur den Arbeitsnachweis der Organisation zu benutzen.

Dem Referat folgte eine längere Diskussion, in der die gegenwärtigen Verhältnisse der Arbeitsvermittlung an Beispielen aus dem Leben beleuchtet wurden.

Hierauf beschäftigte sich die Konferenz mit der Beratung der eingegangenen Anträge, von denen die folgenden angenommen wurden: Das schon einmal erschienene Agitationsblatt ist nach Bedarf, jedenfalls aber nach Schluß eines jeden Vierteljahres herauszugeben. — Ein Statutenantrag für die Mitgliedschaft Elbe-Ober-Havel-Schiffahrt soll herausgegeben werden. — Arbeitsnachweise sind baldmöglichst ins Leben zu rufen und hat jedes Mitglied jährlich eine Arbeitsnachweismarke zu 75 Pf. zu haben.

Stein-Glogau wurde einstimmig als Angestellter im Gau-bureau gewählt. Die Wahl des Mitgliedschaftsvorstandes hatte folgendes Ergebnis: Vorsitz: Berlin, Krebs: Dresden, Präh-Schönfließ, Pafsch: Bernburg, Kurre: Orlau, Nordstein: Breslau, Schulz: Breslau, Krahn: Wolfshorst, Peltz: Pöddischow, Stähle: Tschirzig, Paup: Hamburg, Kuhlmann: Hamburg, Gansmar: Hamburg, Richter: Magdeburg, Starck: Brandenburg.

Im Anschluß an ein von Krebs-Dresden erstattetes Referat über Rechtschutz entstand eine Aussprache über einige Fälle, in denen der Verband Rechtschutz gewährt hat.

Damit war die Tagesordnung erledigt. In einem Rückblick auf den zur Lobbewegung gefahrenen Beschluß betonten Gauleiter Dr. H. und Verbandsvorsitzender Schöffel, daß die Lohnkommission, gestützt auf den Beschluß der Konferenz, die Interessen der Kollegen mit besten Kräften vertreten und so viel wie irgend möglich herauszuholen werde. Es gelte jetzt, die Bewegung zu einem erfolgreichen Ende zu führen.

## Aus aller Welt.

### Erstklassige Börsengänger.

Der alte Börsentrick, faule Gründungen durch feindliche Klänge Namen zu verdrängen, ist wieder einmal mit bestem Erfolge gelöst worden. Vor einiger Zeit wurde in Paris mit dem gehörigen Tamtam eine spanische landwirtschaftliche Hypothekbank gegründet. Das Geld derer, die nie alle werden, floß in breitem Strome in die Kassen der Bank — bis eines Tages zahlreiche Leihtragenden die Verwaltungsgeschäfte der Bank wegen Betruges anzeigen. Die Untersuchung hat, wie der „Matin“ meldet, ergeben, daß von den Gründern dieser Bank verschiedene betrügerische Machenschaften verübt und durch die Ausgabe von heute wertlosen Obligationen französische Kapitalisten um mehrere Millionen gebracht wurden. Unter den von dem Untersuchungsrichter beschuldigten Verwaltungsräten befinden sich mehrere hervorragende spanische und französische Persönlichkeiten, so der ehemalige spanische Senator Carracosa, der Konsul

des Versailler Schlosses de Rosnac, Graf de Chambray und der Bankier Pequegnot. Präsident des Verwaltungsrates war bis zur Ausgabe der Obligationen der spanische Vizekonsul in Paris, Perez Caballero, gegen den jedoch wegen seiner extraterritorialen Stellung eine gerichtliche Untersuchung nicht eingeleitet werden konnte.

### Ein freibarer General.

Auch New York hat jetzt seine Dounsditch-Affäre, die dort großes Aufsehen erregt. Der in der New Yorker Gesellschaft sehr bekannte General Sides steht unter dem Verdacht, Staatsgelder veruntreut zu haben und es war daher seitens der New Yorker Staatsanwaltschaft ein Haftbefehl gegen ihn erlassen worden. Als der General davon Kenntnis erhielt, betarradierte er sich in seinem in der 5. Avenue gelegenen Hause und erklärte der Polizei, daß er ein unberechtigtes Eindringen in sein Haus nicht gestatten werde. Sollte die Polizei es dennoch wagen, sich mit Gewalt Einlaß zu verschaffen, so werde er nicht zögern, von seinen Waffen Gebrauch zu machen. Nur über seine Leiche führe der Weg in sein Haus. Der General bewaffnete alle Bedienten, die ihm treu ergeben sind und verproviantierte sich mit großen Mengen Lebensmitteln, so daß die Polizei, die das Gebäude augenblicklich belagert, diese Belagerung wohl noch einige Tage wird fortsetzen müssen. Bisher konnte sie sich nämlich noch nicht entschließen, sich gewalttätig den Weg in das Haus zu bahnen; sie will vielmehr versuchen, den General auf glütlichem Wege zum Nachgeben zu veranlassen.

### Katastrophe auf der New Yorker Hochbahn.

Ein schweres Unglück hat sich unweit der dritten Avenue auf der New Yorker Hochbahn ereignet. Dort stießen zweizüge aufeinander, wobei durch den entstehenden Kurzschluß mehrere Wagen in Brand gerieten. Etwa 20 Passagiere wurden hierbei schwer verletzt. Die Feuerwehr war rasch zur Stelle und brachte die erste Hilfe. Die Passagiere ließen sich in wilder Aufregung an den Pfeilern der Hochbahn hinunter. Die Retter hatten Mühe, die in wilder Panik flüchtenden Frauen und Kinder vor weiterem Unheil zu bewahren. Eine Frau wurde wahnsinnig, zwei andere Personen konnten nur noch als verkohlte Leichen aus dem brennenden Wagen herausgezogen werden.

### Der Löw' ist los!

In einem Theater der Pariser Vorstadt Belleville wurde Sonnabendabend eine Pantomime gespielt, in deren Schlußszene ein Löwe hinter einem Gitter vorgeführt werden sollte. Infolge eines Verfehlers des Maschinenisten erschien der Löwe jedoch außerhalb des Gitters. Unter der dicht gedrängten Zuschauermenge entstand eine Panik, und alles stürzte dem Ausgange zu. Der Löwe, den das Geschrei erschreckte, sprang in eine Prozessionsloge und von dort in das anstehende Direktionszimmer. Von hier wurde er durch den Tierbändiger in den Käfig zurückgetrieben. Mehrere Frauen und Kinder erlitten im Gedränge Verletzungen.

### Eine Zentrumsäule gebrochen.

Der frühere Inhaber des katholischen Gesellenhauses in Essen-Rüttenscheid, Gastwirt Ferdinand Grob, hat in Verbindung mit einem Oberfaktor der Expeditionsfirma Van Eupen eine Umzengung Gitter aus dem Bahnhofsgeleise der vorgenannten Firma an sich gebracht. Die Spitzbühnen wurden ganz planmäßig betrieben und verteilten sich über

einen längeren Zeitraum. Gestohlen wurden ganze Kisten Zigarren, Branntwein, Stoffe, ganze Rollen Leder, Butter, Fleisch, Geflügel usw.; ja sogar ein Klavier, eine Zimmereinrichtung und ein Eisschrank. Den größten Teil der Sachen hat Grob erhalten. Den Mann hat seine Freimüdigkeit nicht gehindert, die Fehderer im Großen zu betreiben. Er ist in Essen als frummer Kämpfer gegen den Umsturz stadtbekannt und gehört vielen katholischen Vereinen an. Das Gericht schickte den frommen Gomer wegen gemeinbühiger Fehderer auf 1 Jahr 1 Monat ins Luchthaus und verfügte seine sofortige Verhaftung. Sein Komplize erhielt 1 Jahr 3 Monate Gefängnis.

### Betrügereien eines Mönches.

Große Aufregung hat in Florenz die Verhaftung des dort sehr bekannten Paters Alessio Bellanti vom Heiligen-Geist-Kloster hervorgerufen. Der Verhaftete ist inzwischen überführt worden, zwei Pastrelles, die der Kirche des Klosters gehören, heimlich verkauft zu haben. Es handelt sich um zwei Madonnenbilder, die man anfangs dem Rosellini und Jacopo della Quercia zuschrieb, von denen aber jetzt die Sachverständigen sagen, daß sie nur der Schule dieser beiden Meister entstammen. Demgemäß ist auch der Wert der gestohlenen Kunstwerke, den man erst auf eine halbe Million Lire bezuschulte, ganz wesentlich geringer. Der biedere Mönch verkaufte beide Kunstwerke für zusammen 2000 Lire an einen Fiskaler, dem er eine Erklärung gab, daß die Objekte sein freies Eigentum seien. Durch dieses Schriftstück wurde seine Schuld außer Zweifel gestellt. Der Fiskaler soll in gutem Glauben gehandelt haben und ist bereits in Freiheit gerückt worden. Die Pastrelles hat er für 15000 Lire einem Antiquar verkauft, in dessen Besitz die eine Madonna beschlagnahmt wurde; die andere will er an einen Fremden verkauft haben.

### Kleine Notizen.

Eisenbahnunglück. Wie aus Gamaen gemeldet wird, entgleiste am Sonnabendabend in der Nähe der Station Zielmüssen ein Personenzug der Kleinbahn. Der Zugführer kam in dem bei dem Unglück den Tod, fünf Reisende erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen.

Reisabenteuer in Warschau. Durch den Einsturz einer Wand der im Bau befindlichen öffentlichen Bibliothek in Warschau sind am Sonntag mehrere Menschen ums Leben gekommen. Bisher wurden fünf Tote geborgen.

Dammbruch am Mississippi. Etwa 100 englische Meilen von Vicksburg entfernt ist am östlichen Ufer des Mississippi ein Schuydam in einer Länge von 200 Fuß geborsten. Die Wasserfluten überschwemmten eine Fläche von etwa 1000 Quadratmeilen und vernichteten die Saatbestände. Hunderte von Familien flüchteten an höher gelegene Plätze. Menschenleben hat die Flut bisher nicht gefordert.

Schwerer Grabenunfall. Im Egmontschacht der Schießschießen Kohlen- und Kokswerke in Gottesberg verunglückte Montag morgen bei der Einfahrt der Frähschicht durch zu schnelles Aufsetzen des Förderkörbes einige Bergleute. Drei Mann wurden schwer verletzt in das Waldenburgische Knappschaftslazarett übergeführt.

Dynamitattentat auf der Pariser Untergrundbahn. Auf der im Bau befindlichen unterirdischen Strecke Invalidenplatz der Nord-süd-Stadtbahn ereignete sich eine in böswilliger Absicht durch eine Sprengmine herbeigeführte Explosion. Ein großer Teil der fast fertiggestellten Tunnelarbeiten wurde zerstört. Wäre die Sprengpatrone nur einen Meter weiter vom Fundort der Spurengänge geblieben, so wäre die Gasleitung nächst dem großen Magazin von Bonmarché explodiert und es wäre eine Katastrophe von ungeheurem Umfang erfolgt. Der Straßenkörper des Bonmarché wurde schwer beschädigt.

Fliegerunglück. Bei einem Probeflug auf dem Flugplatz Brandersbad bei Kachen stürzte der Flieger Robert Pelz aus Johannisthal aus zehn Meter Höhe ab und war sofort tot.

# Das bedeutsamste Buch unserer Zeit!

## Norman Angell

# Die falsche Rechnung

(Was bringt der Krieg ein?)

Preis: Gebunden 1.25 Mark

Vita, Deutsches Verlagshaus, Berlin-Charlottenburg

Die hervorragendsten Kritiker erklären, daß dieses Buch eine Revolution der Weltpolitik bedeutet.

Es beweist folgendes:

1. Die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der letzten 40 Jahre hat einen neuen Zustand des Finanzwesens der ganzen Welt herbeigeführt: einen gleichzeitigen und gleichmäßig abgestimmten Bankzinsfuß, und Börsen, die in den großen Wirtschaftszentren der Welt sofort auf jedes Ereignis reagieren.
2. Infolge dieser gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit ist es für eine große Nation unmöglich geworden, eine andere zu schädigen, ohne selbst dadurch zu leiden.
3. Kriegserische Mittel können zwischen großen Nationen nicht mehr in gleicher Weise wie in vergangenen Zeiten benutzt werden: Es gibt keine Konfiskation mehr; die Kente der Staatspapiere steht in den kleinen Staaten höher als in den großen.
4. Auch unsere Industrie ist abhängig vom Kredit Europas.
5. Der auswärtige Handel ist ebenso auf inländischem, wie auf ausländischem (französischem und englischem) Erbe aufgebaut.
6. Diese Erwägungen zwingen zum wohlwollenden Verständnis und zur geschäftsmäßigen Zusammenarbeit aller Nationen.

Zu haben in allen Buchhandlungen!

## Was die Presse sagt:

### Deutschland:

#### „Kölnische Zeitung“.

Der Leser wird zugeben, daß hier die Friedensfrage in neuer und gründlicher einleuchtender Weise behandelt ist. Der Kernpunkt, von dem die Entwicklung ausgeht, die dem Kriege entgegenwirken muß, nämlich die internationale Verknüpfung des Handels, ist in der einschlägigen Literatur bisher so klar noch nicht betrachtet worden. Es ist erfrischend zu lesen, wie in dieser unternehmenden, praktischen Weise darauf hingewiesen wird, daß es mehr die gegenseitige finanzielle Abhängigkeit zuzunehmen, der Krieg, als eine rein geschäftliche Spekulation, notwendigweise mehr und mehr unprofitabel wird.

#### „Der Tag“, Berlin.

Diese Erkenntnis, die auf unabweisbar richtigen ökonomischen Erwägungen beruht, muß, das ist die Ansicht des Buches, in die Gehirne der Zeitgenossen eingeschmeißelt werden. Zu dem Zweck unternimmt es der Verfasser, die der sehr notwendigen Aufklärung entgegenstehenden Empfindungen, Vorstellungen und Gedanken kritisch zu untersuchen. Es ist eine Art von logischer Deduktion des Chauvinismus, dem die größten Widersprüche und Trugschlüsse erdummungslos nachgemischt werden. Er ist im übrigen ein außerordentlich tüchtiger Nationalökonom u. Soziologe.

### Frankreich:

#### „La Dépêche de Toulouse“.

In diesem Augenblick, wo in Europa gefährliche Waffenspiele erschallen, erwecken die von Mr. Norman Angell mit einer eindringlichen Kühnheit verteidigten Gedankengänge ein lebhaftes Interesse. Inzwischen, während schon jemand wegen zu beschönigter, daß ähnliche Erwägungen, wie die von Mr. Angell vorgebrachten nicht aus einem, vor sehr feiner Sommergerichten Kinnig auf die Entscheidungen der Regierung ausüben? Der Kriegsschicksaligen Selbst die Kriegsschicksaligen unter ihnen sind zurzeit mindestens im Zweifel über die aus dem großen europäischen Krieges einer schärferen Klinge, aber er im letzten Augenblick läßt sich die Stimme der beunruhigten Finanzwelt vernahmen: „Wagt, den Kredit wiederherzustellen!“ ruft sie — und man laßt ver-folglich ein.

### England:

#### „The Daily Mail“.

Kein Buch hat in diesem Jahrhundert mehr Aufmerksamkeit erregt und angeregter geantwortet als die falsche Rechnung. Eine solche unbedeutende Verfallens hat sich daselbst allmählich seinen Weg bis zu den vorersten Reihen gebahnt. Das Werk ist in einer bedeutsamen Rolle gelangt in den gegenwärtigen Erörterungen über Kämpfe und Schiedsgerichte.

#### „Daily Chronicle“.

Mr. Angell wagt alle auf richtigen Leser zu einer vollständigen Revision der alten Begriffe in Bezug auf die ganze Kriegsfrage. Die falsche Rechnung ist in der Tat eine sehr wertvolle Halbtroung-Ausgabe — die preiswerteste unserer Zeit in Europa.

#### „Edinburgh Review“.

Mr. Angell's Grundgedanke kann nicht bestritten werden, und wenn die Tatsachen vollständig begriffen sind, wird es in händiger Diplomatie zu einer gründlichen Umwälzung kommen, als diejenige von 1756.

### Amerika:

#### „The Evening Post“, Chicago, 17. Febr. 1911 (Mr. Floyd Tol):

Wenn man das Buch gelesen hat, sieht man nicht bloß seine Wichtigkeit betrieblig; man ist betört und entzückt. Es ist nicht, wie man erwarten sollte, ein trübsamer Ausdruck irgendwahr bekannter Einwände gegen den Krieg. Es ist vielmehr — es erscheint vielmehr als eine neue Denkleistung, ein revolutionäres Werk von hervorragender Bedeutung, eine vollständige Wägung der konventionellen Ansichten über Weltpolitik — eine Leistung, die an die epochenmachende „Entdeckung der Arten“ auf dem Gebiete der Biologie gemahnt.

#### „Everybody's Magazine“, May 1911.

Mr. Angell's Geist gleicht einer scharfen Klinge, aber er handhabt sie wie ein Wissenschaftler, nicht wie ein Kriegerführer. Er hält keine Dredrig, sondern er belehrt. Sein Buch ist keine Anspaltrung, sondern eine Demutsschulung.

### Um was handelt es sich?

Das Buch will den Beweis erbringen, daß heute in einer Welt, die von den unterliegenden Zusammenhängen eines internationalen Arbeiter- und Kapitalmarktes regiert wird, der Militarismus unferbar werden mußte. Denn heutzutage werden Vermögensschwankungen dadurch hervorgerufen, daß die Ereignisse auf der einen Seite des Weltballe sofort zur Kenntnis der andern gelangen. Wie leben eben in einer Epoche der Weltentwicklung, wo das vielverwundete System einer Weltwirtschaft nicht zu durchbrechen ist. Die Ueberlegenheit einer Nation hängt nicht länger von ihrer militärischen Oberhoheit ab, und wehe demjenigen, die eine andere durch kriegerische Gewalt in ihrer ruhigen, wirtschaftlichen Entwicklung stört. Sie wird am eigenen Leide die Wunden spüren müssen, die sie einer andern schlug, so unheilbar sind heute die Wechselwirkungen der welt-politischen Zusammenhänge.

**Tyloßbrönn-Floßfabrik**  
 sind überall anfällig  
 Soeben bin ohne Aufwendung  
 „Tyloßbrönn“  
 Ein Qualität ist fürwahr erkannt!

**Stoße Firma** vergibt auf Teilzahlung!  
 Ohne Anzahlung! Keine Rasterer!  
 Teppiche, Portieren, Gardinen,  
 Stores und alle Arten Beden.  
 Offerte erbeten unter **N. 100**,  
 „Vorwärts“-Spezial, Adersstr. 174.

**Blumen- und Kranzbinderei**  
 von **Robert Meyer**,  
 Inh.: P. Golletz  
 Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 346.

**VERA**  
**3 Pfg-Cigarette**  
**Josef**

**Inventur-Extra-Verkauf!**  
 1 Posten reich-gestickter **Erbstüll-Bettdecken mit Volant**  
 a 335 485 (bisher 7 bis 10 Mk.)  
**Erbstüll-Stores mit Volant**  
 a 335 475 (bisher 6 bis 9 Mk.)  
**Teppich-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
 Berlin S. Seit 1882 nur  
**Oranienstr. 158**  
**Räumungs-Extralist**  
 (enorm billiger Angebote)  
 gratis und franko.

Angestricherei von Frau Koloff  
 Schlangenstr. Kurstraße 8 III.

**Dr. med. Rud. Weil's**  
**Nährsalz-Bananen-Kakao**  
 ist wohlschmeckend, äußerst nahrhaft und stopft nicht. Beste Kraftnahrung bei Magen- und Darmstörungen, bei Schwächezuständen, bei Unterernährung und Verdauungsstörungen. Angenehmstes Frühstücksgetränk für Gesunde und Kranke. Paket = 1/2 Pfund 1.- Mk., 5 Pakete 4.75 Mk., 10 Pakete 9.- Mk. Probest gratis u. franco. Zu haben in Apotheken, Drogerien und besseren Kolonialwarengeschäften oder direkt vom alleinigen Fabrikanten:  
**D. Mader, Berlin S., Prinzenstr. 86.**  
 Verlangen Sie aber ausdrücklich Dr. Rud. Weils, weil der beste.  
 Ausführliche, erklärende Preisliste — über bewährte, vorzügliche Nahrungsmittel, Kräftigungsmittel und Getränke für Kranke und Gesunde, Kinder und Erwachsene — bitte zu verlangen.

**Theater.**  
 Dienstag, 28. Januar 1913.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reg. Opernhaus. Keryra.**  
**Reg. Schauspielhaus. Die glückliche Hand.**  
 Deutsches. Der blasse Vogel.  
 Firtus Busch. Gala-Vorstellung.  
 Firtus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.  
 Königgrätzer Straße. Brand.  
 Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Paris und die Königschlösser von Versailles.  
 Anfang 8 Uhr: Prof. Dr. v. Buchka: Was die Großstadt Berlin verzehrt (Fett, Fleisch, Brot).  
**Deutsches Opernhaus. Tiesand.**  
 Kurfürstentor. Der Rubezigen.  
**Trianon.** Wenn Frauen reifen.  
**Theater am Hollendorfsplatz.**  
 Die Studentengräfin.  
 Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Paris und die Königschlösser von Versailles.  
 Anfang 8 Uhr: Prof. Dr. v. Buchka: Was die Großstadt Berlin verzehrt (Fett, Fleisch, Brot).  
**Deutsches Opernhaus. Tiesand.**  
 Kurfürstentor. Der Rubezigen.  
**Trianon.** Wenn Frauen reifen.  
**Theater am Hollendorfsplatz.**  
 Die Studentengräfin.  
 Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Paris und die Königschlösser von Versailles.  
 Anfang 8 Uhr: Prof. Dr. v. Buchka: Was die Großstadt Berlin verzehrt (Fett, Fleisch, Brot).  
**Deutsches Opernhaus. Tiesand.**  
 Kurfürstentor. Der Rubezigen.  
**Trianon.** Wenn Frauen reifen.  
**Theater am Hollendorfsplatz.**  
 Die Studentengräfin.  
 Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Paris und die Königschlösser von Versailles.  
 Anfang 8 Uhr: Prof. Dr. v. Buchka: Was die Großstadt Berlin verzehrt (Fett, Fleisch, Brot).  
**Deutsches Opernhaus. Tiesand.**  
 Kurfürstentor. Der Rubezigen.  
**Trianon.** Wenn Frauen reifen.  
**Theater am Hollendorfsplatz.**  
 Die Studentengräfin.  
 Anfang 8 Uhr.

**Berliner Theater.**  
 8 Uhr: Filmzauber.  
**Theater in der Königgrätzer Straße**  
 7 1/2 Uhr:  
**Brand.**  
**Theater am Hollendorfsplatz 5.**  
 In allen Tagen der Woche 8 Uhr:  
**Die Studentengräfin.**

**Schiller-Theater O.**  
 Dienstag, abends 8 Uhr:  
 Die Schmetterlingsschlacht.  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
 Wolkenkratzer.  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
 Die Geschwister. Elga.

**Schiller-Theater**  
 Dienstag, abends 8 Uhr:  
 Uriel Acosta.  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
 Die Schmetterlingsschlacht.  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
 Die Schmetterlingsschlacht.

**Deutsches Schauspielhaus**  
 8 Uhr: Der gute Ruf.  
**Theater des Westens.**  
 Wiedereröffnung Sonntagabend, 1. Febr.  
 Zum 1. Male:  
 Die beiden Husaren.

**Montis Operetten-Theater**  
 (fr. Neues Theater). Am Nordend 1141.  
 8 Uhr:  
 Der heilige Antonius.

**Residenz-Theater, 8 Uhr.**  
 Die Frau Präsidentin.  
 (Madame la Présidente).  
 Schwanf. 3 Akt v. Demmequin u. Seber.  
 Morgen und folgende Tage:  
 Die Frau Präsidentin.

**Luisen-Theater.**  
 Dienstag, abends 8 Uhr: Berlin-Hamburg-New York.  
 Mittwoch, abends 8 Uhr: „Und hätte der Liebe nicht...“  
 Donnerstag abends 8 Uhr: Galspiel: Melanie Spielmann:  
**Mora.**

**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 182.  
**Mein Leopold.**  
 Vollständ. m. Ges. in 3 Akten  
 von Adolph L'Arronge. Musik von  
 R. Wal. — Anfang 8 Uhr.  
 Morgen und folgende Tage:  
**Mein Leopold.**

**Passage-Panoptikum**  
**50 wilde**  
**Weiber Männer**  
**Kinder**  
 vom Stamme der Igorroten.  
 Lebend! Ohne Extra-Eintret!

**Urania**  
 Wissenschaftliches Theater.  
 Taubenstraße 49/49.  
 8 Uhr:  
 Paris und die Königschlösser von Versailles.  
 Hörsaal 8 Uhr:  
 Prof. Dr. v. Buchka: Was die Großstadt Berlin verzehrt (Fett, Fleisch, Brot).

**Reichshallen-Theater**  
 Stettiner Sänger.  
 Zum Schluß:  
**Cavalleria schufiteana.**  
 Von Meysellini.  
 Anfang 8 Uhr.

**Sonntag, den 2. Februar im Gewerkschaftshaus:**  
**Künstlerischer Unterhaltungsabend.**  
 Beginn 7 1/2 Uhr.  
 Mitwirkende: Paul Michaelisches Volksliederquartett aus Leipzig, × Margarete Walkotte, × Erwin Feustel.  
 Entree 50 Pf., an der Abendkasse 60 Pf.  
 Vorverkauf bei H. Horsch, Engelufer 15. 299/17

**„Clou“** :: Berliner ::  
 Konzerthaus  
 Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Doppel-Konzert!**  
 Musik: Kaiser-Franz-Regiments, Dirig.: Oberm. Becker.  
 — Zillertaler und Tegernseer Sänger —  
 Schubplattler und Jodler!  
 Anstich von Drei-Königshier, dem köstl. aller Münch. Doppelbiere.  
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

**Neue Welt**  
 Arnold Scholz Hasenheide 108/114  
 Heute Dienstag, den 28. Januar:  
 Elitetag. Damen-Prämierung.  
 Prämiert wird  
**Die engste Taille**  
 der Damen von 125—150 Pfd., von 150—175 und von 175 Pfd. und darüber. 3 bare Geldpreise à 30 Mk. u. 6 Trostr. à 5 Mk.  
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.  
 Im neuen Saal: Großer Ball.  
**Voranzeige!** Donnerstag, den 30. Januar 1913:  
**Keine Fleischnot!**  
**Großes Spanferkel-Essen.**  
 Portion 80 Pf.

**Apollo Theater**  
 Abends ab 8 Uhr!  
**Letzte Woche!**  
 des grandiosen Programms.  
 Helma Ritschie Comp.  
 Kall und Kroll. Darius Yana.  
 8 1/2 Uhr:  
**„Brüderlein fein“.**  
 Alt-Wiener Singspiel von Jul. Wilhelm. Musik v. Leo Fall.  
 Usw.

**Folies Caprice.**  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Die drei Saison-Schlager:**  
 In Sachen Kagenstein.  
 Die Doppelhürde.  
 Die Tochter der Brant.

**Zirkus Albert Schumann.**  
 Heute Dienstag, 28. Januar, abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Sport-Vorstellung.**  
 Berlins größte Attraktion!  
**Casarios**  
**Löwen- und Tigergruppe.**  
 Die wildeste Dressur d. Gegenwart  
 Der Triumph des Todesmutes  
 Um 9 1/2 Uhr:  
 Das herrliche Ausstattungsgelück  
**Der unsichtbare Mensch.**  
 4 Bilder aus Indien.  
 Zum Schluß:  
**Die Feuer-Fontäne.**  
 Wirklich brennendes Wasser.

**Metropol-Theater**  
**Chauffeur — aus Metropol!**  
 Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.  
**Otto Reutter a. G.**  
 mit täglich neuem Repertoire!  
 Abends 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Herrnfeld**  
**Der Höhepunkt des Lach-Erfolges!**  
**Wüstenmoral**  
**Die Alpenbrüder**  
 mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.  
 Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11—2 (Theater!).

**Walhalla-Theater**  
 Weinbergsweg 19/20. Reichenh. Tor.  
 Abends 8 1/2 Uhr:  
**Goldener Leuchtturm.**

**Admiralspalast.**  
 Allabendlich:  
 Das neue mit durchschlag. Erfolg aufgef. Eisballett  
**Flirt in St. Moritz**  
 1. Akt: Wintersport in St. Moritz. 2. Akt: Geliree im Luxushotel.  
 3. Akt: Japanisches Fest. Unter Mitwirkung der kl. Charlotte.  
 Bis 5 U. u. v. 10 1/2, halb Kass.-Preise. Wein- u. Bier-Abt.

**Zirkus Busch.**  
 Heute Dienstag, 28. Januar, abends 7 1/2 Uhr:  
**Mac Norton wird heute**  
 zeigen, wie man 50 Lit. Bier oder Wein ohne jed. Schaden für seine Gesundheit in sechs Minuten konsumieren kann  
**Der Aeroplan im Zirkus**  
 (Ein Akte als Aviatiker!)  
 sowie die gesamten neuen Januar-Attraktionen. Z. Schluß:  
**„Sevilla“**  
 in 6 glänzenden Akten.

**Trianon-Theater.**  
**Wenn Frauen reisen.**  
 Anfang 8 Uhr.

**Boigt-Theater.**  
 Morgen Mittwoch, 29. Januar:  
 3. Benefiz für Kurt Soumestier:  
**Kean od. Genie und Leidenschaft.**  
 Komödie in 5 Akten von E. Sarras.  
 Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.  
 Benefiz für Kurt Soumestier:  
 Benefiz für Kurt Soumestier:  
**Stolz und Liebe.**

**Theater Königstadt-Casino.**  
 1. Hofmarkt u. Alexanderstraße.  
 1. Hofmarkt u. Alexanderstraße.  
 Tägl. abds. 7 1/2, Sonn- 1/2 Uhr:  
**Zwei rote Rosen.**  
 Benefiz m. Gesang — und das groß. Spezialitätenprogramm  
 Bed. 1. u. 16. : Programmwechsel.

**Casino-Theater**  
 Lohbringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr:  
**Die neue Lokalposse:**  
**Am grünen Strand der Spree!**  
 Sonntagabend 4 Uhr:  
**Der Primatolo.**

**Boigt-Theater**  
 Gesundbrunnen. Sadstr. 58.  
 Jeden  
**Dienstag und Donnerstag:**  
**Großes bayerisches Bockbierfest**

mit sensationell. Prämierungen.  
**Preise 15, 10 u. 5 Mk.**  
 Bedienung durch echt bayr. Mad'ns.  
 Kapelle des ortsomischen  
**Seppi Weinzierl** München.  
 Vollständig neue Dekorationen!  
 — !! Stimmung !! —  
 Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.

**Siems Kraftfleisch**  
 muß jede sparsame Hausfrau kaufen.  
**Billigster und nahrhafter Tafelaufschnitt,**  
 hergestellt aus garantiert prima frischem Rindfleisch. Zu haben in fast sämtlichen einschlägigen Geschäften.

**Lt. Analyse des Herrn Dr. A. Langsurth, beidiger Gerichts-Chemiker, enthält**  
**„Siems Kraftfleisch“**  
 alle natürlichen Bestandteile des rohen Fleisches, überträgt letzteres an Nährwert und ist leicht und fast restlos verdaulich!



Sind kommunale Unternehmen rentabel?

Die Gemeinden arbeiten zu teuer! Gewerbliche Unternehmen kauen nur für das private Kapital! Nur dieses besitzt die zur Rentabilität erforderliche Beweglichkeit und Initiative!

Solche Argumente hören unsere Genossen überall, wo sie in den Gemeinden die Errichtung und den Betrieb kommunaler Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, von Straßenbahnen usw. fordern. Hinter solchen ablehnenden Begründungen steckt gewöhnlich die Furcht, dem privaten Kapital keine Möglichkeit der Profitmacherei zu nehmen. Daß die vorgeführten Ablehnungsgründe der sachlichen Begründung entbehren, daß kommunale Werke sich in Wirklichkeit sehr gut rentieren und dadurch der Allgemeinheit zum Vorteile gereichen, das beweist Dr. Ing. Fr. Greiner-Köln in dem Journal für Gasbeleuchtung Nr. 51 1912. Er veröffentlicht dort Rentabilitätsberechnungen, denen die finanzwirtschaftlichen Ergebnisse von 128 Elektrizitätswerken zugrunde liegen. 107 Werke sind im Besitze von Gemeinden, 21 werden von privaten Gesellschaften betrieben. Die Werke erzeugen über ein Drittel der zurzeit nutzbar abgegebenen Energie. Ferner bringt Greiner die Ergebnisse von 37 ausländischen Elektrizitätsunternehmen. Bei diesen sind aber die finanziellen Ergebnisse der Gemeindegewerke mit denen der Privatunternehmen zusammengeworfen, weshalb wir diese Angaben unberücksichtigt lassen. Bemerkenswert mag nur werden, daß die zusammengeführten Ergebnisse der ausländischen Werke hinter den Rentabilitätsziffern der deutschen kommunalen zurückstehen.

Wie der Verfasser hervorhebt, bezeugen die privaten Werke, besonders wenn sie nicht gut rentieren, eine große Abneigung gegen die Bekanntgabe ihrer finanzwirtschaftlichen Resultate. Es dürften daher hauptsächlich besser rentierende private Unternehmen sein, die das erforderliche statistische Material lieferten. Trotzdem treten die kommunalen Werke aus dem Rahmen des Rentabilitätsbildes als die bei weitem am vorteilhaftesten wirtschaftenden heraus. Die erzielten 128 deutschen Werke erzielten im Gesamtdurchschnitt 10-11 Proz. Bruttogewinn und zirka 4,5 Proz. Nettogewinn vom Anlagekapital. Einschließlich der Werke, die keine Angaben machten, schätzte Dr. Greiner den Bruttoüberschuss auf 10 Proz., den Nettoüberschuss auf 4 Proz.

Für die privaten und kommunalen Werke getrennt und nach Größenklassen geordnet, geben wir über die nach dem Anlagekapital ermittelten Ueberschüsse folgende Aufstellung:

Table with 5 columns: Energieabgabe in Millionen Kilowatt, Gemeindegewerke (brutto/netto), Privatgesellschaften (brutto/netto). Rows show various power output ranges from >20 to 0,30-0,15.

Die Uebersicht stellt zwei Tatsachen einwandfrei heraus. Erstens die höheren Ueberschüsse bei den kommunalen Werken in Vergleich mit den Ergebnissen der privaten Unternehmen und dann das Wachstum der Ueberschüsse mit der Zunahme der Energieabgabe, wie das scharf und klar bei den Gemeindegewerken in der Erscheinung tritt. Die auf der Reihe fallende hohe Rentabilität bei Werken mit 0,75-1 Million Kilowatt Energieabgabe erklärt sich wahrscheinlich aus Zufallsgründen. Angaben darüber enthält die Statistik leider nicht.

Bei den Privatgesellschaften schwankt die Rentabilitätsziffer viel mehr. Die Ursache davon dürfte jedenfalls in der unterschiedlichen Finanzpolitik der Unternehmer zu suchen sein, wobei sehr oft spekulative Erwägungen von bestimmendem Einfluß sind. So große Bedeutung man diesem Moment auch zumessen mag, an der Tatsache, daß die kommunalen Werke sehr vorteilhaft wirtschaften, in der Rentabilität den privaten Unternehmen mindestens nicht nachstehen, ist nach den vorstehenden Angaben nicht mehr zu zweifeln. Das erhöht ihren Hauptvorteil, der darin besteht, daß die erzielten Gewinne nicht in die Taschen der überflüssigen Aktionäre fließen, sondern der Allgemeinheit zugute kommen.

Dr. Greiner liefert weiter noch eingehende Nachweise über die Rentabilität des Gas- und Elektrizitätswerkes der Stadt Düsseldorf. Danach ergibt sich für die Jahre 1892 bis 1910 ein durchschnittlicher Nettoüberschuss in Höhe von 8,82 Proz. beim Gaswerk und von 4,15 Proz. beim Elektrizitätswerk. Für das Vertriebsjahr 1910 hat sich das Verhältnis zugunsten des Elektrizitätswerkes verschoben. Dieses lieferte einen Nettoüberschuss in Höhe von 5,22 Proz., das Gaswerk einen solchen von 3,19 Proz. Hervorzuheben ist noch, daß es sich bei den Gas- und Elektrizitätswerken nicht um ganz einfache, leicht zu leitende Anlagen handelt, sondern um solche, deren Betrieb tüchtigen kaufmännischen und technischen Personal erfordert. Solches heranzuziehen, ist eine Hauptaufgabe der Verwaltungen. An Geschältern darf dabei natürlich nicht gespart werden. Die kaufmännische Leitung der Werke irgend-einem Sekretär zu unterstellen, wäre gerade so verkehrt, als wenn auf die Anstellung eines tüchtigen technischen Leiters verzichtet würde. Am besten dürfte es sein, mit der Gesamtleitung eine Person zu betrauen, die kaufmännisches Geschick mit technischer Fähigkeit verbindet.

Daß sich im Gefüge der Kommunalverwaltungen gewerbliche Unternehmen mit guten Erfolgen bewirtschaften lassen, das können unsere Genossen an der Hand der vorstehenden Aufmachung den Gegnern kommunaler Betriebe nachweisen.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Kreis. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in den Armirehallen, Kommandantenstr. 58/59, eine Volksversammlung statt. Reichstagsabgeordneter Genosse Scheidemann spricht über: Patriotische Festschlängerel.

Charlottenburg. Am Mittwoch, den 29. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Helten, Kaiser-Friedrich-Str. 45b, Mitgliederversammlung der 4. Gruppe des Wahlvereins. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Stadtverordneten Genossen W. Richter über: Die kommende Landtagswahl.

Nieder-Schöneweide. Heute Dienstag, abends 7 Uhr, Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Am Donnerstag, den 30. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Wirtshaus „Voreley“ eine öffentliche Versammlung statt. Referent ist Genosse Heinrich Ströbel.

Karlshorst. Dienstag, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant „Fürstendab“ (In-

halt). 1. Vortrag des Gemeindevorsetzers Genossen Pinfeler: „Wie werden die Interessen der ärmeren Bevölkerung in der Gemeinde Friedrichsfelde-Karlshorst gewahrt?“ 2. Diskussion. 3. Anträge. 4. Mittellungen.

Postdam. Auf die heute abend im „Friedrichsgarten“ stattfindende öffentliche Volksversammlung, in der Frau Regine Friedländer referieren wird, sei nochmals hingewiesen.

Berliner Nachrichten.

Ärzte für einen Waldgürtel von Groß-Berlin.

Die Ärztekammer der Provinz Brandenburg hat zu der Frage der Schaffung eines Waldgürtels für Groß-Berlin in folgender Resolution Stellung genommen:

„Zur Reinigung der Luft von Groß-Berlin, welche durch das Zusammenwohnen von Millionen Bürgern und durch zahlreiche industrielle Betriebe ständig verdorben wird, ist ein großer Waldgürtel dringend notwendig. Die Sorge für dessen unversehrte Erhaltung und Pflege darf nicht abhängig sein von der mehr oder weniger hohen finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden von Groß-Berlin, sondern ist Aufgabe des Staates, dem die Gesundheit aller seiner Bürger am Herzen liegen muß. Aus diesem Grunde bittet die Ärztekammer den Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß bei einer in Frage stehenden Verwertung des Grunewalds und anderer in Betracht kommenden Forsten in erster Linie die Rücksicht auf die Gesundheit von Groß-Berlin gewahrt wird.“

Der Vorstand wird diese Resolution dem Landwirtschaftsminister übermitteln.

Wir kommen desinfizieren!“

Eine Zwangsdesinfektion wurde vor einigen Tagen im Hause Alvenslebenstraße 17 ausgeführt. In einer Familie Lehmann, die dort wohnt, war vor Weihnachten ein sechsjähriger Knabe an einer Halsentzündung erkrankt. Der zu Rate gezogene Arzt fürchtete, daß es sich um Diphtherie handeln könnte, und nahm daher schleunigst eine Seruminjektion vor. Er ließ auch den Nachenbelag untersuchen, doch konnte er nach zwei Tagen die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Erkrankung harmlos war. Weitere ärztliche Hilfe schien nicht mehr nötig, und das Kind wurde auch so rasch gesund, daß es schon am Weihnachtstabend wieder außer Bett war. Ein voller Monat war seit jener Erkrankung vergangen, da meldeten sich eines Morgens um 8 Uhr bei der Familie Lehmann zwei Männer mit den Worten: „Wir kommen desinfizieren“. Frau Lehmann, die allein zuhause war, antwortete ihnen, sie wolle ja gar nicht desinfizieren lassen. „Sie wollen nicht!“ „Rein! Unser Junge hat nur Halsentzündung gehabt, und er ist auch schon seit vier Wochen wieder auf.“ „Dann müssen wir zwangsweise desinfizieren!“ wurde ihr gedroht. Sie ließ sich zunächst noch nicht einschüchtern, auch nicht durch die Androhung, daß man einen Schutzmann holen werde. Während die beiden Desinfektoren zum Polizeibureau gingen, ließ Frau Lehmann zu ihrem Mann, der in der Nachbarschaft an seiner Arbeitsstätte war. Als sie wiederkam, standen die Desinfektoren wartend vor der Wohnungstür, jetzt mit einem Schutzmann. „Hören Sie mal“, sagte dieser, „Sie haben doch gestern dem Beamten erklärt, daß Sie desinfizieren lassen wollen.“ „Ich? Bei mir ist kein Schutzmann gewesen.“ Inzwischen war Herr Lehmann von seiner Arbeitsstätte herbeigeeilt. Auch er lehnte ab, desinfizieren zu lassen. „Es hat keinen Zweck, sich zu weigern“, belehrte ihn einer der Desinfektoren, „gemacht wird es doch.“ Um festzustellen, welcher Schutzmann bei Frau Lehmann gewesen sein sollte, wollten alle miteinander zum Polizeibureau gehen. Da lenkte Frau Lehmann ein, sie habe nicht Lust, sich weitere Scherereien machen zu lassen, man möge desinfizieren, wenns denn durchaus sein solle.

Mit einem ärgerlichen „Na, also!“ gingen die Desinfektoren an ihre Arbeit. Die Betten wurden eingepackt, weil diese nach der Ansicht der Desinfektoren nicht desinfiziert werden konnten. Auch Bettwäsche, Kleidung, Teppich usw. sollten mitgenommen werden, doch weigerte Frau Lehmann sich, sie herzugeben. Einer der Desinfektoren machte sich über das Zimmer her, in dem der Knabe gelegen hatte, und desinfizierte es von oben bis unten nach Vorschrift. Im Schweige seines Angesichts arbeitete er den ganzen Vormittag hindurch. Als Herr Lehmann zum Mittagessen heimkam, war der Desinfektor noch da. Herr Lehmann hatte von dem Arzt auf telephonische Anfrage die Versicherung erhalten, von ihm sei die Desinfektion nicht beantragt worden. Er ging jetzt zum Polizeibureau, um zu fragen, wie man ihm noch nach vier Wochen die unerbetenen Desinfektoren habe auf den Hals schicken können. Ein Beamter nahm ein Aktienstück vor. „Da, hier steht's doch: Hans Lehmann, vier Jahre, Scharlach.“ Da ging dem Frager ein Licht auf. „Mein Junge heißt Kurt“, antwortete er, „er ist sechs Jahre alt und hat nicht Scharlach gehabt. Da muß also ein Irrtum passiert sein.“ Dem Beamten dürfte jetzt ebenfalls ein Licht aufgegangen sein. Er ließ sich aber nicht auf lange Verhandlungen ein, sondern suchte zu beschwichtigen: „Seien Sie doch zufrieden, Ihre Wohnung ist ja desinfiziert, das ist sehr gesund.“ Verdrießlich ging Lehmann nach seiner Wohnung zurück, in der immer noch der Desinfektor tätig war. Als er dem Desinfektor sagte, es sei offenbar ein Irrtum passiert, schien den das gar nicht zu überraschen. Lachend antwortete er, so etwas sei schon mal vorgekommen. Der Desinfektor beendete sein Werk und empfahl sich mit der Miene eines Menschen, der gewissenhaft seine Pflicht erfüllt hatte. Als er das Haus verlassen wollte, begegnete ihm ein Mann, der ihn anrief: „Na, nun wird wohl bei uns auch desinfiziert?“ „Bei wem denn?“ „Na, bei Lehmanns.“ Ein paar weitere Fragen brachten des Rätsels Lösung. In demselben Hause wohnt noch eine andere Familie Lehmann und diese hatte die Desinfektion bestellt. Das Haus ist so groß — es hat neun Aufgänge — und wird von so vielen Personen bewohnt, daß die eine Familie Lehmann von der anderen nichts wußte. Der Desinfektor meldete jetzt frohlockend der ersten Frau Lehmann: „Wie haben den Richtigen! Nun muß der bluten!“ So kamen endlich auch die richtigen Lehmanns noch zu ihrer Desinfektion, aber allerdings nicht mehr an diesem Tage, weil es wohl schon zu spät dazu war.

Wie es möglich war, daß die Desinfektoren an die unrichtigen Lehmanns gerieten, das bedarf noch der Aufklärung. Es ist ein Glück, daß die Stadt Berlin seit mehreren Jahren die Desinfektion in kleinen Haushaltungen ohne weiteres unentgeltlich ausführt. Die unrichtigen Lehmanns könnten sich sonst darauf gefaßt machen, daß sie auch noch die Kosten des Irrtums zu bezahlen hätten, den andere verschuldet haben.

Die neue Stadtfahne. Die Stadt Berlin hat sich eine neue Fahne zugelegt, die in der Mitte einen kleinen schwarzen Wären zeigt. Gewein wurde das städtische Wahrzeichen zum ersten Male seinem Zwecke zugeführt, was vielfach mit guten und schlechten Wägen kommentiert wurde.

Den verstorbenen Staatsanwalt Steinbrecht läßt auch der „Lokal-Anzeiger“ nicht schlafen. Auf dem am Sonnabend im Zoologischen Garten abgehaltenen Presseball hat Alfred Holzbock neben anderen Bekannten Persönlichkeiten auch dem Staatsanwalt Steinbrecht gesehnen, was er pflichtschuldigst dem Lesepublikum des „Lokal-Anzeiger“ erzählt. Allem Anschein nach hat der Festaktredakteur seinen Artikel in der Weisheit der Jahre geschrieben, in der ihm der vor zwei Jahren Verstorbenen erschienen ist.

Fremde herrichte gestern unter der Schuljugend, weil aus Anlaß von Kaisers Geburtsstag die Schule ausfiel; ihrem Kerger dagegen gaben viele Personen Ausdruck, die durch die am 27. Januar beliebten Abiperrungen vielfach Unwege machen mußten, um ihrer gewöhnlichen Tätigkeit nachgehen zu können.

Durch die Explosion eines Kachelofens tödlich verunglückt ist die 75 Jahre alte Rentenenmpfängerin Luise Moskowsky, geborene Keuler, aus der Stralauer Str. 35. Die Greisin, die im zweiten Stockwerk des Vorderhauses bei Verwandten wohnte, heizte Sonnabend früh den großen Kachelofen im Wohnzimmer tüchtig mit Steinkohlen ein. Sie setzte sich dann neben dem Ofen auf eine Fußbank. Plötzlich gab es einen lauten Knall, der Ofen explodierte und mehrere Kacheln flogen im Zimmer umher. Durch eine Kachel wurde die alte Frau am Hinterkopf getroffen. Sie trug aber nur eine scheinbar unwesentliche Verletzung davon und schenkte dieser nur wenig Beachtung. In der Nacht zum Sonntag bekam sie aber heftige Schmerzen. Als auf ihr Stöhnen ihre Nichte herbeieilte, fand diese die Greisin in den letzten Tagen liegen. Ein durch die Verletzung hervorgerufener Gehirnschlag hatte ihrem Leben ein Ende gemacht. Ein Arzt, dem man herbeiefuhr, konnte nur noch ihren Tod feststellen.

Automobilunfall. Sonntagnachmittag wurde der Oberhofbaurat v. Jhne von einem Automobilunfall betroffen, der glücklicherweise ohne ernste Folgen verlief. Gegen 3 1/2 Uhr nachmittags wollte der Chauffeur des Privatautomobils, in dem sich Herr v. Jhne befand, in schneller Fahrt die Kreuzung des Hohenzollerndamms und des Fehrbelliner Platzes passieren, als plötzlich ein Straßenbahnwagen der Linie 61 vor dem Automobil herannahte. Der Chauffeur, der das Tempo des Straßenbahnwagens unterschätzte, versuchte die Schienen noch zu passieren, doch wurde das Automobil vom Bordperron des Straßenbahnwagens angefahren und so heftig beiseite geschleudert, daß die Fenster des Autos zertrümmert wurden. Durch die umherfliegenden Glassplitter erlitt Herr v. Jhne, der sich allein im Kraftwagen befand, Verletzungen an der Oberlippe und an der linken Wange, so daß er sein Heim aufsuchen und sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Das Automobil wurde ziemlich stark beschädigt, während an dem Straßenbahnwagen der Bordperron eingedrückt wurde.

Eine aufregende Szene spielte sich in der Nacht zum Sonntag auf der Wache des 60. Polizeireviere in der Uferstr. 18 ab. Auf Veranlassung einer unter Sittenkontrolle stehenden Frau hatte ein Schutzmann dieses Reviers in der Kösliner Straße den wohnungslosen dreißigjährigen Monteur Paul Szafranski arretriert. Nachdem der Sittierte schon auf dem Wege zur Wache starken Widerstand geleistet hatte, ergriff er in der Wachtstube eine Wank und wollte damit einen der Schutleute niederschlagen. Als der Bedrohte hinzusprang und den Sittierten erfaßte, biß ihn dieser in den linken Zeigefinger. Im nächsten Augenblick zog der Monteur eine Pistole aus der Tasche und trant ein Quantum Salzsäure. Unter der Einwirkung des Giftes wurde er bald brennend und mußte von der Inhaftation in der Lindower Straße nach dem Birkowkrankenhaus gebracht werden. Der verletzte Schutzmann erhielt auf der Inhaftation in der Bodstraße die erste Hilfe.

Selbstmord in einer Automobildrohke. Auf einer Fahrt durch Wilmerdorf hat sich Sonntagnachmittag eine noch unbekannt, etwa dreißig Jahre alte Frau in einer Automobildrohke erschossen. Die Frau nahm in Schöneberg eine Automobildrohke und gab als Ziel eine Straße in Wilmerdorf an. Als sich das Automobil am Bahnhof Hohenzollerndamms befand, hörte der Chauffeur im Innern des Wagens einen Schuß fallen. Er hielt sofort an und sah zu seinem Schrecken, daß sich die Insassin eine Revolverkugel in die Schläfe gejagt hatte. Mit derselben Drohke brachte er die Schwerverletzte zu einem in der Nähe wohnenden Arzt. Der Tod war aber inzwischen eingetreten. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach der Leichenhalle in der Berliner Straße gebracht. Die Erschossene trug einen grauen Mantel, einen grauen Rock und eine blaue Bluse. Die Wäsche trägt die Zeichen B. S.

Eine lustige Nacht kam einem Baumeister ziemlich teuer zu stehen. Der Fremde besuchte am Sonntagabend mehrere Lokale der Friedrichstadt und endete schließlich in den Armen einer lebenslustigen Dame. Mit dieser setzte er seine Jagelage so lange fort, bis er langsam einschlämmerte. Als er erwachte, war seine Begleiterin verschwunden. Mit ihr sein Portemonnaie, die goldene Uhr mit Kette und alle Schmuckstücke. Sein Gesamtvermögen beläuft sich auf über 800 M. Die Diebin, auf die jetzt die Kriminalpolizei fahndet, beschreibt der Verstoßene als ungefähr 25 Jahre alt und mittelgroß mit einem runden, vollen Gesicht und dunklem Haar. Sie trug einen schwarzen Hut mit Fasanenschnur.

Eine raffinierte Räuberin treibt seit einigen Tagen im Norden Berlins ihr Unwesen. Es handelt sich um ein nebzehnjähriges Mädchen, das sich Luise Koch nennt und in einem hiesigen Warenhaus angestellt sein will. Die K. betreibt zwei verschiedene Arten von Diebereien. Zunächst beraubt sie kleine Kinder, die zum Einkauf fortgeführt worden sind, auf der Straße. Ferner tritt sie als hungernde Bettlerin auf. Sobald sie in einer Wohnung Einlass gefunden hat, markiert sie plötzlich die Ohnmächtige und die eustehende Aufregung benutzt die dreifache Person dann, um Wertgegenstände zu stehlen. Die Räuberin ist dadurch zu erkennen, daß sie ein schwarzes Trauerkleid und einen schwarzen Hut trägt.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich in der Nacht zum Montag im Hause Graunstraße 26. Dort fiel der Schneider Mühlte, als er seine Wohnung aufsuchte, die Treppe hinunter und erlitt einen Schädelbruch, der seinen Tod herbeiführte. — Der fünfjährige Pflege Sohn Willi Straßmann des Arbeiters Gustav Krieger wurde auf der Kreuzung der Lange- und Andreasstraße durch einen Straßenbahnwagen der Linie 63 überfahren. Der Knabe trug einen Schädelbruch, einen Rückenbruch sowie eine Verletzung am linken Oberarm davon.

Der Ober- und Ausbrecher Felix Godort, der seit längerer Zeit bereits gesucht wurde, konnte gestern morgen festgenommen werden. Man führte ihn zur Wache des 7. Polizeireviere in der Kolobischstraße. Als der Schutzmann Sacke ihn hier einer Leibesvisitation unterzog, verfechte ihm Godort plötzlich einen wuchtigen Stoß gegen den Unterleib und stürzte sich mit einem Gedröhn durch das Doppelfenster des Wohnzimmer in den Hof hinab. Durch Glassplitter verletzt und über und über mit Blut bedeckt brachte man ihn nach der Charité, wo er als Polizeigefangener Aufnahme fand. Godort war bei dem Ueberfall auf den Wächter in der Scheringischen Fabrik und bei einem Geldschrankbruch in ein Baugeschäft in der Müllerstraße sowie bei mehreren Schlägereien beteiligt.

Der Wänerchor „Nichte-Georgina“ veranstaltete am Sonntagabend in der Singalademie sein zweites Winterkonzert. Der zirka 100 Sänger zählende Verein verfügt über ein ausgezeichnetes, ausgeglichenes und, da er wenig unter der der Leistungen so manches

Arbeitergesangsvereinsbeeinträchtigung der Mitgliederkategorie zu leiden hat, ergab ein stimmiges Stimmmaterial, das der ruhigen und sicheren Führung des Dirigenten, Herrn Gervais willig folgt. Höhepunkt und Präzision des Könnens war der Vortrag der von Franz Dittner vertonten Dichtung „Mit der Freiheit“ (Ewiges Ziel) von Franz Dietrich. Das in ungeschämter vorwärtsdrängendem Tempo gehaltene Kraft und Feuer atmende Chorlied, das vom Deutschen Arbeiter-Sängerbund mit dem ersten Preis bedacht worden ist, kam in Berlin zum ersten Male und zwar überaus wirksam und hinreichend zu Gehör. Die Sänger wurden der schwierigen Liedichtung sowohl nach der gesangsmäßigen Seite wie auch in Bezug auf das Herausarbeiten ihres Stimmenganges durchaus gerecht. Nach dieser hervorragenden Interpretation durch einen Einzelverein kann man nur wünschen, die wichtige Komposition auch einmal im Vortrage eines großen kombinierten Massenchores zu hören. Gleichwertig neben dieser Leistung auf dem Gebiete des Kunstgesanges steht die Fähigkeit der Fichte-Georgina-Sänger, die schlichten, gemütvollen Weisen des Volksliedes vorzutragen. Das alle „In Straßburg auf der langen Brück“ von Hilbert, die schmerzlich-schmerzliche Vertonung von Chamisso „Es geht bei gedämpfter Trommelflag“, das Rätter Vollied „D'Brinde tief drunt' im Tal“ kamen, da Text und Melodie Sängern wie Hörern in gleicher Weise ergreifen, ausgezeichnet zur Geltung. Besonders Lob verdient hierbei die feine und diskrete Behandlung der Pianopartien. Recht gut gelangen auch die anderen Nummern des reichhaltigen Programms. So die mit Orgelbegleitung vorgetragene Chorpartie „Weise des Gefanges“ aus Mozarts „Hauertüte“, das „Ständchen“ von Franz Schubert mit Klavier und Klavierbegleitung, „Der Gondelfahrer“ gleichfalls von F. Schubert, „Die Kirchenballade“ von Kämpf, „Die Warnung vor dem Rhein“ von Neumann und „Der salische Hag“ von Klotz. Eine vorzügliche Solistin hatte der Verein in Fräulein Gertrud Jahnke, die über eine volle, umfangreiche und wohlklingende Altstimme verfügt. Der Beifall, den die Sängerin für den Vortrag der Arie „Darf ich es glauben“ aus der Oper „Die Favoritin“ von Donizetti sowie für die drei Lieder von Wolf, Rückert und Kaufmann erntete, war wohl verdient. Eingeleitet wurden die beiden Teile des Konzerts durch je einen meisterhaften Orgelvortrag — die Phantasie über „Weinen und Klagen“ und über Bach von Franz Liszt — des Herrn Adolf Haengen.

Als Ganzes zeugt das Konzert von dem ernstlichen Streben und den großen Fortschritten, die der Arbeitergesang in einer verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit aufzuweisen hat. Was vielleicht zu einer Kritik Anlass geben könnte, wäre die Zusammenstellung des Programms, das eine gewisse Einheitlichkeit vermissen ließe. Das ist wohl auf das Bestreben zurückzuführen, möglichst vielseitig auf den Plan zu treten. Immerhin sollte man bedenken, daß manches, was man mit seinem Ansehen an den Liedertafelstil in dem Saale eines großen Vergnügungsortes mit in den Kauf nimmt, in einem nur der Kunst geweihten Räume deplaziert erscheint. Auch wäre es vielleicht angebracht, daß für die künstlerisch gewisshochstehenden Vorträge auf der Orgel Hören, die dieses klangerreiche Instrument nur von dem ihnen fremd gewordenen Choralgesang der Kirche her kennen, eine kurze erläuternde Einführung zu geben.

Wer ist der Tote? Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 24. d. M. wurde in der Gemarlung Falkenhagen bei Seefeld ein etwa 22-24 Jahre alter, anscheinend den besseren Ständen angehöriger Mann erschossen aufgefunden und nach der Leichenhalle in Falkenhagen gebracht. Die Leiche war bekleidet mit braunem, weichem Filz mit schwarzem Band, graugrünem Anzuge mit dunklen Streifen, zweifarbigen Jacke, braun gestreiftem zweifarbigen Hosen, grauen Strümpfen, schwarzen Samtschuhen mit Doppellochen, blau gestreiftem Serviette, weitem Kragen, dunkelrotem Selbstbinder, weißem Hemd ge. M. K., grauen Tricot-unterhosen, weißem Taschentuch mit Monogramm M. K. Das K. darin ist schwarz umrandet, mit drei Blumenkreuzen und schwarzer Auspunktierung versehen. Bei der Leiche wurde ein kleines Hakenverzeichnis oben gestempelt „J. Kolinowski, Ob. Tertio“, ein Zettel mit der Aufschrift „Große Gasse 8“, eine silberne Rem.-Uhr und 20 Pfennige gefunden. Zweidienliche Mittelungen nimmt jedes Polizeirevier und der VI. Kr.-Bezirk mündlich und schriftlich zu 208 IV. 45. 13. entgegen.

Ein schwerer Verlust hat die freireligiöse Gemeinde Berlins durch den Tod ihres Vorsitzenden Otto Friederich erlitten. Derselbe ist am Sonnabendabend 8 Uhr im 72. Lebensjahre verstorben. Friederich war 26 Jahre 1. Vorsitzender der Gemeinde und hat sich in dieser Zeit mit seltenem Fleiß und Aufopferung um die Gemeinde — der er schon vor seiner Vorstandzeit 1 1/2 Jahrzehnt als Mitglied angehört hat — verdient gemacht. Politisch stand er als einer der letzten der alten Fortschritts-Demokraten der Philipps-Denzmannschen Richtung nahe, die schon lange vorher zu Grabe getragen wurde.

Ein großer Schuppenbrand kam in der Nacht zum Sonntag am Rahbächer 52/53 auf Reußener Gebiet zum Ausbruch. Als man die Gefahr bemerkte, stand der große Schuppen schon vollständig in Flammen. Außer der Reußener Feuerwehr eilte auch ein Bataillon der Berliner Wehr zu Hilfe, der aber nicht in Tätigkeit zu treten brauchte. Die Reußener Löschzüge griffen das Feuer mit drei Schlauchleitungen an, konnten aber nicht verhindern, daß der Schuppen vollständig niederbrannte. Die Ursache des Feuers war nicht mehr festzustellen, doch vermutet man Brandstiftung. — Die Friedenauer Feuerwehr hatte Sonntag nachmittag in der Rheinstraße 6/7 einen größeren Dachstuhlbrand zu befechtigen. Das Feuer zerstörte einen Teil vom Dachstuhl des Gartenhauses. — Die Berliner Feuerwehr hatte am Sonntag in der Rastnitzer Straße 23 einen Automobildbrand und in der Kleinen Andreastr. 12 einen größeren Kellerbrand zu befechtigen.

## Vorort-Nachrichten.

Die Abteilungslisten für die bevorstehende Landtagswahl des Kreises Teltow-Deetow-Wilmersdorf liegen von heute, den 28. Januar, ab drei Tage bis 30. Januar während der Dienststunden in den Gemeindebüros der einzelnen Orte aus.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Listen sind innerhalb dieser Zeit der Auslegung schriftlich einzureichen oder zu Protokoll zu geben.

Die Listen liegen aus in:  
Alt-Glienicke. Im Gemeindebüro während der Dienststunden.  
Brix. Im Weibsbureau, Chausseestr. 30 (Einwohner-Beizeamt), von 8-1 Uhr vormittags und 2-4 Uhr nachmittags.  
Bantow. Im Rathaus, Zimmer 24, von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.  
Worlandorf. Im Rathaus, Zimmer 14, von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und von 6-7 Uhr abends.  
Schmargendorf. Im Rathaus, Zimmer 3, von vormittags 8 1/2 Uhr abends 7 Uhr.  
Schmadowitz, Müggelheim, Zenthen. Im Gemeindeverwalteramt zu Schmadowitz.  
Zehlendorf. Im Gemeindebüro, Hauptstr. 38, Zimmer 8, von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

## Charlottenburg.

In der Sitzung der Gewerkschaftskommission hielt zunächst Genosse Dr. Bruno Borchardt einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Neuere Anschauungen über die Natur der Sonne.“ Hiernach besprach Genosse Wilhelm Richter die Tatsachen, die Veranlassung gaben, daß die städtische Arbeitslosenfürsorge im hiesigen Stadtparlament abgelehnt wurde. Gerade das wichtigste, was die erste Vorlage auszeichnete, die Zuschüsse an die Gewerkschaften, fehlte in der neuen Vorlage, die im wesentlichen die Errichtung einer städtischen Arbeitslosenversicherungskasse bezweckte. Redner ging auf den Artikel 4 der Vorlage ein und kritisierte die darin enthaltenen Bezugssätze, die man schon mehr als minimale bezeichnen müsse. Trotzdem seien diese Sätze

den Liberalen noch viel zu hoch gewesen. Die jetzigen Angriffe der liberalen Presse, daß die sozialdemokratische Fraktion die Sache hintertrieben habe, werde hoffentlich bei den im nächsten Jahre stattfindenden Stadtverordnetenwahlen fortgesponnen werden. Die Arbeiterorganisationen würden demgegenüber jedoch ihren Mann stehen; es sei zu hoffen, daß in baldiger Zeit doch etwas für die Arbeiterklasse auf diesem Gebiete herauszuholen sei. In der anschließenden Diskussion bezweifelte Genosse Flemming die Hoffnung des Referenten, denn nach Lage der Dinge würde sich an der Zusammenlegung der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung wenig ändern. Im übrigen verspricht sich Redner mehr von einer Reichsarbeitslosenversicherung, als wie von einer kommunalen. Genosse Dr. Borchardt meinte im Gegensatz zum Genossen Flemming, daß man auf eine Arbeitslosenversicherung von Reich wegen noch lange warten könne, deshalb sei es angebracht, die Agitation für die kommunale Arbeitslosenversicherung nicht ruhen zu lassen. In dieser Sache teilte Genosse Flemming noch mit, daß der Gewerkschaftsausschuss sich bereits gefaßt habe, über den ganzen Hergang der Charlottenburger Arbeitslosenversicherung von Anfang bis zu Ende eine Broschüre herauszugeben, die zum Preise von 10 Pf. an die Gewerkschaften abgegeben wird. — Unter „Gewerkschaftliches“ machte Genosse Richter bekannt, daß der Metallarbeiterverband sich erboten habe, 50 Spartakisten zu einer Fahrt von Berlin bis Belgard mit einjähriger Fahrt in Hamburg (Ende Juni) an uns abzugeben. Diese Fahrt sollte 30 M. und es werde zu diesem Zwecke wöchentlich 1 M. auf die Spartakisten gezahlt. Teilnehmer mögen sich bis 1. Februar an Genossen Richter, Osnabrücker Straße 4, wenden. — Es schloß in der Sitzung nur die Sattler.

## Schöneberg.

Ueber Bildungsbestrebungen der modernen Arbeiterbewegung referierte in einer in den Neuen Rathausgängen tagenden öffentlichen Versammlung Genosse Fiedl-Sleglich. Der Redner führte in überzeugender Weise den Anwesenden vor Augen, wie die herrschenden Klassen ihre eigentliche Pflicht, auch den ärmeren Volksklassen eine umfassende Bildung anzubereiten zu lassen, schändlich vernachlässigen. Diese Klade suche die immer umfassendere Bildungsarbeit der Arbeiterklasse auszufüllen. Aufgabe eines jeden Arbeiters sollte es sein, die Bildungsausschüsse als ein Glied der Parteiorganisation auf's kräftigste zu unterstützen. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage ermahnte Genosse Fiedl die Zuhörer, das Gehörte nicht spurlos vorübergehen zu lassen, sondern die Veranlassungen des örtlichen Bildungsausschusses zu unterstützen. Auch sollten die einzelnen Genossen rühriger als bisher Hilfe leisten durch ernste Mitarbeit. Teilnehmerkarten zu dem am 29. Januar einsetzenden Bildungskursus über „Die wirtschaftlichen Grundbegriffe des Sozialismus“, Vortragender Reichstagsabgeordneter Mühl, sind bei den Bezirksführern zu haben.

Einem verhängnisvollen Jermut ist am Sonntag nachmittag das 30-jährige Dienstmädchen L. zum Opfer gefallen. Die L., die in der Hauptstraße in Stellung ist, hatte nachmittags ihre Eltern besucht. Da sie sich nicht ganz wohl fühlte, wollte sie einige Pillen nehmen, die in der Hausapotheke der Familie gegen Magenübel aufbewahrt wurden. Das Mädchen vergriff sich jedoch und nahm sechs Arsenikpillen, welche der Arzt ihrer kranken Schwester verordnet hatte. Als die L. die Wohnung ihrer Eltern verlassen hatte, begann das Gift seine Wirkung auszuüben und sie brach auf der Straße bewußtlos zusammen. Die Erkrankte wurde nach der Schöneberger Hilfswoche in der Vorbergstraße gebracht, wo der Arzt ihr den Magen auspumpte und die Ueberführung nach dem Schöneberger Krankenhaus veranlaßte. Dort liegt sie in bedenklichem Zustande darnieder.

## Treptow-Baumschulweg.

Ueber den preussischen Parteitag referierte Genosse Groger in einer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins. In seinem Vortrage zeigte der Redner, wie reichlich nicht nur die Industrie- und Landarbeiter, sondern auch der sogenannte Mittelstand ist. Wenn auch das Interesse für die preussische Politik in dem letzten Jahrzehnt größer geworden sei, genüge dies noch lange nicht, um die erbärmlichen abgrundtiefen Regierungsmagazine in ihrer ganzen traurigen Größe zu erkennen. Er zeigte durch drastische Beispiele, wie immer noch durch die Verwaltungspraxis alle Gesetze, selbst wenn sie so gut wären, wie sie arbeitert, feindselig sind, zum Wohle der Junker und Genossen und zum Schaden des Volkes ausgelegt würden. Nur durch straffe Organisation könnte die reaktionäre Presse niedergedrückt und freiere Zustände erkämpft werden. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag beteiligten sich u. a. die Genossen Karow und Schulz in zustimmendem Sinne an der Diskussion.

## Brix.

Arg verknüpft scheint es einige bürgerliche Vertreter zu haben, daß unsere Vertreter in der Generalversammlung des Wahlvereins über kommunale Angelegenheiten Bericht erstatteten. Dieselben Herren, die es als selbstverständlich betrachten, daß sie in Grundbesitzer- und Bürgervereinen über alle Verhandlungen aus der Gemeindevertretung berichten, möchten unseren Vertretern vorschreiben, worüber sie ihren Parteigenossen Mitteilung machen sollen. Zwar müßten die Herren unseren Genossen ausgeben, daß ihre Berichterstattung in der Wahlvereinsversammlung objektive Unrichtigkeiten nicht enthalten habe, doch sei „Horn“ und „Ton“ worin sie es getan, verlegt worden. Es scheint, als ob es den bürgerlichen Vertretern der Brix der „Vorwärts“ angetan hat, in welchem gelangt wird, daß die Gemeinde Brix auf dem Gebiete des Armenunterstützungswesens etwas Großes leisten wolle, allerdings nicht für Dürstarme, sondern für den vor 10 Jahren von der Wildnis plötzlich verläumdungen Gemeindevorsteher Kraling, der 800 Mark erhalten soll. Doch darin dürfen die bürgerlichen Vertreter, die sich bei jeder beliebigen Sache in die geheime Sitzung mischten, wirklich nicht so zimplich sein. „Horn und Ton“ wird von ihnen in solchen Sitzungen gegenüber allem, was nach Arbeiterbewegung riecht, mitunter so sehr verlegt, daß unsere Vertreter viel eher Grund hätten, sich darüber zu beschämen. Würde doch in einer der letzten Kommissionsitzungen der Antrag der Baugenossenschaft „Ideal“ betr. Zeichnung der Garantiesumme mit einem wahren Indianergeheul von den bürgerlichen Mitgliedern abgelehnt. Die Herren trieben es in ihrem Eifer sogar so weit, daß sie den Bürgermeister nicht einmal zum Worte kommen ließen. Diese Art, sich in die geheime Sitzung zu verhaseln, um von hier in unpassender Weise die Geschäfte der Gemeinde zu erlebigen, werden unsere Genossen überall, wo sich ihnen Gelegenheit hierzu bietet, zu brandmarken suchen.

## Hohen-Schönhausen.

Die Beitragsordnung zur Brauch- und Regenwasserkanalisation, wonach die Anlieger 90 Proz. und 66 2/3 Proz. der Kosten zu tragen haben, ist in der Gemeindevertretung nach längerem Widerstand einiger bürgerlichen Herren angenommen worden. Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, einen Zahlungsmodus festzulegen, der Teilzahlung der Beiträge ermöglicht, weil eine große Anzahl von kleineren Besitzern nicht in der Lage ist, die Summen mit einmal aufzubringen. Vor Eingebung des Gutbezirks in die Landgemeinde haben überhaupt keine Bestimmungen bestanden, welche die Anliegerbeiträge regeln. Die besoldete Gemeindeverwaltung hat auch darin Wandel geschaffen, darum sind den Grundbesitzern diese Mealessen gänzlich unerwartet gekommen. Die von jener Seite aufgestellten Forderungen betreffs Straßenspülung, Beleuchtung usw. sind, nachdem die Art der Ausbringung der Kosten beschlossen ist, völlig verstimmt. Dagegen erhebt sich jetzt ein wütendes Geschrei gegen die Gemeindevertretung. Das Lokalblatt, welches sich eine Zeitlang die erdenklichste Mühe gegeben hatte, der Arbeiterklasse einzureden, daß die sozialdemokratischen Vertreter sich nicht als solche betätigen, macht jetzt vor der Sozialdemokratie graulich. Den Gemeindevorsteher bezichtigt es als „besten Freund“ der Sozialdemokraten, welcher, um

einige reiche Leute zu treffen, die große Masse der kleinen Grundbesitzer zur Abschichtung auslieferen. Dann bejammert es, daß der Grundbesitzer angeblich in immer größerem Umfange durch Ankauf kommunalisiert werde, während die von der Gemeinde getroffenen Feuerungsmaßnahmen den Anfang für die Verwirklichung der Ideale der Umjutzpartei darstellen sollen. Mit einem Appell wendet es sich dann an die Gesellschaft, um der „Konfiszierung“ des Welches Einhalt zu tun. Hat dieses Blättchen bisher sich den Anschein der Arbeiterfreundlichkeit zu geben versucht, so zeigt es jetzt unüberhöhlen seinen reaktionären Charakter. Das ist für die Arbeiterklasse, in deren Wohnungen das Blättchen mitunter noch anzutreffen ist, nicht ohne Belang.

## Wittenau-Vorsigwalde.

Aus der Gemeindevertretung. Der Amtsvorsteher Witte machte zunächst Mitteilung von der regelmäßigen Revision, bei der im Dezember ein Bestand von 299 000 M. festgestellt wurde, bei der im Januar d. J. war ein solcher von 185 000 M. vorhanden. Eine längere Debatte zeitigte der Punkt: Erhebung einer Klage gegen die Gemeinde Tegel wegen rückständiger Unterhaltungsbeiträge an das Verbandskran- Krankenhaus der Gemeinden Reinickendorf-Wittenau-Tegel. Letztere weigert sich, die anteiligen Kosten für die zu ihren Einwohnern gerechneten Inzassen des hiesigen großen Tegeler Strafgefängnisses zu leisten, da das Gefängnis eine selbständige Anstalt sei, mithin die Gefangenen nicht als Gemeindecinwohner zu betrachten wären. Die Herr Witte erklärte, sei eine Einigung über diesen kritischen Punkt bisher nicht möglich gewesen. Im Vertrage sämtlicher beteiligten Gemeinden sei nur von Inzassen öffentlicher Anstalten, z. B. der Irrenanstalt Dalldorf, die Rede, die den Gemeinden nicht zugerechnet werden sollten; Gefangnisse gehörten nicht zu diesen öffentlichen Anstalten. Herr Witte konnte den absehenden Standpunkt Tegels nicht verstehen, da eine erhebliche Anzahl gerade tuberkulöser Strafgefangener etwa auf dem Wege des ihnen zur Heilung erteilten Strafurteils im Verbandskrankeuhause verpflegt würde. Der Vorstand des Krankenhauses verlangt jetzt Vollmacht durch die beteiligten Gemeinden, da er nicht selbst klagen könne. Genosse Fiedl erörterte kurz die absehbende Ansicht der Tegeler Vertretung, auch die unserer dortigen Genossen; man hätte dort doch keinen Nutzen von der Anstalt, höchstens den der sehr minimalen Steuerleistung weniger dort wohnender Arbeiter. Von diesem Gesichtspunkt aus verleihe er das Verhalten der dortigen Vertreter. Indessen erlaube ihm nach dem Inhalt des vorgelesenen Protokollens jetzt klar genug, daß Tegel zahlen müsse. Von anderer Seite wurde auch noch hervor- gehoben, daß bei den damaligen Verhandlungen ausdrücklich auf die Unterhaltspflicht der Gemeinden verwiesen worden sei, und daß fränke Gefangene einfach auf die Straße gesetzt werden könnten, wenn das Krankenhaus sich ihrer nicht annehmen würde. Eine Anfrage des Herrn v. Vorsig, wer schließlich für die kranken Gefangenen die Kosten zahle oder der Gemeinde zuzurechnen wurde leider nicht genügend beantwortet. Herr Witte kam so dann noch auf die schlechte Fahrerbindung mit dem in Reinickendorf ungenügend gelegenen Krankenhaus zu sprechen, auch auf das mangelnde Entgegenkommen der Großen Berliner Straßenbahn, die stets gleich große Ru- und Ueberschüsse sehen möchte; schließlich scheine auch bei den Tegeler eine gewisse Antipathie gegen das Verbandskrankehaus zu herrschen, da man Kranke anstatt nach dort lieber nach dem Paul-Verhardt-Stift in der Müllerstraße in Berlin schaffe, wo man noch dazu direkt vorfahren könne, was in Reinickendorf nur mit Umfänden denkbar sei. Vor verschiedenen Vertretern wurde noch bemerkt, daß der Gemeinde Tegel schließlich doch wohl daran liege, zu einem gerichtlichen Urteil zu gelangen, um die Rechtslage gegenüber dem Verbandskrankeuhause festzustellen. Die Vertretung beschloß, dem Klagebegehren beizutreten. — Die Aufstellung eines transportablen Wartehauses an der Straßenbahnhaltestelle „Hauptstraße“ hatte die Vertretung schon einmal beschloßigt; die damit beauftragte Baukommission schlägt jetzt die Aufstellung vor; die Kosten (1400 M.) trägt die Wittenauer Bodenartengesellschaft, die Unterhaltungskosten (150 M.) jährlich die Gemeinde. Die Pflanzung wurde allgemein anerkannt und die Zustimmung erteilt.

Zu längeren Auseinandersetzungen gaben zum Schluß noch zwei Schreiben Anlass, die zwischen Wittenau und Berlin geschickt wurden in Sachen der allbekanntesten Differenzen wegen der Stallschleusen auf dem Terrain der Irrenanstalt und der Entschädlungs- resp. Vergleichsverhandlungen. In dem Antwortschreiben des Berliner Magistrats vom 21. Dezember wird u. a. das Wittenauer Angebot von 26 000 M. als ungenügend bezeichnet; eine Verpflichtung Berlins zur Entfernung gewisser Baulichkeiten resp. zur Zahlung von Anliegerbeiträgen könne nicht anerkannt werden. Herr Witte erklärte hierzu, daß nach diesem negativen Resultat er nunmehr als Polizeiverwalter genötigt sei, die Entscheidung über seine ferneren Maßnahmen und über die Berliner Beschwerden dem Landrat zu übergeben. Der Vertreter Berlins, Herr Direktor Schönb erg, verwies auf die Kostlage Berlins zur Zeit der Anlage des Ammoniakabwasserrohrs, wo von der ursprünglichen Forderung von 80 000 M. auf 18 000 M. herabgegangen wurde. Demgegenüber vertrat Herr Witte nochmals seinen Standpunkt. — Am Schluß der Sitzung forderte Genosse Fiedl noch Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Endpunkt der Straßenbahn und Bahnhof Wittenau, sowie bessere Sicherung und Verbauung der öffentlichen Hydranten und Gasleitungen, damit bei Unglücksfällen die Gemeinde vor Schadensansprüchen bewahrt bleibe. Durch Schläden- aufschüttungen und Umplasterungen will der Gemeindevorsteher Abhilfe schaffen. Betreffs der Bedürfnisanstalt will Herr Witte noch mit dem Eisenbahndirektor verhandeln.

## Nehmt Einsicht in die Gemeindevorsteherlisten.

die nur noch bis zum 30. Januar in den Gemeindebüros ausliegen. Ueberzeuge sich jeder davon, ob er auch in der Liste vermerkt ist, damit er bei einer eventuell stattfindenden Wahl auch sein Wahlrecht ausüben kann.

Johannisthal. Wer nicht die Zeit hat, die vormittags von 8-1 Uhr im Gemeindeamt ausliegende Wählerliste selbst einzusehen, betraue die Genossen Restaurateure Gubin, Trautmann, Seufrieden, Barber Hoffmann oder Lagerhalter Steuer mit der Einsichtnahme.

## Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Bantow. Heute Dienstag, den 28. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus.  
Grünau. Mittwoch, den 29. Januar, abends 6 1/2 Uhr, im Gemeinde- hause, Mittelstraße. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Nachbemessung für die Brunnhäuser.  
Klosterthal. Donnerstag, den 30. Januar, abends 6 Uhr, in der Schulau, Schillerstraße.  
Klein-Sandow-Nickensau. Heute abend 7 1/2 Uhr in Wallingers Rathaus. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Wasserrevision.  
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jedes Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Zentralverband der Pfleifer. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, in den „Wänter-Eden“, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m; General-Versammlung. Mitgliederbezugs bezw. Karten sind mitzubringen.

Wartpreis von Berlin am 25. Januar 1913, nach Ermittlungen des hiesigen Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,54 bis 19,60, mittel 19,42-19,48, geringe 19,30-19,36. Roggen, gute Sorte 16,90-17,00, mittel —, geringe —, (aus Bann). Futtergerste, gute Sorte 17,70-18,80, mittel 17,00-17,60, geringe 16,40-16,90. Hafer, gute Sorte 18,80-20,40, mittel 17,30-18,70 (frei Wagen mit ab Bann).  
Kartoffelendpreise. 100 Kilogramm. Gelb, zum Kochen 30,00-30,00. Schellbohnen, weiße, 38,00-50,00. Unken 35,00-60,00. Kartoffeln (Reinbl.) 6,00-10,00. 1 Kilogramm Reibfleisch, von der Sorte 1,70-2,40. Reibfleisch, Wasserfleisch 1,40-1,80. Schweinefleisch 1,70-2,30. Reibfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,50-2,40. Butter 2,10-3,00. 60 Stück Eier 4,40-6,00. 1 Kilogramm Karpin 1,40-2,40. Kalb 1,60-3,30. Jambier 1,40-3,60. Dede 1,60-2,80. Bratich 1,00-2,40. Schote 1,60-3,30. Viele 0,80-1,60. 60 Stück Krebse 3,50-24,00.

Buchdrucker u. Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin SW.